

Das Parlament

Berlin, Montag 22. April 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Guter Gastgeber in Nikosia

Yiannakis Omirou Alles ist nur dem europäischen Reglement geschuldet und hat nichts mit dem Streit um Hilfen zu tun: Bis Dienstag ist Zyperns Parlamentspräsident Yiannakis Omirou (61) Gastgeber der dreitägigen Parlamentspräsidentenkonferenz der EU und des Europaparlaments. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ist dabei. Das hochrangige Treffen findet



stets im folgenden Frühjahr im Land der vorhergehenden EU-Ratspräsidentschaft statt, die Zypern in der zweiten Hälfte 2012 innehatte. Auf der Konferenz in Nikosia, die über Aspekte des Fiskalvertrages debattiert, wird sich der streitbare Omirou als guter Gastgeber zurücknehmen müssen: Der Chef der oppositionellen EdeK-Sozialisten hatte zuletzt mit markigen Worten den Euro-Austritt seines Landes gefordert, das keine „Kolonie“ der EU werden dürfe. *kru* ||

ZAHL DER WOCHE

2,5

Milliarden Euro beträgt der deutsche Haftungsanteil für die Zypern-Hilfe. Beim permanenten Euro-Rettungsschirm ESM, der Nikosia mit neun Milliarden Euro unterstützt, beträgt Berlins Anteil 2,44 Milliarden Euro. Das entspricht 27,15 Prozent. Hinzu kommt der Anteil Deutschlands von 61,2 Millionen Euro (6,12 Prozent) für die eine Milliarde Euro große Garantie des Internationalen Währungsfonds.

ZITAT DER WOCHE

»Das war eine erbärmliche Vorstellung.«

Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionschef, im Bundestag über die EU-Finanzminister, die zunächst die Einbeziehung von Kleinanlegern zur Bankenrettung in Zypern beschlossen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Gesundheit Koalition will Prävention gesetzlich verbessern **Seite 6**

EUROPA UND DIE WELT

Auslandsschulen Deutsche Einrichtungen sollen Förderanspruch erhalten **Seite 7**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Wachstum Enquete-Kommission legt Abschlussbericht vor **Seite 11**

KULTUR UND MEDIEN

Internet Bundestag debattiert über Schlussbericht der Kommission **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Reif für die Insel

ZYPERN Der Bundestag billigt mit großer Mehrheit das europäische Finanz-Rettungsprogramm

Am Ende war die Zustimmung groß. Der Bundestag gab am vergangenen Donnerstag grünes Licht für die von der Bundesregierung beantragte Finanzhilfe für Zypern (17/13060). In namentlicher Abstimmung votierten bei 13 Enthaltungen 487 Abgeordnete für und 101 gegen das Hilfsprogramm, das unter Auflagen ein Darlehen von insgesamt zehn Milliarden Euro für Zypern vorsieht (siehe Artikel unten). Die Zustimmung des Bundestages war notwendig, damit der Gouverneursrat an diesem Mittwoch, 25. April, das Hilfsprogramm auf den Weg bringen kann. Wenn das zypriische Parlament dem Programm mit seinen Bedingungen ebenfalls noch zustimmt, könnte die erste Tranche des Darlehens im Mai überwiesen werden. Andernfalls droht Zypern der Staatsbankrott.

Regierungserklärung Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bezeichnete in seiner Regierungserklärung die geplante Finanzhilfe als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Sicherung der Stabilität der Eurozone. Zwar handele es sich bei Zypern um ein relativ kleines Land mit weniger als einer Million Einwohner, das zudem eine geringe Wirtschaftskraft habe. Trotzdem sei eine „Ansteckungsgefahr“ für andere Länder möglich.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Michael Meister (CDU), und der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Fricke, unterstützten den Weg der Regierung. „Um weiter das Vertrauen in die Eurozone zu stärken, muss Zypern gestützt werden“, sagte Meister. Wichtig sei auch, dass die Gläubiger der Banken in Haftung genommen werden.

Fricke wies darauf hin, dass in der Eurozone nur Hilfe zur Selbsthilfe gewährt werde. Es wäre für Zypern leichter gewesen, wenn die Reformen schon vorher eingeleitet worden wären. Es zeige sich immer mehr, dass Länder, die rechtzeitig reformieren würden, später besser dastünden als die anderen Staaten.

Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Frank-Walter Steinmeier, hielt das Paket für richtig. Seine Fraktion habe sich schon immer dafür eingesetzt, dass die „einfachen Steuerzahler am Ende nicht die Dummen“ sein dürfen und sich die Eigner und Gläubiger der Banken an der Restrukturierung beteiligen müssten. Dies habe jetzt endlich auch die Regierung erkannt. „Eine Europäische Union, die gegen elementare Begriffe der Gerechtigkeit verstößt, wird uns um die Ohren fliegen“, sagte Steinmeier voraus. Die Zustimmung der SPD für das Hilfsprogramm sei allerdings keine Zustimmung für



Der Inselstaat Zypern soll in der Eurozone bleiben. Dazu dient das Milliarden-Rettungspaket der EU und des Internationalen Währungsfonds.

das Krisenmanagement der europäischen Finanzminister, bei dem Schäuble eine entscheidende Rolle gespielt habe. Es sei dilettantisch gewesen, auch die Kleinanleger einbeziehen zu wollen, wie dies bei der ersten Entscheidung vorgesehen worden war, betonte er. Auch die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, hielt es für richtig, dass das Rettungspaket nach langen „Irrungen und Wirrungen“ doch noch auf den Weg gebracht werden könne. Allerdings habe das „Agieren“ der Finanzminister zu viel Misstrauen gerade bei den kleinen Sparern geführt. Eine europaweite Vertrauenskrise könne die Folge sein. Außerdem kritisierte sie, dass Schäuble die Antwort schuldig geblieben sei, wie es weitergehen soll in der EU zum Beispiel bei der Regulierung des Bankensektors. „Wo sind die Jugendprogramme für die Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit?“, fragte sie weiter.

Linke dagegen Eindeutig gegen das Hilfsprogramm sprach sich der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi, aus. „Es geht hier nicht um ein Hilfspaket für die Men-

schen auf Zypern, sondern erneut um die Rettung von Banken“, betonte er. Insgesamt seien in Europa schon mehr als 350 Milliarden Euro in die Rettung von Banken investiert worden. Es sei nicht davon auszugehen, dass dieses Geld jemals zurückgezahlt werden könne. Auch Zypern werde wohl kaum in der Lage sein, das Darlehen zurückzahlen, da das Land zusätzlich noch 13 Milliarden Euro aufbringen müsste. Deshalb sollten jetzt auch noch die Unternehmen privatisiert werden, die erfolgreich seien und dem Staat Geld bringen würden. Gysi betonte, dass die Hauptbetroffenen die Anleger bei den beiden zypriischen Banken seien. Dazu gehörten die zypriischen Pensionsfonds und auch kleinere Handwerker, die nun ihre Löhne nicht mehr bezahlen könnten. „Die Reichen haben sich schon längst um dem Staub gemacht“, sagte er. Der Bundestag lehnte Entschließungsanträge der Linksfraktion

(17/13108) für eine Lösung der zypriischen Probleme außerhalb des Troika-Regimes und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/13108) für einer Vervollständigung der Bankenunion ab. Dagegen stimmte er Haftungsanpassungen für Zypern nach dem Rahmenvertrag zur Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zu. Danach erhöht sich wegen des Ausfalls Nikosias die deutsche Haftung nach dem EFSF-Rahmenvertrag von 29,07 auf 29,13 Prozent. Der Bundestag stimmte in namentlichen Abstimmungen ebenfalls für die von der Bundesregierung beantragten Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeiten für die Darlehen des Euro-Rettungsschirms an Irland und Portugal um weitere sieben Jahre zu. *Michael Klein* ||

»Um weiter das Vertrauen in die Eurozone zu stärken, muss Zypern gestützt werden.«

Wolfgang Schäuble (CDU)

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2, 3 und 14



Bundeskanzlerin Angela Merkel (Mitte) stimmt im Bundestag über die Zypernhilfe ab.

Hilfspaket auf 216 Seiten

BESCHLUSS Antrag der Bundesregierung regelt neben der Euro-Summe auch die Zahlungsbedingungen

Viel Papier mit viel Inhalt. Der Antrag (17/13060) der Bundesregierung für eine Zustimmung des Bundestages zum Hilfspaket für Zypern ist 216 Seiten dick. Da der Antrag erst am vorvergangenen Sonntag zugestellt wurde, blieben den Abgeordneten nur vier Tage, um sich mit dem Inhalt vertraut zu machen. Dennoch stimmte am vergangenen Donnerstag eine große Mehrheit zu. Danach erhält Zypern ein Darlehen über insgesamt zehn Milliarden Euro. Davon soll der Beitrag des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) neun Milliarden Euro betragen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll eine Milliarde Euro zahlen. Mit einer Beschlussfassung des IWF wird im Mai gerechnet.

Verringerung des Bankensektors Die Finanzhilfe ist so ausgelegt, dass 7,5 Milliarden Euro zur Abdeckung des Finanzbedarfes des zypriischen Staatshaushaltes und rund 2,5 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung und Umstrukturierung des Bankensektors verwendet werden. Zur Abwicklung beziehungsweise Restrukturierung der Bank of Cyprus und der Laiki Bank werden jedoch keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Bei der Umsetzung des Hilfsprogramms soll sichergestellt werden, dass der zypriische Bankensektor weiter verringert wird. Dies soll durch die weitgehende Reduzierung des verbleibenden internationalen Geschäftsbankens und die Rückführung des einheimischen Geschäfts auf den zur Finanzierung der zypriischen Realwirtschaft notwendigen Umfang geschehen. Weiter muss sich Zypern verpflichten, den Staatshaus-

halt zu konsolidieren. Dazu soll unter anderem die Zinsertragssteuer angehoben und der Körperschaftssteuersatz von derzeit zehn auf 12,5 Prozent erhöht werden. Zudem sollen Staatsbetriebe privatisiert und Goldreserven verkauft werden. Weiter muss Zypern Strukturereformen umsetzen. Dazu gehört unter anderem ein Abschlag für Frühverrentung und die Begrenzung der monatlichen Renten auf maximal

50 Prozent des höchsten Einkommens. Alle Rentenmaßnahmen sollen auch auf Pensionen angewendet werden. Das Hilfsprogramm sieht auch ein Bündel von Auflagen zur besseren Bekämpfung der Geldwäsche vor. Dazu soll Zypern bei der Geldwäscheprävention besser mit ausländischen Behörden kooperieren und die zypriische Zentralbank soll ihre Überwachung der Institute verstärken. Die Schuldentragfähigkeitsanalyse der Troika (EZB, IWF, Europäische Kommission) zeigt laut Antrag, dass der Schuldenstand Zyperns bei Umsetzung des Programms zunächst auf rund 126 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2015 ansteigen wird. Danach könnte er bis zum Jahr 2020 auf rund 105 Prozent sinken. Die Troika bewertet diese Schuldenentwicklung als tragfähig und verweist gleichzeitig auf die Gefahr von Abwärtsrisiken bei der Wirtschaftsentwicklung. *mik* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL

Klare Linie im Bundestag

VON JÖRG BIALLAS

Zunächst steht die Abmachung im Konjunktiv. Denn selbst wenn sich die Euro-Gruppe einig ist, ein neues Rettungspaket für ein angeschlagenes Mitgliedsland auf den Weg zu bringen, muss das deutsche Parlament zustimmen. Erst anschließend kann die Bundesregierung endgültig Ja sagen und damit den Milliardentransfer frei geben.

Einen solchen Beschluss hat der Bundestag in der vergangenen Woche getroffen. Die Entscheidung, dem Staatshaushalt in Zypern unter die Arme zu greifen, haben sich die Abgeordneten nicht leicht gemacht. Immerhin ging es um zehn Milliarden Euro, die Rettungsschirm (ESM) und Internationaler Währungsfonds (IWF) drei Jahre lang in Raten auf die Mittelmeer-Insel überwiesen.

Ähnlich schwer wie die ohnehin drückende Verantwortung, einem Partnerstaat mit einer großen Summe deutschen Steuergeldes auszuweichen, wog in der parlamentarischen Debatte die Sorge um die öffentliche Wahrnehmung dieses Vorgangs. Besonders, weil vor dem Hintergrund des staatlichen Zugriffs auf Sparguthaben in Zypern grundsätzlich über die Sicherheit privater Rücklagen in Krisenzeiten diskutiert wird. Das ist verständlich. Allerdings hat Zypern damit ebenfalls signalisiert, nach Kräften bei der Konsolidierung des maroden Haushaltes mithelfen zu wollen. Auch um den Preis, dass finanzstarke Investoren dauerhaft verprellt werden.

Ganz offensichtlich hat Zypern viele Fehler in der Finanzpolitik gemacht. Und wahrscheinlich sind tatsächlich beträchtliche Vermögen gerade noch rechtzeitig vor einer Zwangsabgabe außer Landes gebracht worden, einerseits. Andererseits soll jetzt ein umfangreiches Sparprogramm als Beweis ernsthafter Konsolidierungsabsichten dienen: mehr Steuereinnahmen, weniger Stellen im öffentlichen Dienst; höhere Zahlungen für Krankenversicherte, niedrigere Abschläge bei der Frührente. Belasten wird all das vor allem „Dimitris Normal-Zypern“. Die hässlichen Bilder der Proteste gegen die Sparpolitik, die sich in mitunter inakzeptabler Weise auch gegen Deutschland richteten, müssen vor diesem Hintergrund milder bewertet werden. Der Bundestag jedenfalls ist abermals mit großer Mehrheit seiner Linie treu geblieben. Das Parlament hat sich solidarisch mit einem schwächelnden Euro-Partner gezeigt – und damit letztlich zum Wohle aller ganz Europa gestärkt.

GASTKOMMENTARE

ZAHLT DER SPARER DIE ZECHE?

Richtige Anreize

PRO



Robert von Heusinger
»Berliner Zeitung«

Endlich! Endlich zahlen diejenigen für die Rettung der Banken, die es sich leisten können: Die Kunden, die mehr als 100.000 Euro auf den Konten einer Bank deponiert haben. So haben wir es erstmals bei der Zypern-Rettung erlebt. So will es die Europäische Union nun immer handhaben, wenn eine Bank in Schieflage gerät.

Erst zahlen die Aktionäre. Ihre Aktien werden wertlos. Gut so, denn sie haben bei der Aufsicht über ihre Bank versagt. Sie waren zu gierig, wollten zu hohe Gewinne. Dann zahlen die Anleger, die nachrangige Anleihen gezeichnet haben. Auch gut. Diese Anleger haben höhere Zinsen bekommen als die Käufer vorrangig zu bedienender Schuldtitel. Höhere Zinsen gleich höheres Risiko. Auch diese Anleger haben schlecht aufgepasst, wenn sie das Risiko des Geschäftsmodells der Bank falsch einschätzten haben.

Und noch vor dem Steuerzahler sind die Sparer dran, die mehr als 100.000 Euro bei einer Bank halten. Ebenfalls gut. Zum einen können das keine armen Leute sein. Oder haben etwa Sie mehr als 100.000 Euro einfach so bei einer Bank auf dem Sparkonto rumliegen? Zum anderen und viel wichtiger: Das setzt die richtigen Anreize: Nur so werden die Sparer erzogen, sich die Bank ihres Vertrauens genau anzuschauen. Nur so entsteht Druck auf die Führung der Banken, solide Geschäftsmodelle zu verfolgen.

Ach ja, und noch etwas: Es gibt zu viele Schulden. Das ist die Krisenursache Nummer eins. Aber diese Schulden sind gleichzeitig Vermögen. Ergo: Es gibt auch zu viel Vermögen. Deshalb wird die Krise nur gelöst, wenn Vermögen vernichtet wird. Wie das geht? Na, bei Sparern mit mehr als 100.000 Euro zugreifen.

Abstruser Umweg

CONTRA



Ulrike Herrmann
»die tageszeitung«

Geht es um sein Vermögen, ist der Sparer misstrauisch, erfinderisch und fluchtgeneigt. Er wird sich also zu wehren wissen, falls die Eurozone tatsächlich beschließen sollte, dass alle Bankeinlagen jenseits der 100.000 Euro herangezogen werden, sobald ein Kreditinstitut vor der Pleite steht.

Der einfachste Trick wäre, die Konten zu splitten. Ehepaar Mustermann würde kein gemeinsames Konto mehr führen, sondern die beiden würden bei ihrer Bank getrennte Konten anlegen. Zur Not könnten auch noch die Kinder mit eigenen Konten ausgestattet werden, um das Geld zu retten. Alternativ könnten Mustermann auf die Idee verfallen, einfache Konten bei verschiedenen Banken zu eröffnen, um nirgends mehr als 100.000 Euro zu parken. Banken gibt es ja wirklich genug in Deutschland. Noch handelt es sich nur um theoretische Überlegungen, denn bisher ist das Bankensystem in Deutschland sicher. Aber man stelle sich einmal den Ernstfall vor, dass viele deutsche Banken in den Konkurs driften – und ihre Sparer bluten sollen. Dies würde die Deutschen sofort in Dumme und Schlaumeier teilen. Denn wahrscheinlich hätte nicht jeder rechtzeitig vorgesorgt und seine Konten gesplittet, so dass Einige die ganze Last trügen, während andere ihr Vermögen gerettet hätten. Man kann absolut sicher sein, dass die Wähler eine derartige Lösung nicht akzeptieren würden, weil sie es als zutiefst ungerecht empfinden, dass Bauernschläue belohnt wird. Sie würden eine faire Lastverteilung verlangen. Aber egal welche Variante man dafür wählt: Am Ende wäre es eine Art Vermögenssteuer. Daher sollte die Eurozone gleich eine progressive Vermögenssteuer mit relativ hohen Freibeträgen einführen, statt den abstrusen Umweg über eine Sparerbeteiligung zu gehen.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Kalb, Sie haben in der Debatte zu den Zypern-Hilfen vergangene Woche die Frage der Systemrelevanz angesprochen: Warum ist das vergleichsweise kleine Zypern für die Eurozone systemrelevant?

Man würde möglicherweise nicht von einer Systemrelevanz sprechen, wenn auf den Finanzmärkten keine Unruhe herrschen würde und wenn wir nicht andere europäische Programmländer hätten, die mit Hilfskredit gestützt werden müssen. Aber in der aktuellen Situation muss man davon ausgehen, dass die Verweigerung von Hilfe einen Dominoeffekt in der gesamten Eurozone auslösen kann. Dieses Risiko ist zu hoch.

Zypern benötigt nach eigenen Angaben mehr als 20 Milliarden Euro, um eine Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Das ist mehr als ursprünglich gedacht. Eurogruppe und Internationaler Währungsfonds bleiben bei den geplanten Hilfszusagen im Umfang von zehn Milliarden Euro. Wie kann das Land die Finanzlücke aus eigener Kraft schließen?

Der größte Teil, den Zypern aus eigener Kraft aufbringen muss, ist dem Bankensektor zuzurechnen. Dabei geht es unter anderem darum, die Einlagen über 100.000 Euro bei der in die Schieflage geratenen Laiki-Bank zu einem erheblichen Teil in Aktien der Bank of Cyprus umzuwandeln. Außerdem wird die Regierung in Nikosia Ausgaben kürzen, etwa durch eine Anhebung des Renteneintrittsalters, und sie muss die Einnahmeseite verbessern, etwa durch Erhöhungen der Körperschafts- und Zinsertragsteuer. Es ist ein sehr anspruchsvolles Programm, das möchte ich gar nicht bestreiten. Aber es ist Grundvoraussetzung dafür, dass der Sanierungsprozess gelingen kann.

War die ursprüngliche Idee, auch Kleinsparer mit Konten bei zypriotischen Banken mit einer Zwangsabgabe zu belegen, eine gute Idee?

Das war mit Sicherheit keine gute Idee. Sie ging übrigens auch nicht auf die Eurogruppe oder gar den deutschen Finanzminister zurück, wie das gelegentlich dargestellt wurde. Es war die Idee der zypriotischen Regierung, die die Beteiligung der größeren Einleger nicht so deutlich ausfallen lassen und deshalb auch die Einleger von Sparguthaben unter 100.000 Euro heranziehen wollte.

Ist der der Zugriff auf Sparguthaben eine Blaupause, mit der in der Eurozone auf künftige Krisen einzelner Mitgliedsländer oder der Banken dort reagiert wird?

Von einer Blaupause würde ich nicht reden. Jedes Land und jede Situation ist gesondert zu beurteilen. Richtig ist, dass bei jedem Unternehmen, das in eine Schieflage gerät, am Ende auch Gläubiger betroffen sein können. Auf keinen Fall darf es aber bei Sparguthaben in Größenordnungen unter 100.000 Euro zur Beteiligung von Sparern und Einlegern kommen. Wir gewöhnen in Europa aus guten Gründen einen Einlegerschutz.

Befürchten Sie, dass solche Maßnahmen das Vertrauen der Sparer auch in soliden Euro-Ländern wie Deutschland beschädigen?

Jeder Sparer sollte sich überlegen, wem er sein Geld anvertraut. Bei Geldinstituten, die seriös sind, in Ländern die gut dastehen wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, kann jeder davon ausgehen, dass sein Sparguthaben gut angelegt ist. Das heißt dann im konkreten Fall auch, dass die Zinserträge womöglich geringer sind. Es bleibt bei der alten Erkenntnis, dass hohe Erträge auch hohe Risiken bedeuten, geringere Erträge in der Regel auch geringere Risiken.

»Das Risiko ist zu hoch«

BARTHOLOMÄUS KALB Zyperns Zahlungsunfähigkeit wäre eine Gefahr für die gesamte Eurozone, meint der CSU-Haushaltsexperte



nicht immer auf den ersten Blick sichtbar, ob sie auch wirklich die positiven Wirkungen bringen, die man sich von ihnen erwartet. Bisher kann man sagen, dass es keinen anderen Weg gibt. Man kann im Übrigen auch von jenen Ländern in der Eurozone, wie etwa Deutschland, die ganz überwiegend die Garantien geben, nicht erwarten, dass ihre Hilfestellung ohne Gegenleistung bleibt.

Zypern muss seinen überdehnten Bankensektor verkleinern. Luxemburg, das sicherlich ganz andere Voraussetzungen hat als der Inselstaat, hat jüngst angekündigt, das Bankgeheimnis zu lockern. Verschwindet das Geschäftsmodell „Steuerparadies“ in Europa?

Gerade beim letzten Treffen der europäischen Finanzminister Mitte April standen Steuerflucht und Steuerhinterziehung im Mittelpunkt. Das Problem muss angegangen werden, das hat man sich fest vorgenommen. Dazu gehört dann natürlich auch, dass beispielsweise ein verlässlicher Datenaustausch zwischen den Ländern und den Banken stattfindet.

Mit dem Beschluss zur Zypern-Hilfe hat der Bundestag vergangene Woche auch zugestimmt, die Laufzeiten für EFSF-Kredite für Portugal und Irland zu verlängern. Heißt das im Umkehrschluss, dass das Reformprogramm für diese Länder bisher zu streng war?

Das würde ich nicht so sehen. Die Verlängerung der Laufzeiten ist eine kluge Maßnahme, weil man anhand der Fälligkeiten der jeweiligen Papiere, die ausgegeben worden sind, nachvollziehen kann, wann man an die Finanzmärkte wieder herantritt muss. Die Verlängerung soll dazu dienen, dass beiden Ländern ein gleitender Wiedereinstieg in eine reguläre Finanzierung durch die Begebung von Staatsanleihen erleichtert wird.

Was passiert eigentlich, wenn es den Krisenländern nicht gelingt, mit eisernem Sparen ihre hohe Staatsverschuldungen in den Griff zu kriegen? Gilt dann womöglich, was der Finanzinvestor George Soros jüngst in Frankfurt sagte: Entweder Deutschland lässt Eurobonds zu – oder es tritt aus der Eurozone aus?

Solche Spekulationen halte ich für völlig inakzeptabel.

Die soeben gegründete „Alternative für Deutschland“ fordert einen deutschen Austritt aus dem Euro. Könnte die Partei bei der Bundestagswahl im September gerade im schwarz-gelben Wählermilieu erfolgreich auf Stimmenfang gehen?

Das glaube ich eigentlich nicht. Zum Thema Euro-Austritt möchte ich nur anmerken: Wer mit den Menschen in Deutschland spricht, die sich ernsthaft Gedanken machen, wer mit Wirtschaftsvertretern spricht, der kriegt eine klare und eindeutige Antwort auf diese Frage. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass die Zustimmung zum Euro und auch die Zustimmung zum Kurs der Bundeskanzlerin und des Finanzministers noch nie so hoch waren wie jetzt, wo es rund um die Frage Zypern eine gewisse Unterstützung der Situation gegeben hat.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Bartholomäus Kalb (CSU) ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe ist Mitglied des Haushaltsausschusses.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Europäerin: Lisa Paus

Ich habe nicht immer mitgestimmt.“ Die studierte Volkswirtin Lisa Paus sieht bei den bisherigen Beschlüssen zur Bewältigung der Euro-Krise Licht und Schatten. Die Rettungsschirme seien notwendig gewesen, um den Euro zu retten. Um aber einen wirklichen Effekt zu haben, hätten sie noch größer sein müssen. Wäre die Europäische Zentralbank (EZB) nicht eingesprungen, hätte sich diese Krise noch ganz anders entwickelt, ist die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überzeugt. „Weil der politische Wille damals nicht ausreichend hat, musste die nicht gewählte Institution, die Europäische Zentralbank, aktiv werden.“

Zu den Schattenseiten zählt Paus die Konsolidierungsmaßnahmen, die „den Programmländern aufgebürdet“ worden seien. „Natürlich muss es Anpassungen und Strukturformen geben.“ Aber beispielsweise bei der Privatisierung von Staatsbetrieben der Krisenländer gehe es nur um den kurzfristigen Erlös statt um eine langfristige, nachhaltige Strategie. Zu oft hätten EU-Kommission und EZB nicht auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört, der Erfahrungen habe, wie Strukturmaßnahmen funktionieren und wie nicht. Für die Grünen sei der IWF „in den letzten zwei, drei Jahrzehnten oftmals der neoliberalen Buhmann gewesen, in dieser Troika ist er der Good Guy“. Bei der jüngsten Abstimmung am Donnerstag über das Zypern-Paket hatte Paus keine Bedenken. „Bei Zypern gibt es einen Paradigmenwechsel. Erstmals werden auch die Gläubiger der Banken herangezogen, und zwar drastisch.“ Zudem würden endlich

ernsthafte Maßnahmen gegen Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Geldwäsche eingeleitet. Dass „die Bundesregierung eine 180-Grad-Wende vollzogen hat und Herr Schäuble sich jetzt mit fünf anderen europäischen Finanzministern dafür ausgesprochen hat, das Bankgeheimnis de facto vollständig aufzuheben“, begrüßt die Grüne ausdrücklich.



»Wenn die Eurozone sich weiter auseinanderentwickelt, ist es einfach ökonomisch so, dass sie auseinanderfliegt.«

Richtig findet Paus auch den Brüsseler Vorschlag, bei künftigen Bankenkrisen nach den Eigentümern und Kapitalgebern der Banken auch Anleger von mehr als 100.000 Euro heranzuziehen, bevor der Steuerzahler einspringen muss. „Solange man privat Gewinne schieffeln und das Risiko zu hundert Prozent auf den Staat abwälzen kann, werden wir nie rauskommen aus der Krise.“ Lisa Paus, die 2009 in den Bundestag gewählt wurde und dort dem Finanz- und dem Europausschuss angehört, hatte sich zuvor zehn Jahre lang im Berliner Abgeordnetenhaus mit denselben Themenfeldern befasst. Die Pleite der Berliner Bankgesell-

schaft im Jahr 2000 und die folgenden drastischen Sanierungsmaßnahmen dienen ihr als Beispiel, was man alles falsch machen kann.

Die gebürtige Westfälin kam zum Studium nach Berlin und schloss sich dort den Grünen an. Aufgewachsen mit zwei älteren Brüdern in einem mittelständischen Familienbetrieb „in einem klar männlich dominierten Feld, Bergbau und Maschinenbau“, sah sie in den Grünen die richtigen Verbündeten, um für eine selbstverständlichere Rolle von Frauen im Wirtschaftsleben zu kämpfen. Zudem sah sie ihren von Franz von Assisi geprägten Gerechtigkeitsinn hier gut aufgehoben. Anders als ihr Vorbild ist sie nicht in der katholischen Kirche geblieben, doch der neue Papst macht ihr Hoffnung.

Familiär geprägt ist auch das europapolitische Engagement von Lisa Paus. „Mein Vater war nicht mehr im Krieg, aber er hat sich persönlich sehr interessiert für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Da spielte die europäische Integration als Friedensprojekt eine ganz zentrale Rolle.“ Für die Tochter gilt das ebenso. „Deshalb bin ich jetzt auch so vehement engagiert in der Frage der Eurokrise. Das geht mich wirklich persönlich, auch emotional, stark an.“ Denn die Krise sei eine „sehr, sehr ernste Gefahr für Europa“. Mit Sorge sehe sie das Anwachsen rechtsnationaler Kräfte, aber auch ein wachsendes wirtschaftliches Ungleichgewicht. „Wenn die Eurozone sich weiter auseinanderentwickelt, ist es einfach ökonomisch so, dass sie auseinanderfliegt. Dagegen müssen wir endlich handeln.“ Peter Stützel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
19. April 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Kunden warten vor einer Bank in Nikosia: Sparer mit einem Guthaben von mehr als 100.000 Euro werden auf Zypern an den Kosten der Bankenrettung beteiligt. Die EU-Kommission prüft, ob Anleger für künftige Bankensanierungen herangezogen werden können.

Eine Blaupause für den Ernstfall

ZYPERN In Europa fehlt noch immer ein Modell für den Umgang mit Krisenstaaten und maroden Banken

Haris Georgiades, seit wenigen Wochen Finanzminister Zyperns, blickte in auf dem Treffen der EU-Finanzminister schon einmal in die Zukunft. „Wir haben eine große Aufgabe vor uns, und darauf werden wir uns konzentrieren“, sagte der 41-Jährige. An Schuldzuweisungen, wer denn nun für das chaotische Krisenmanagement im März verantwortlich war, wollte er sich aber nicht beteiligen. Die EU wird jedoch um einen konzentrierten Blick in die Vergangenheit nicht herumkommen. Europa-Abgeordnete quer durch alle Fraktionen haben den Umgang mit Zypern bei einer Debatte am vergangenen Mittwoch in Straßburg heftig kritisiert. Die unkoordinierten Rettungsaktivitäten im März zeigen, wie schlecht die Eurozone auch im vierten Jahr der Krise auf Notfälle vorbereitet ist. Nach wie vor fehlen verbindliche Regeln für den Umgang mit maroden Banken, die ganze Staaten in den Abgrund stürzen können. „Aus dem Fall Zypern lassen sich mehrere Lehren ziehen“, hatte Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), am Vortag in Straßburg eingestanden. Ähnlich hatte es am Wochenende zuvor auch beim informellen Treffen der Finanzminister in Dublin geklungen. Draghi fordert, ganz genau wie EU-Währungskommissar Olli Rehn, eine möglichst schnelle Umsetzung der Bankenunion. Draghi betonte in Straßburg, die einheitliche Europäische Bankenaufsicht, die ab dem kommenden Jahr die 150 größten Banken überwachen soll, müsse so rasch wie möglich verabschiedet werden: „Ein mehr an europäischer Aufsicht kann nur gut tun.“ Aus heutiger Perspektive ist es schwer verständlich, wie die zyprische Bankenaufsicht die beiden größten Banken des Landes ihren Risiko-behafteten Kurs hat durchgehen lassen. „Die zyprischen Banken haben griechische Staatsanleihen gekauft zu einem Zeitpunkt, als andere Banken schon massiv verkauft haben“, kritisierte der konservative französische Abgeordnete Jean-Paul Gauzès in der Debatte. Doch niemand schritt ein, als Laiki und die Bank of Cyprus Risiken häuften. Auch bei der ungezügelter Expansion ließ die Aufsichtsbehörde die beiden Banken gewähren, obwohl der zyprische Bankensektor dadurch beinahe auf das Neunfache (Stand 2010) des Bruttoinlandsprodukts (BIP) answollte. „Nur sehr wenige europäische Länder haben heimische Banken, die im Verhältnis zur Volkswirtschaft so groß sind“, warnte bereits 2011 der Weltbank-Ökonom Constaninos Stephanou.

Erwarteter Ernstfall Sowohl bei der Laiki Bank als auch Bank of Cyprus betrogen die Einlagen mehr als das Doppelte des BIP. In Europa erreicht nur die ING Bank in den Niederlanden eine vergleichbare Relation zur Wirtschaftsleistung des Heimatlandes. „Ihre schiere Größe könnte die Regierung überfordern, wenn sie die beiden Banken unterstützen sollte oder Anleger ausbezahlen sollte“, prognostizierte Ökonom Stephanou damals. Genau dieser Fall ist nun eingetreten und durch den ursprünglichen Ansatz, auch Anleger mit weniger als

100.000 Euro beim Bail-In, der Einbeziehung von Sparern, zur Kasse zu bitten ist großer Schaden entstanden. „Das Vertrauen in die Versprechen der EU ist dadurch zerstört worden“, kritisierte der Vorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der Österreicher Hannes Swoboda, in Straßburg. „Sie hätten dieser Attacke auf die Einlagensicherung nicht zustimmen dürfen“, sagte Swoboda an die Adresse von Währungskommissar Olli Rehn. Die Entscheidung, auch Kleinsparer zu belasten, wurde bei einer zweiten Sitzung eine gute Woche später zwar rückgängig gemacht. Auch die Kommunikation und der Verhandlungsstil der Eurogruppe misfällt weithin vielen Europaabgeordneten. „Die Art und Weise, wie wir mit Zypern umgegangen sind, war ein Desaster“, sagte der Vorsitzende der Liberalen, Guy Verhofstadt. Der Belgier fordert einen Untersuchungsausschuss, wenn die Troika und die Eurogruppe nicht ausreichend über die Vorgänge informieren würden.

Umstrittene Grenze Bei der Bankenunion soll auf den ersten Schritt der gemeinsamen Bankenaufsicht als zweiter Schritt die gemeinsame Bankenabwicklung folgen. Die Eurozone muss dabei die schwierige Frage beantworten, wie sie künftig mit maroden

Banken umgehen wird. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat bereits eine eindeutige Hierarchie erarbeitet, welche Gruppen zu welchem Zeitpunkt für die Sanierung einer Bank gerade stehen müssen: „Zuerst die Aktionäre, dann die Gläubiger und dann die Anleger mit mehr als 100.000 Euro, wenn das notwendig ist.“ Aus der EZB bekommt er für diese Hackordnung klare

scheiden, dann wäre diese geringer als in den USA, wo Einlagen bis zu 200.000 Dollar, also rund 153.000 Euro, staatlich gesichert sind. Die EZB verweist jedoch darauf, dass ein Einlagenschutz von 100.000 Euro 85 Prozent der europäischen Konten absichern würde. Im Juni will Barnier die Regeln für die Haftungskaskade als Teil seines Vorschlags für die Banken-Abwicklung vorlegen. Das Paket wird auch Pläne für einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsfonds enthalten. Doch der Brüsseler Elan, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten.

Zustimmung signalisiert: „Es ist entscheidend, dass wir bei uns in Europa klare Regeln haben für die Reihenfolge, die Investoren aus der ganzen Welt kennen“, sagt etwa das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen. Sollten sich die Europäer für die Schwelle von 100.000 Euro beim Einlagenschutz ent-

scheidungen, dann wäre diese geringer als in den USA, wo Einlagen bis zu 200.000 Dollar, also rund 153.000 Euro, staatlich gesichert sind. Die EZB verweist jedoch darauf, dass ein Einlagenschutz von 100.000 Euro 85 Prozent der europäischen Konten absichern würde. Im Juni will Barnier die Regeln für die Haftungskaskade als Teil seines Vorschlags für die Banken-Abwicklung vorlegen. Das Paket wird auch Pläne für einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsfonds enthalten. Doch der Brüsseler Elan, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten, schnell die zweite Säule der Bankenunion zu errichten, hat aus Berlin einen Dämpfer erhalten.

Auch in der EU-Kommission hat Schäuble mit seiner Forderung Unmut ausgelöst. „Wir brauchen die Veränderungen schnell, und Vertragsänderungen sind nie schnell“, sagt ein hoher Beamter. Selbst eine geringfügige Vertragsänderung, die möglicherweise eine Volksabstimmung in Irland vermeiden würde, könnte Jahre dauern. Die EU-Kommission hatte in ihrer Blaupause für eine Vertiefung der Währungsunion eine Vertragsänderung nur mittelfristig eingeplant, weil sie zunächst alle Reformen umsetzen wollte, die sich ohne eine neue juristische Grundlage durchsetzen ließen. Jede Verzögerung beim Bau der zweiten Säule verschiebt die dritte Säule der Bankenunion, die von der Bundesregierung abgelehnte gemeinsame Einlagensicherung, weiter in die Ferne.

Mehr Zeit In Dublin haben die europäischen Finanzminister vereinbart, den beiden Programmländern Irland und Portugal sieben Jahre mehr Zeit zur Rückzahlung ihrer Hilfskredite einzuräumen. Vor allem Irland soll damit eine reibungslose Rückkehr an die Finanzmärkte ermöglicht werden. Im Fall von Irland zeigt sich allerdings auch, dass selbst ein auf dem Papier erfolgreiches Programm Nachbesserungen benötigt. Im Fall von Zypern, das im Mai die erste Tranche aus dem Hilfsprogramm erhalten soll, zeichnet sich nach dem Kollaps des Bankensektors vorerst nicht ab, wie sich die zyprische Wirtschaft erholen soll. Die EU-Kommission geht in einem noch unveröffentlichten Dokument davon aus, dass die Wirtschaftsleistung des Landes in diesem Jahr um 8,7 Prozent einbrechen wird.

Unabhängige Analysten erwarten sogar einen noch größeren Rückgang. Und EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn gibt zu, dass die Prognosen mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet sind.

Erholung bleibt fraglich Entsprechend optimistisch erscheint die Wende, die die EU-Kommission für das Jahr 2015 voraussagt. Dann soll das BIP schon wieder um 1,1 Prozent zulegen. Wie es zu dieser Erholung kommen soll, bleibt allerdings offen, zumal die Kommission davon ausgeht, dass die „tiefe Umstrukturierung“ des Bankensektors „starke Auswirkungen“ auf andere Branchen haben werde. Außerdem weist die EU-Kommission in ihrer Analyse darauf hin, dass der Übergang zu einem neuen Wirtschaftsmodell eine Herausforderung bedeute, nicht zuletzt, weil er voraussetzt, dass Arbeitskräfte die Branche wechseln. Ein solcher Wandel der Wirtschaft kann somit Jahre dauern. Die Hoffnungen liegen daher auf den beiden Sektoren Tourismus und Energie, wie der Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit, in der Debatte am vergangenen Mittwoch hervorhob. Doch bei beiden Branchen gibt es Unwägbarkeiten. Ob nach den jüngsten Wirren massenhaft Touristen ins Land strömen, darf bezweifelt werden. Auch bei den Gasvorkommen vor der Küste Zyperns erwiesen sich erste Schätzungen als optimistisch. Das Unternehmen, das die erste Li-

zenz zur Exploration erhalten hat, bewirbt sich für keine weiteren Lizenzen mehr, was Beobachter als schlechtes Zeichen sehen. Zudem drängt die Türkei darauf, dass ein Teil der künftigen Gaserlöse auch dem Nordteil der Insel zur Verfügung gestellt werden soll. Sollten die beiden Sektoren nicht zum erhofften Wachstumsschub führen, wird es allerdings eng, denn andere Wirtschaftszweige mit großem Wachstumspotenzial für die kommenden Jahre sind noch nicht in Sicht. Zypern ist jedoch auf eine Erholung seiner Wirtschaft angewiesen – andernfalls wird es seine Hilfskredite von zehn Milliarden Euro nicht zurückzahlen können. Zyperns Präsident Nicos Anastasiades hatte die EU-Kommission jüngst um höhere Hilfen aus den Strukturfonds gebeten. Doch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso reagierte unterkühlt auf das Ansinnen. Entscheiden könnten dies nur die Mitgliedstaaten. Und im Moment sieht es nicht danach aus, als ob sie sich zu einem solchen Schritt durchringen würden. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Parlamännchen
Politik für Kinder

Zypern

Zypern ist eine Insel im Mittelmeer. Ganz früher gehörte sie zu Großbritannien. Vor mehr als 50 Jahren wurde die Insel unabhängig. Später wurde sie geteilt. Der Süden nennt sich Republik Zypern. Dort leben Menschen, die sich Griechenland verbunden fühlen. Der Norden findet die Türkei besser. Seit fast zehn Jahren gehört die Republik Zypern zur Europäischen Union, der EU. Deutschland ist auch in der EU. Auch in Zypern bezahlen die Leute mit dem Euro. Die Banken und der Staat haben aber mehr Geld ausgegeben, als sie hatten. Darum ist Zypern jetzt pleite. Weil die Länder in der EU zusammenhalten, bekommt Zypern 10 Milliarden Euro geliehen.



Vor dem Europaparlament drängte EZB-Präsident Mario Draghi auf eine schnelle Umsetzung der Bankenunion.

Anzeige

Parteifinanzierung:

Einflussmöglichkeiten auf extremistische Parteien



Eine Alternative zum Parteiverbot
Der Ausschluss von der staatlichen Parteifinanzierung
Von Volker Epping
2013, 84 S., brosch., 22,- €
ISBN 978-3-8487-0303-6
(Schriften zum Parteienrecht und zur Parteiforschung, Bd. 43)

Befürworter eines Parteiverbotsverfahrens sehen das Verbot der NPD als wichtigen Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus. Skeptiker weisen hingegen auf die Gefahr des Ausweichens auf alternative Organisationen hin. Kann und sollte es nicht auch andere Wege neben dem Parteiverbot geben, um verfassungswidrigen Parteien begegnen zu können?

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/20703



Eigentlich nimmt Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) gegenüber den Sicherheitsbehörden wegen deren Pannen bei den Ermittlungen zu der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie kein Blatt vor den Mund. Doch diesmal überraschte ihr Lob: Sie wolle Helmut Rannacher ihren „Respekt“ bekunden. Und zwar für dessen Kritik am Versagen von Polizei und Geheimdiensten bei der Aufklärung der dem Thüringer NSU-Trio zugerechneten Taten und bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, würdige vergangene Woche die Linken-Obfrau im Untersuchungsausschuss den Auftritt des Ex-Chefs des baden-württembergischen Geheimdienstes.

Der Zeuge redete Klartext. Man habe zwar stets vor der Gefahr gewarnt, die vom „beachtlichen Gewaltpotenzial“ der rechtsextremen Szene ausgehe. Seinerzeit hätten aber keine Hinweise auf Rechtsterrorismus existiert, „das war vielleicht eine Fehleinschätzung“. Der Verfassungsschutz habe „nicht weggeschaut“, offenbar aber auch „nicht richtig hingeschaut“, räumte der Rüständerer ein. Die Ermittlungsergebnisse seien „desaströs“, sein Amt habe „nicht treffsicher analysiert“. Dass man nichts mitbekommen habe von den Kontakten aus dem rechtsextremen Milieu in Thüringen und Sachsen zum Raum Ludwigsburg/Heilbronn, werfe „kein gutes Licht“ auf die Behörde, sagte Rannacher. Unmissverständlich war auch der Kommentar des 72-Jährigen zum Umgang des Landeskriminalamts mit zwei Polizisten, die vor zehn Jahren vom Geheimdienst als kurzzeitig aktive Mitglieder beim deutschen Ableger des Ku-Klux-Klan geoutet worden waren: „Wir mussten mehrfach nachhaken“, sagte Rannacher. „Wir hatten uns das Ganze etwas anders gedacht“, meinte er zum disziplinarrechtlich milden Vorgehen gegen die Beamten.

Weißer Fleck Die Abgeordneten befassten sich in der Sitzung in der vergangenen Woche mit der Erschießung der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn 2007 – der rätselhaftesten Tat der Mordserie. Im Ausschuss wird es auch auf die unzureichende Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden im Fall Kiesewetter zurückgeführt, das „Baden-Württemberg mit der weißesten Fleck auf der Landkarte unserer Untersuchung ist“, monierte Grünen-Sprecher Wolfgang Wieland. Und auch FDP-Obmann Hartfried Wolff kritisierte „katastrophale Ermittlungspannen“.

Zu den mysteriösen Hintergründen der Heilbronner Schüsse gehören die Beziehungen von Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe sowie anderer Rechtsextremisten aus dem Osten in die Region Heilbronn/Ludwigsburg. Unions-Sprecher Clemens Binninger will es nicht in den Sinn, dass die 1998 abgetauchte Zelle noch bis 2001 unbemerkt zu Kumpanen nach Baden-Württemberg reisen konnte. Unausgesprochen stand während der Sitzung die Frage im Raum, ob ein frühzeitiges Entdecken dieses Beziehungsgeflechts, für Wieland ein „Bermudadreieck zwischen Thüringen, Ludwigsburg und Heilbronn“, vielleicht die 2001 gestartete Mordserie hätte verhindern

Bermudadreieck in Südwest

NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Abgeordnete üben Kritik an Ermittlungsarbeit in Baden-Württemberg



Trauerfeier für Michele Kiesewetter: Die junge Polizistin wurde 2007 unter mysteriösen Umständen getötet – mutmaßlich vom NSU.

können. Neue Erkenntnisse dazu vermochte auch die Zeugin Bettina Neumann, im Stuttgarter LfV zwischen 1993 und 2011 für die Auswertung von Informationen zum Rechtsextremismus zuständig, wegen ihres „sehr schlechten Gedächtnisses“ nicht beizusteuern: Sie sei selbst „erschüttert“, dass sie „so viel vergessen“ habe. Auf einer Adressliste, die in der von dem Thüringer Trio zum Bombenbau genutzten Jenaer Garage gefunden wurde, standen auch drei Ludwigsburger Namen: für die Zeugin ein „absolutes Rätsel“. Dass sich mit Jan W. und Thomas S. zentrale Figuren der sächsisch-thüringischen Rechtsextremen im Südwesten aufhielten, habe sie „erst jetzt

erfahren“. Die rechte Szene im Südwesten sei „gut im Blick“ gewesen, erzählte die 51-Jährige. Aber ausgerechnet in Ludwigsburg existierte eine „Erkenntnislücke“, räumte sie ein. Neumann wusste auch nicht, dass Tino Brandt, einst führender Kopf des „Thüringer Heimatschutzes“ und Spitzel des Erfurter LfV, 2004 in der Heilbronner Gegend ein Haus gekauft hatte. Die kurzzeitige Zugehörigkeit zweier Polizisten zum Ku-Klux-Klan hatte unter anderem deshalb Spekulationen genährt, weil diese Beamten in Heilbronn im April 2007 Dienst taten, als Kiesewetter erschossen wurde. Unter Verweis auf polizeiliche Ermittlungen meinte SPD-Obfrau Eva Högl,

eine Verbindung zwischen dem Ku-Klux-Klan und diesem Mord sei auszuschließen. Grundsätzlich ist es für Högl ein „ungeheuerlicher Vorgang“, dass Polizisten beim Ku-Klux-Klan waren. Rannacher berichtete von drei weiteren Beamten, die im Verdacht standen, sich für den Geheimbund zu interessieren, „das war aber nicht verifizierbar“. Zuvor wollte Wieland auch von Neumann erfahren, was es damals mit Hinweisen auf sich hatte, es gebe nicht nur zwei Polizisten mit rechtsextremen Neigungen. Wieder war der Zeugin nichts bekannt – aber vielleicht habe sie bei der Vorbereitung auf ihre Vernehmung „die falschen Akten gelesen“. *Karl-Otto Sattler*

Altersgeld für Ausgeschiedene

BEAMTE I Richter, Beamte und Soldaten, die freiwillig vorzeitig aus dem Bundesdienst ausscheiden, erhalten einen Anspruch auf ein „Altersgeld“. Das sieht ein Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion (17/12479) vor, den der Bundestag am Donnerstag vergangener Woche mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit sowie der Linksfraktion verabschiedete. Gegen die Vorlage votierten die Sozialdemokraten, während sich die Grünen der Stimme enthielten.

Nach geltendem Recht setzt ein Anspruch auf Ruhegehalt voraus, dass bis zum Ruhestand ein Dienstverhältnis als Beamter, Richter oder Soldat bestanden hat. Bei vorzeitiger Auflösung entfallen die darin begründeten Versorgungsansprüche. Dafür ist eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen.

Mit der ausschließlichen Nachversicherung sind der Vorlage zufolge „wirtschaftliche Nachteile verbunden, die einem Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft entgegenstehen“. Dieses „Mobilitätshemmnis“ soll mit der Neuregelung abgebaut werden. Daher sollen vorzeitig ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten künftig gegenüber dem vormaligen Dienstherren einen Anspruch auf Altersgeld geltend machen können. Die Höhe des Anspruchs bestimmt sich nach den zuletzt erhaltenen Bezügen und nach der geleisteten Dienstzeit. Der Anspruch soll ruhen, bis der ehemalige Bundesbedienstete die gesetzliche Regelaltersgrenze erreicht hat. *sto*

Neue Regeln nicht nur für Professoren

BEAMTE II Opposition bemängelt Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP hat der Bundestag vergangene Woche den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf „zur Neuregelung der Professorenbesoldung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ (17/12455) in modifizierter Fassung (17/13134) verabschiedet. Gegen die Vorlage stimmte die Grünen-Fraktion, während sich die SPD und Die Linke enthielt.

Die Neuregelung der Besoldung der Professoren des Bundes war nach den Worten des CDU-Abgeordneten Armin Schuster notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht 2012 Teile der bisherigen Regelung für unwirksam erklärt hatte. Nun stiegen die Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3, zugleich würden für diese Gruppen „Erfahrungsstufen“ eingeführt, gab Schuster zu Protokoll. Erhalten blieben leistungsbezogene Besoldungsbestandteile, „und damit die Grundlagen des Leistungsprinzips“.

Längere Arbeitszeiten Schuster verwies zugleich darauf, dass die Vorlage unter anderem auch eine Anhebung der Arbeitszeiten der Feuerwehrleute der Bundeswehr vorsieht. Bislang seien die über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden hinausgehenden Arbeitsstunden „durch Mehrarbeitsvergütung abgeglichen“ worden, doch habe der Bundesrechnungshof die bisherige Arbeitszeitregelung und Vergütungspraxis als rechtswidrig beanstandet. Die Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden sei „angesichts des hohen Anteils des Bereitschaftsdienstes“ nachvollziehbar. Dem FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert zufolge ist die Bundeswehr bis Ende 2017 „darauf angewiesen, dass die Feuerwehrbeamten bezüglich ihrer Wochenarbeitszeit



Ein Hubschrauber der Bundespolizei vor dem Brandenburger Tor in Berlin

eine Opt-out-Regelung eingehen und freiwillig bis zu 54 Wochenstunden Dienst leisten“. Die Koalition habe sich nun darauf geeinigt, den Übergang von 41 auf 48 Wochenstunden schrittweise zu gestalten. Danach bestünde der erste Teil der neuen Vergütung aus einem Sockelbetrag für alle Feuerwehrbeamte mit einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden, der sich jährlich etwas vermindere und Ende 2017 auslaufe. „Opt-out-Beamte“ erhielten weiterhin eine variable Vergütung der 24-Stunden-Schichten, die von 30 Euro im Jahr 2013 auf 46 Euro im Jahr 2017 ansteige. Damit habe man eine „gute Lösung“ gefunden. Auch Sorge die Koalition mit der Neuregelung für eine bessere Vergütung der etwa 850 Professoren an Hochschulen des Bundes und Forschungseinrichtungen mit Bundesbeteiligung. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Gunkel kritisierte, dass der Ausgleich für die Anhebung der Arbeitszeit bei den Bundeswehr-

feuerwehren auf 48 Stunden durch eine bis zum Jahr 2017 abschmelzende Zulage erfolgen solle. Seine Fraktion sei der Meinung, „dass die Mehrarbeit heute genauso wie in fünf Jahren bezahlt werden muss“, doch habe die Koalition einen entsprechenden Änderungsantrag der SPD abgelehnt. Gunkel wachte sich zudem dagegen, dass die Neuregelung bei der „Stellenzulage für ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige“ sogenannte Wärmebildsystemoperatoren bei Hubschrauberbesatzungen der Bundespolizei ausschließe, indem sie sich nur noch auf die Bundeswehr beziehe. Es sei nicht nachvollziehbar, warum hier eine Unterscheidung zwischen Bundeswehr und Bundespolizei stattdünde. „Gleiche Arbeit sollte auch gleich entlohnt werden“, argumentierte er. Für Die Linke lehnte ihr Abgeordneter Frank Tempel eine „Streichung der Fliegerzulage für Wärmebildsystemoperatoren“ ab. Es sei eine „nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung“, wenn Bundeswehrangehörige, die als Wärmebildsystemoperatoren tätig sind, die Zulage weiterhin gewährt wird, „während man diese den Bundespolizisten verweigern will“, argumentierte er.

»Europarechtswidrig« Der Grünen-Parlamentarier Konstantin von Notz kritisierte mit Blick auf die im Gesetzentwurf ebenfalls vorgesehene rückwirkende Gewährung des Familienzuschlags bis zum 1. August 2001 an Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften, dass die Koalition hier „nur noch offene Klageverfahren regeln“ wolle. Dies sei europarechtswidrig. Es könne nicht sein, „dass das Recht nur für diejenigen gelten soll, die juristisch bewandert genug sind, auf Verdacht gegen Entscheide zu klagen“, gab der Grünen-Abgeordnete zu Protokoll. *Helmut Stoltenberg*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Massenabmahnungen im Visier

RECHT Mit unangemessen hohen Abmahnkosten schon bei der ersten Urheberrechtsverletzung durch illegale Downloads soll Schluss sein. Das ist das Ziel eines von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfes (17/13057). Die Opposition kritisierte den Entwurf gegen unlautere Geschäftspraktiken während der ersten Lesung am vergangenen Donnerstag: Die Regelung komme zu spät und lasse zu viele Schlupflöcher, lautete der Vorwurf. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) verteidigte ebenso wie Redner der Union sowohl den Entwurf selbst als auch den Zeitpunkt seiner Vorlage. „Ein schlüssiges Gesamtkonzept braucht eben seine Zeit“, sagte Thomas Silberhorn (CSU).

In dem Entwurf ist unter anderem ein Verbot von Werbeanrufen vorgesehen, die von einer automatisierten Anrufmaschine getätigt werden. Zudem sollen telefonisch abgeschlossene Verträge mit Gewinnspieldiensten nur noch wirksam werden, wenn sie schriftlich bestätigt werden.

Schließlich soll gegen ungerechtfertigt hohe Abmahnungssummen vorgegangen werden, indem ein Regelstreitwert von 1.000 Euro für die erste Abmahnung bei privat handelnden Nutzern festgelegt wird. Eine Ausnahme von der Regelung ist vorgesehen, wenn „nach den besonderen Umständen des Einzelfalls die Begrenzung des Streitwertes unbillig wäre“. Mit dieser Ausnahme werde Tür und Tor für die Umgehung der Vorschrift geöffnet, kritisierte Marianne Schieder (SPD). Die Regelungen zur verbotenen Telefonwerbung seien nur halbherzig umgesetzt, bemängelte Caren Lay (Die Linke). „Warum das nur für Gewinnspiele und nicht auch für Versicherungsverträge oder Zeitungs-Abos gilt, kann mir keiner erklären“, sagte sie. Für die Beschränkung des Drittauskunftsanspruchs auf den geschäftlichen Bereich plädierte Jerzy Montag (Grüne). „Schon das würde zu einer erheblichen Herabsetzung der massenhaften und willkürlichen Abmahnungen im Urheberrecht führen“, befand er. *hau*

Ärger um De-Mail-Verfahren

INNERES Der Bundestag hat den Weg für den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf „zur Förderung der elektronischen Verwaltung“ (17/11473) frei gemacht. Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedete das Parlament die Vorlage vergangene Woche in modifizierter Fassung (17/13139).

Ziel des Entwurfes ist es, die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern. Das „Herzstück“ des Gesetzes bestehe darin, „neben der qualifizierten elektronischen Signatur zwei weitere technische Verfahren einzuführen, um die Schriftform zu ersetzen“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU). Dazu gehört nach seinen Worten „die De-Mail mit der Versandoption ‚Absender bestätigt‘. Zur Kritik, dass bei De-Mails keine sogenannte Ende-zu-

Ende-Verschlüsselung geboten wird, sagte Schröder, niemand werde durch das Gesetz daran gehindert, eine solche Verschlüsselung zu nutzen. Es wäre aber ein „schwerer Fehler, diesen hohen Standard für alle Verwaltungsverfahren verpflichtend zu machen“. Der FDP-Abgeordnete Manuel Höferlin sagte, mit der De-Mail könnten Bürger und Wirtschaft sicher und unkompliziert kommunizieren.

Der SPD-Abgeordnete Gerold Reichenbach warf der Koalition vor, die Standards für die Übermittlung sensibler Daten im Sozial- und Steuerbereich abzusenken. Für Die Linke warnte Jan Korte davor, „dass das De-Mail-Verfahren genauso unsicher ist wie eine herkömmliche E-Mail“. Auch Konstantin von Notz (Grüne) sagte, durch das De-Mail-Verfahren werde „kein adäquater Schutz gewährleistet“. *sto*

SPD will Änderung bei Teilzeitarbeit

ARBEIT Teilzeitarbeit soll in Zukunft flexibler gestaltet werden. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/13084). In der Debatte am vergangenen Donnerstag erläuterte Anette Kramme (SPD) die Hintergründe: Weil der Sprung von der Teil- in die Vollzeitarbeit und andersherum schwer sei, habe die rot-grüne Regierung im Jahr 2000 den Rechtsanspruch auf Teilzeit beschlossen. Allerdings gebe es dabei zu viele Ausnahmen. Deshalb seien Änderungen beim Anspruch auf Teilzeit nötig, so etwa für Arbeitnehmer mit Kindern unter 14 Jahren oder für die Pflege von Angehörigen.

Jutta Krellmann (Die Linke) sprach sich für den Antrag aus. Außerdem sei eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung anzustreben. Das würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und sei „ohne finanzielle Einbußen“ möglich. Heinrich Kolb (FDP) sagte, dass viele Teil-

zeitkräfte wirklich nur in Teilzeit arbeiten wollten. Der deutsche Arbeitsmarkt sei deshalb so erfolgreich, weil es viele verschiedene und flexible Beschäftigungsmöglichkeiten gebe. Deshalb lehnten die Liberalen den Antrag ab. Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen) sah in der hohen Teilzeitbeschäftigung ein volkswirtschaftliches Problem, das vornehmlich Frauen betreffe: Denn vielen Frauen in Teilzeit stünde momentan ein Mangel an Fachkräften gegenüber.

Ulrich Lange (CSU) erklärte, auch ein Gesetz könne keine Vollzeitstellen schaffen, wo es keine gebe. Mit Blick auf Fachkräftemangel und Abwanderung von Fachkräften sagte er, es sei wichtig, dass die Unternehmer Arbeitszeiten anbieten, mit denen sie die „Guten“ halten. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. *ver*

Kampf gegen Korruption

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT Kritik an SPD-Antrag

Ein SPD-Antrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität stößt bei der Koalition auf Kritik. Während der ersten Lesung eines dahingehenden Antrags (17/13087) am vergangenen Freitag sagte Ansgar Heveling (CDU), in dem Papier finde sich nichts, was nicht schon ausdiskutiert sei oder derzeit angepackt werde. Stattdessen habe die SPD „tief in die Populismuskiste gegriffen“. Jörg van Essen (FDP) sprach von einem Gesinnungsaufsatz, der nicht benötigt werde.

Einsatz von Geheimdiensten Unterstützung fand die SPD-Initiative hingegen bei Linksfraktion und Grünen. Der Antrag gehe in die richtige Richtung, sagte Richard Pitlerle (Die Linke) und auch Jerzy Montag begrüßte die „Fleißarbeit“ der SPD. Einer in dem Antrag vorgeschlagenen Einsetzung von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz für den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität erteilten sie jedoch eine Absage.

In der Bevölkerung mache sich der Eindruck breit, „die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“, sagte Christine Lambrecht (SPD). Beispiel dafür sei einerseits der Umgang mit einer Kassiererin, die zu Unrecht einen Pfandbonnen eingelöst hatte und daraufhin entlassen worden sei und den massenhaften Verfahrenseinstellungen beim Korruptionsverdacht gegen niedergelassene Ärzte andererseits. „Diesem Eindruck müssen wir entgegenzutreten“, forderte Lambrecht. Neben dem wirtschaftlichen Schaden entstehe durch die Wirtschaftskriminalität auch ein Vertrauensschaden. Um dagegen vorzugehen, schlage ihre Fraktion ein Maßnahmenbündel vor, sagte sie. Dazu gehöre unter anderem der Schutz von Hinweisgebern sowie ein bundesweites Korruptionsregister. Unbedingt geschlossen werden müsse auch die Strafbarkeitslücke, durch die niedergelassene Ärzte, die Prämien der Pharmaindustrie für die Verschreibung von bestimmten Medikamenten empfangen könnten, ohne sanktioniert zu werden.

„Wir brauchen kein weiteres Konzept, weil wir viel weiter und handlungsfähiger sind, als die SPD uns weiß machen möchte“, entgegnete ihr Heveling, der auch ein Unternehmensstrafrecht ablehnte. Kritik erntete er dafür von Jerzy Montag. „Sie verkennen die Brisanz der Debatte und die Entwicklungen in der EU“, sagte der Grüne Abgeordnete. Denn beim Kampf gegen Wirtschaftskriminalität müsse man sich auch neuen Gedanken und Instrumenten öffnen, forderte er. *hau*



Computer spielen bei Wirtschaftsdelikten eine große Rolle.



KURZ NOTIERT

Grüne: Militärseelsorge für alle Glaubensrichtungen

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion die „Zusammenarbeit der verschiedenen Instanzen, die sich innerhalb der Bundeswehr mit Fragen des multikulturellen Wandels befassen“, verbessern. Ferner soll die Regierung für gläubige Soldaten aller Glaubensrichtungen Militärseelsorge durch Vertreter ihrer Glaubensgemeinschaft einrichten, fordert die Fraktion in einem Antrag (17/13095), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestags stand. Zudem soll sie dem Antrag zufolge auch die Interessen der nicht-gläubigen Soldaten berücksichtigen und „falls gewünscht im Dialog mit ihnen niedrigschwellige Gesprächs- und Beratungsangebote“ einrichten, in denen „berufsbezogene ethische Fragestellungen erörtert werden können“. Auch fordern die Abgeordneten von der Bundesregierung unter anderem, aktiv mit Vertretern von Migrantenorganisationen innerhalb der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. | sto |

Bundestag lehnt Vorstöße zu Informationsfreiheit ab

Die Grünen-Fraktion ist am Freitag im Bundestag mit einem Vorstoß zur Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) gescheitert. Ein Antrag der Fraktion (17/13097), wonach die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen sollte, fand am Freitag keine Mehrheit im Parlament. Nach dem Willen der Grünen sollten unter anderem im IFG festgeschriebene Ausnahmetatbestände, aufgrund derer Informationen verweigert werden können, reformiert und insbesondere der „bisher absolute Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen“ durch Einführung einer Abwägungsklausel eingeschränkt werden. Ein Gesetzentwurf der Grünen (17/9724), mit dem ins Grundgesetz ein „Grundrecht auf Zugang zu Information“ eingefügt werden sollte, wurde von der Koalition und der SPD-Fraktion abgelehnt. | sto |

Bundesrat fordert Neuerungen für Notare

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung von Artikel 98a des Grundgesetzes (17/1468) abgelehnt. Die Länderkammer wollte Notaren ermöglichen, neben ihren Aufgaben der vorsorgenden Rechtspflege klassische Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu übernehmen. Dadurch sollten die Gerichte entlastet werden. Einen andere Gesetzesinitiative des Bundesrates nahm der Bundestag hingegen an. Für den Entwurf zur Übertragung von Aufgaben im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare (17/1469) stimmten die Abgeordneten der Koalition und der SPD gegen das Votum von Linksfraktion und Grünen. Damit werden Notare zur Entlastung der Justiz mit verschiedenen Aufgaben aus dem Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit betraut. | vom |

Mehr Sicherheit beim Immobilienkauf

Künftig werden die Lücken im Verbraucherschutz bei der notariellen Beurkundung von Immobilienkäufen geschlossen. Einstimmig hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Stärkung des Verbraucherschutzes im notariellen Beurkundungsverfahren (17/12035) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (17/13137) angenommen. Hintergrund ist, dass systematisch sogenannte Schrottimmobilen als Vermögensanlage oder Altersvorsorge verkauft werden, bei denen der Verkehrswert häufig geringer ist als angegeben. Kommt es zu einem vorzeitigen Verkauf oder zur Zwangsvollstreckung, erleiden die Käufer teils existenzbedrohend hohe Verluste, heißt es im Bundesratsentwurf. Dieses Geschäftsmodell funktioniert nur, wenn Lücken im Beurkundungsgesetz ausgenutzt werden. | vom |

Regierung soll gegen Softwarepatente vorgehen

Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen haben sich gegen Softwarepatente ausgesprochen. In einem gemeinsamen Antrag (17/13086) fordern sie die Bundesregierung auf, sich gegen Softwarepatente einzusetzen und Software künftig „ausschließlich urheberrechtlich“ zu schützen. Der Antrag wurde vergangene Woche vom Plenum zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Bei der gegenwärtigen Rechtslage, heißt es in der Vorlage, würden Entwickler „faktisch die urheberrechtlich vorgesehenen Verwertungsrechte an ihren selbst geschaffenen Computerprogrammen“ verlieren und Programmierer seien „unkalkulierbaren Kosten- und Haftungsrisiken ausgesetzt“. Von den Neuerungen sollen auch Open-Source-Software profitieren. | ver |



Männerdominiert geht es in den Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Konzerne zu. Die Opposition – und auch viele CDU-Frauen – möchten dort künftig mehr Damen sehen. Doch eine Verpflichtung dazu gibt es nicht.

Zwang versus Freiheit

GLEICHSTELLUNG Opposition scheidet im Parlament mit Einführung von Frauenquote für Aufsichtsräte

Sogar Borussia Dortmund musste für die Rede der Bundesfamilienministerin herhalten. Allerdings forderte Familienministerin Kristina Schröder (CDU) in der „Quoten-Debatte“ vergangenen Donnerstag keine Frauenquote für die Fußballbundesliga. Borussia Dortmund, erklärte sie, sei ein börsennotiertes Unternehmen im CDAX. Und im Aufsichtsrat sitze der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück – zusammen mit fünf anderen Männern. „Er könnte ja seinen Platz an eine Frau abtreten“, sagte Schröder an die Sozialdemokraten gerichtet.

Mit schlechten Beispiel voran Während die Opposition eine verpflichtende Frauenquote in Führungsgremien fordert, will die Koalition das Prinzip der Freiwilligkeit seitens der Unternehmen beibehalten. Doch davon scheint Steinbrück aus Schröders Sicht wenig zu halten. Die drei Oppositionsfraktionen hatten – ebenso wie der Bundesrat – im Vorfeld Anträge und Gesetzentwürfe in das Parlament eingebracht. Eineinhalb Stunden dauerte die Aussprache im Bundestagsplenum, an deren Ende die Ablehnung der Einführung einer verbindlichen Frauenquote für Führungsgremien stand. Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, viele Länder wie Belgien, Italien und Spanien hätten bereits eine Frauenquote eingeführt. Allerdings sei die Einführung einer Quote in Aufsichtsräten für ihre Fraktion bloß ein Anfang: „Wir brauchen bessere Bedingungen für die Vereinbarung von Familie und Beruf und wir

brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, sagte die Grünen-Politikerin weiter. „Nehmen Sie Frauen ernst und stimmen Sie unserem Antrag zu“, forderte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Koalition auf. Frauen würden in der deutschen Wirtschaft immer noch benachteiligt, viele stiegen gar nicht in Führungspositionen auf. Qualifizierte Frauen seien in den Startlöchern, blieben dort aber auch stecken, sagte der Sozialdemokrat. Bundesfamilienministerin Schröder erklärte, dass es seit dem Jahr 2011 bereits konkrete Zielvorgaben für die Unternehmen gebe, die sie aufgestellt habe. In den Bundesländern mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung würden die Aufsichtsratsplätze ausgerechnet an Männer vergeben werden, sagte Schröder, und nannte als Beispiel Volkswagen – und eben Borussia Dortmund.

Prinzip der Freiwilligkeit Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), sagte, eine Quote dürfe nicht nur für Aufsichtsräte gelten, sondern müsse auch in anderen Bereichen eingeführt werden. Er setze aber zunächst auf Freiwilligkeit: „Wir lassen bis 2020 der Wirtschaft Zeit.“ Die Unternehmen wüssten ja schließlich, dass die Frauenquote notfalls gesetzlich verankert wird, wenn Freiwilligkeit nicht zum Erfolg führt, argumentierte Kauder weiter. Gregor Gysi (Die Linke) verkündete, es gehe um eine echte Teilhabe von Frauen. Die Zeit sei lange vorbei, in der Frauen in der Wohnung und Männer außerhalb ent-

schieden haben. Der Gesetzentwurf des Bundesrates sei immerhin „ein Fuß in der Tür“. Es sei schlimm, sagte Fraktionschef Gysi mit Blick auf unionsinterne Streitigkeiten im Vorfeld der Debatte, dass „sie heute Frauen zwingen, gegen Frauenrechte zu stimmen“.

der potenziellen Wählerschaft widmete. An die Unternehmen gerichtet sagte sie dann, die Liberalen würden nicht zulassen wollen, „dass ihnen ein Stück Freiheit genommen“ werde. Es gebe bereits den Trend hin zu mehr Frauen in Führungspositionen, sagte Bracht-Bendt weiter. Deshalb müsse

hende Bundestagswahl im September eröffnet ist. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) trat in der Quoten-Debatte nicht ans Rednerpult. Die Opposition hatte bis zuletzt auf die Unterstützung von der Leyens gehofft, weil sie sich für eine verbindliche Quote stark gemacht hatte und damit drohte, mit anderen Unions-Frauen dem entsprechenden Vorstoß des SPD-dominierten Bundesrats im Bundestag zuzustimmen. Schließlich entschied aber der CDU-Vorstand vergangenen Montag, dass lediglich im Wahlprogramm eine 30-Prozent-Quote ab 2020 für Frauen in Aufsichtsräten festgehalten werden soll. Die rebellierenden Unions-Frauen lenkten ein.

Alles bleibt wie gehabt Zunächst also bleibt die Entscheidung, ob und wie viele Frauen in Führungsgremien sitzen, den Unternehmen überlassen. Das schätzen Firmen wie das Beratungsunternehmen McKinsey, die Deutsche Post DHL und der börsennotierte Konsumgüterhersteller Henkel. Diese Konzerne vergeben den „Deutschen Diversity Preis“, der „Arbeitgeber für eine herausragende Kultur der Vielfalt am Arbeitsplatz auszeichnet“. Und unter der Schlagzeile „Frauenquote bedroht Männerkarrieren“, steht dort, dass „vielen hoch qualifizierten Männern eine Diskriminierung“ durch eine gesetzliche Quote drohen würde. | Verena Renneberg |



So sehen die BMW-Aufsichtsräte oben herum aus. Einzige Frau: Milagros Caina-Andree

Wahlkampf eröffnet Anschließend übte sogar die liberale Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt (FDP) überraschende Kritik am Koalitionspartner – allerdings nur kurz. Die FDP-Politikerin fand es seltsam, dass eine kleine Gruppe die Entscheidung der ganzen Gruppe vorgebe, bevor sie sich

sie sich fragen, warum ausgerechnet jetzt eine Frauenquote in Deutschland eingeführt werden müsse. Diese Frage war wohl mehr Rhetorik als Wissensbegierde. Denn auch ihre Fraktion hat – wie alle anderen auch – wiederholt im Plenum demonstriert, dass der Wahlkampf für die anstehende

Rechte der Soldaten im Ausland betont

BUNDESWEHR Bundestag debattierte über Jahresbericht 2012 des Wehrbeauftragten

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, hat die Bundeswehr aufgerufen, seine Mängelanalyse 2012 ernst zu nehmen. Die Nachwuchsfrage habe in einigen Bereichen – etwa bei der Marine – eine „kritische Grenze“ erreicht, sagte Königshaus am Freitag in der Bundestagsdebatte über seinen Jahresbericht 2012. „Wenn hier nicht schnell und wirksam gegengesteuert wird, dann haben wir ein dauerhaftes Problem“, warnte er. Während Königshaus fraktionsübergreifend Lob erhielt, mahnte Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) mehr Realismus gerade bei Auslandseinsätzen an: „Wir können nicht in der ganzen Welt inländische Bedingungen schaffen.“

Für Königshaus ist das keine Begründung, die Augen vor Problemen zu verschließen: „Die Rechte der Soldaten enden nicht an unseren Außengrenzen“, betonte er. Zugleich mahnte Königshaus den Minister, enttäuschte Laufbahnerwartungen der Soldaten ernst zu nehmen und in der „Pendlerarmee“ mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Er hoffe, bis zum Ende seiner Amtszeit 2015 wenigstens den ersten Kindergarten „außerhalb des Ministeriums“ besuchen zu können. De Maizière stellte dies für die erste Hälfte 2014 in Aussicht. Auch erinnerte er daran, dass die Bun-

deswehr 10,5 Millionen Euro in den Aufbau eigener Kindertagesstätten investiere. Er gestand zu, dass es Aufgabe des Wehrbeauftragten sei, Mängel aufzuzeigen. „Aber der Minister guckt nicht nur auf Mängel, er sieht auch auf Stärken.“ Das sahen auch die Redner der Koalitionsfraktionen so. Die CDU-Abgeordnete Anita Schäfer sagte, die Bundeswehr sei „ein Spiegelbild der Gesellschaft“, das „in kritischen Bereichen“ sogar

besser sei als der Durchschnitt. Für den FDP-Abgeordneten Christoph Schnurr sind viele Probleme erkannt, doch liege es „auf der Hand, dass diese Herausforderungen nicht quasi über Nacht erledigt werden“. Unzufrieden zeigte sich die Opposition. „Wäre der Bericht des Wehrbeauftragten ein Zeugnis für die Bundesregierung, dann wäre die Versetzung gefährdet“, sagte die SPD-Abgeordnete Karin Evers-Meyer. Sie rief de Maizière auf, in der Debatte über die Standortschließungen auf die Soldaten zuzugehen. Der Grünen-Wehrxperte Omid Nouripour forderte unter anderem mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schließlich hätten die Soldaten im 21. Jahrhundert auch „Rechte als Arbeitnehmer“. Die Forderung des Linken-Abgeordneten Harald Koch, die Bundeswehr solle sich nur noch auf die Landesverteidigung beschränken, stieß auf Widerspruch aller anderen Fraktionen. | André Spangenberg |

Der Autor arbeitet als Journalist in Berlin.



Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Hamburger Edition

Günther Stiller, SoSe 2013, 1. Aufl.

Gleichheit = Unfreiheit?

PIERRE ROSANVALLON
DIE GESELLSCHAFT
DER GLEICHEN

Ein sowohl sozial- wie begriffsgeschichtliches Panorama, das die Geschichte der Gleichheitsvorstellungen vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts darstellt, verknüpft mit einer scharfsinnigen Analyse der aktuellen politischen Situation.

€ 33 | 384 Seiten | ISBN 978-3-86854-257-8

www.hamburger-edition.de



Dehnübungen beim Nordic-Walking: „Gesundheitsförderliche Verhaltensweisen“ sollen künftig stärker gefördert werden.

Unterstützung am Arbeitsmarkt

INKLUSION Der Bundestag hat vergangene Woche eine Reihe von Verbesserungen bei der Unterstützung arbeitsuchender Menschen mit Behinderung gefordert. Dazu gehört unter anderem, dass das Wunsch- und Wahlrecht von werkstattberechtigten Menschen zwischen Werkstätten und alternativen Leistungsanbietern gestärkt und Unterstützungsinstrumente vereinfacht werden. Auch sollen alternative Leistungsanbieter wie Integrationsfachdienste Leistungen der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt erbringen können. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und FDP (17/12180) nahm das Parlament gegen das Votum von SPD und Linksfraktion bei Enthaltung der Grünen an. Gegen die Stimmen der Opposition lehnt der Bundestag einen SPD-Antrag (17/9931) ab, die Ausgleichsabgabe für unbesetzte Pflichtplätze nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (Paragraf 77) zu erhöhen und Behinderten einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen der Linken und Grünen fand ein Antrag der Linksfraktion (17/9758) mit dem Titel „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung“ keine Mehrheit. Die Linksfraktion hatte darin gefordert, gesetzliche Beschränkungen zu beseitigen, die die Teilhabe durch Arbeit für Menschen mit Behinderung erschweren. vom II

Umstrittene Reisefreiheit

VISAPOLITIK „Die EU lässt sich von Russland erpressen.“ Mit dieser Aussage kommentierte die Grünen-Abgeordnete Marie-Luise Beck die durch die Bundesregierung unterstützte Erteilung von Visafreiheit für russische Dienstpassinhaber, die Russland zur Voraussetzung für Visaeinrichtungen für „normale Bürger“ gemacht habe. Damit würden genau jene hohen Beamten unterstützt, die in Russland im Auftrag des „Regimes Putin“ die Zivilgesellschaft mit Repressalien überzogen, sagte Beck im Rahmen einer von ihrer Fraktion beantragten Aktuelle Stunde am vergangenen Freitag. Die Haltung der Bundesregierung zur Politik der russischen Regierung sei eindeutig, entgegnete Innenstaatssekretär Ole Schröder (CDU). Bundeskanzlerin Merkel habe zuletzt klare Worte in Richtung Putin gefunden. Was die Visafreiheit für Dienstpassinhaber angeht, so sei das üblich und notwendig, „um die gewünschten Erleichterungen für die Zivilgesellschaft zu erhalten“. Bei aller Kritik an Russland dürfe man nicht vergessen, dass das Land für die deutsche Wirtschaft ein sehr wichtiger Partner sei, sagte Rita Pawelski (CDU). Nicht zuletzt deshalb sei es richtig, dass Deutschland auf EU-Ebene Kompromissbereitschaft zeige. Ziel des Abkommens mit Russland sei es, Visaeinrichtungen für die Bevölkerung zu erreichen, sagte Hagen Reinhold (FDP). „Wollen Sie, dass wir darauf verzichten“, fragte er an die Grünen gewandt. Bei der konkreten Ausgestaltung müsse nun genau hingeschaut werden, da es durchaus Spielraum gebe, forderte er. Für eine Prüfung des Einzelfalls sprach sich Franz Thönnies (SPD) aus, auch wenn es in Russland „in Sachen Demokratie noch Luft nach oben gibt“. Sevim Dagdelen (Die Linke) kritisierte die „antirussischen Reflexe der Grünen“ und forderte Reisefreiheit für alle. hau II

Zankapfel Prävention

GESUNDHEIT Die Opposition sieht in zwei Koalitionsinitiativen nur Wahlkampfmanöver

Die Bundestagswahl rückt näher: Das wurde in der ersten Lesung zweier Gesetzentwürfe der Koalition am vergangenen Freitag im Bereich der Gesundheitspolitik (17/13080, 17/13081) deutlich. Was Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) als „Verbesserung der Versorgung der Versicherten“ lobte, lehnten SPD, Die Linke und Grüne als völlig verfehlt und Manöver zum Stimmenfang ab. Mit ihren Entwürfen – die nach Ansicht der Oppositionsfraktionen nur wenig miteinander zu tun haben und eigentlich getrennt diskutiert werden sollten – will die Koalition zum einen die Prävention stärken und zum anderen Apothekennotdienste sichern. Bahr betonte, Solidarität und Eigenverantwortung gehörten „untrennbar zusammen“ – die Solidargemeinschaft teile große Risiken, wolle sich aber auch darauf verlassen, dass die Versicherten sich in Eigenverantwortung um ihre Gesundheit kümmern. Dazu gehöre es, durch gesunde Ernährung und Bewegung bestimmte Krankheitsrisiken zu minimieren. In dem geplanten Präventionsgesetz würden die Krankenkassen dazu verpflichtet, ihre Ausgaben für betriebliche Gesundheitsförderungen ebenso wie die Ausgaben für „Lebensweltprogramme“

zu verdreifachen. Er forderte die Opposition auf, den Entwurf zu unterstützen, weil sie zugeben müsste, dass die Maßnahmen richtig seien, auch wenn man darüber streiten könne, wo noch mehr getan werden müsse. Für den zweiten Gesetzentwurf zur Finanzierung des Apothekennotdienstes warb Bahr mit dem Argument, dies sei eine „Anerkennung der Gemeinwohlflichten der Apotheker“. Der CSU-Abgeordnete Johannes Singhammer sagte, man wolle niemandem gänge, denn die Entscheidung über den Lebensstil sei die Sache jedes Einzelnen. Dennoch solle man für eine gesunde Lebensführung werben und Anreize setzen. Eine ständige Präventionskonferenz sei nötig, weil der Bund nicht die Kompetenzen habe, alle nötigen Maßnahmen zu bündeln. Und der geplante pauschale Zuschuss für Apothekennotdienste aus einem Fonds trage dazu bei, dass die Gesundheitsversorgung in städtischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen gleichwertig sei. Der FDP-Parlamentarier Erwin Lotter verwies darauf, dass die Opposition das Präventionsgesetz seit Jahren fordere. Nun höre man von ihr aber nur: „Zu wenig, zu spät,

zu bürokratisch“. Lasse die Opposition das Gesetz im Bundesrat scheitern, wäre dies „ein Affront“ gegen zahlreiche Institutionen und Verbände und „gegen die Menschen“, die sich darum bemüht hätten. **»Im Blindflug«** Der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach warf Schwarz-Gelb dagegen eine „überflüssige Wahlkampfverbeugung für die Apotheker“ vor. Die Bereitstellung von 100 Millionen Euro für etwa 10.000 Landapotheken und die Gewährung von 180 Millionen Euro für Prävention bei 70 Millionen Versicherten zeige, dass es sich hierbei um Wahlkampfkaktionen handele. Die Mittel für Prävention entsprächen zwölf Cent pro Monat und Versichertem, womit kein Einfluss auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ausgeübt werden könne. Besser als die Einrichtung eines neuen bürokratischen Gremiums in Form der geplanten Präventionskonferenz wäre es, sich auf regionale, konkrete und unbürokratische Gesundheitsförderung zu konzentrieren. Der Gesetzentwurf scheitere „auf ganzer Ebene“, weil er einkommensschwache und benachteiligte Menschen nicht in den Blick nehme. Zudem gebe es keine einzige Studie zur Gesundheitsförderung, weshalb sich der Gesundheitsminister „im Blindflug“ befinde und überhaupt nicht wisse, was getan werden müsse. Für Die Linke monierte Martina Bunge, das einzige Gute am Gesetzentwurf zur Prävention sei der Name, die Substanz hingegen sei „mies“. Hinter den Vokabeln der modernen

Forschung zur Gesundheitsförderung verberge die Koalition „veraltete und verstaubte Ansätze“. Die Lebenserwartung von Menschen mit niedrigem Sozialstatus entspreche in Deutschland der in Entwicklungsländern. Dies sei nicht hinzunehmen, doch mache die Koalition „nichts dagegen“. Die Grünen-Abgeordnete Maria Klein-Schmeink nannte den Entwurf ein „Armutzeugnis“. Sie frage sich, ob der Minister „eine Ahnung“ von der kommunalen Selbstverwaltung und dem Funktionieren der Zivilgesellschaft habe. Es sei nicht sinn-

voll, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mehr als die Hälfte der Mittel zuzuweisen. Vielmehr gehe es darum, vor Ort in den Kitas, Schulen und sozialen Brennpunkten Projekte durchzuführen. Ihre Fraktionskollegin Birgitt Bender kritisierte, mit dem „Apothekennotdienstesicherstellungsgesetz“ ändere sich an den Belastungen der Apotheker und den Wegen der Patienten nichts. Nötig sei, den Zuschnitt der Notdienstbezirke und die Abstimmung von ärztlicher Notversorgung und Apothekennotdienst zu ändern. Susanne Kailitz II



»Das Gesetz scheitert auf ganzer Ebene.« Karl Lauterbach (SPD)

STICHWORT

INITIATIVEN – Die Gesetzentwürfe zu Prävention und Apothekennotdienst

»Präventionsgesetz« Mit dem Gesetz sollen die Leistungen der Krankenkassen so ausgestaltet werden, dass die Versicherten „bei der Entwicklung und dem Ausbau von gesundheitsförderlichen Verhaltensweisen“ unterstützt und so gesundheitliche Risiken reduziert werden.

»Geld« Dafür sollen die Kassen ihre Ausgaben für die betriebliche Gesundheitsförderung und für „Leistungen zur primären Prävention in Lebenswelten“ erhöhen. Für die Vorsorge sollen ab 2014 bis zu 180 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen.

»Apotheken« Apotheken sollen künftig für jeden erbrachten Notdienst einen Zuschuss erhalten. Damit soll die flächendeckende Arzneimittelversorgung gesichert werden.



Raus aus der Schuldenfalle

GESUNDHEIT Zinsen für säumige Zahler in der Krankenversicherung senken. Opposition kritisiert Notagentarif

Die Säumniszuschläge für Versicherte in der Gesetzlichen Krankenversicherung, die ihre Beiträge nicht zahlen, sollen sinken. Darin waren sich die Fraktionen des Bundestags in einer Debatte zu einem Gesetzentwurf der Koalition (17/13079) und einen Antrag der SPD (17/12069) am vergangenen Donnerstag einig. Momentan können pro Jahr Zinsen von 60 Prozent anfallen; das überfordert viele Beitragschuldner. Deshalb soll nach dem Willen der Abgeordneten, die ihre Reden zu Protokoll gaben, der Zinssatz von derzeit fünf auf ein Prozent im Monat sinken. Außerdem soll es einen Notagentarif in der Privaten Krankenversicherung geben, wenn Versicherte ihre Beiträge dort nicht mehr zahlen können. Die Krankenkassen sind dann nur noch verpflichtet, für akute Erkrankungen und Schmerzen sowie Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft aufzukommen. Der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn hielt fest, die hohen Zuschläge seien 2007

eingerrichtet worden, um Missbrauch entgegen zu wirken. Man habe aber festgestellt müssen, dass viele Versicherte zwar willig seien, ihre Beiträge zu zahlen, aufgrund der hohen Zuschläge aber nicht aus ihrer prekären Situation herauskämen. Die liberale parlamentarische Staatssekretärin Ulrike Flach stellte fest, die Prämie im Notagentarif werde mit vermutlich rund 100 bis 120

Euro je Versichertem deutlich niedriger ausfallen als eine durchschnittliche Prämie in einem regulären Tarif. Sie halte es für „sachgerecht, dass jemand, der keine Beiträge zahlt, nicht den vollen Versicherungsschutz erhält“. Karl Lauterbach (SPD) befürwortete die Senkung der Zuschläge zwar, der Entwurf der Koalition greife aber „viel zu kurz“. Er

plädierte daher für eine Begrenzung der Rückwirkung: dies räume Betroffenen die Möglichkeit ein, „aus der Schuldenfalle herauszukommen“. Für Die Linke kritisierte Harald Weinberg, mit dem geplanten Notagentarif werde „ein neues Gesundheitsprekariat“ geschaffen. Die Regierung helfe Betroffenen nicht, sondern setze nur um, „was die private Krankenversicherung ihr in die Feder diktiert hat“. Richtigerweise dürfe die PKV säumige Beitragszahler nicht einfach hinauswerfen, sondern sei gesetzlich gezwungen, den Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten. Mit dem niedrigen Beitragsniveau „nur noch Leistungen auf Entwicklungsland-Niveau“. Dieser Tarif nutze der PKV und schade der Gesundheit der Versicherten. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Biggi Bender, stellte fest, dass die „Wucherzinsen der Krankenkassen auf rückständige Beiträge“ nach sechs Jahren abgeschafft würden, sei das einzig Gute an dem Entwurf – der Rest gehöre „in die Tonne“. Für Beitragschuldner solle die Regelung aus der PKV übernommen werden, wie es der SPD-Antrag fordere. Dann müssten Versicherte die Beiträge rückwirkend nur für die ersten sechs Monate zahlen, ab dem siebten Monat nur noch jeweils ein Sechstel des Monatsbeitrags. Susanne Kailitz II

Pflegezeit auch für Beamte

INNERES Gesetz regelt auch flexibleren Ruhestandseintritt

Die für Arbeitnehmer bereits bestehende Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Familienpflegezeit soll auch für Bundesbeamte eingeführt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12356) vor, den der Bundestag vergangene Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der oppositionellen SPD in modifizierter Fassung (17/13133) verabschiedete. Dagegen stimmten Die Linke und die Grünen. Die Familienpflegezeit fördert die häusliche Pflege naher Angehöriger, indem bis zu zwei Jahre lang ein rückzahlbarer Vorschuss auf die Besoldung gewährt wird. Diese Regelung, die für Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und die Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft bereits gilt, soll nun wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden. Der Gesetzentwurf sieht zudem für Beamte, „denen durch familienbedingte Teilzeit oder Beurlaubung Besoldungseinbußen entstehen, die sich auch nachteilig auf die Höhe der Versorgungsbezüge auswirken, außerdem die Möglichkeit vor, Lücken in der Versorgungsbiografie künftig besser ausgleichen zu können, indem sie einen Anspruch auf Verlängerung ihrer Dienstzeit erhalten“. Der CDU-Abgeordnete Armin Schuster verwies auf einen im Innenausschuss angenommenen Änderungsantrag der Koalition. Darin sei vorgesehen, „dass all jene Beamte, die

nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze weiterhin arbeiten, zehn Prozent Besoldungszuschlag erhalten“. Zudem werde die im Bundesbeamtengesetz enthaltene Möglichkeit des Dienststrahes gestrichen, die Ruhestandseintritt ohne Zustimmung des Beamten zu verschieben, gab Schuster zu Protokoll. Nach den Worten des FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert motiviert der Zuschlag von zehn Prozent des Grundgehalts „künftig auch diejenigen Beamten zur freiwilligen Verlängerung der Arbeitszeit, die bei Erreichen des Ruhestandsalters den Höchstruhegehaltsatz von 71,75 Prozent bereits erreicht haben“. Ihnen hätte eine Verlängerung der Arbeitszeit bisher keine Vorteile gebracht. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Gunkel begrüßte, dass die bisher mögliche zwangsweise Dienstzeitverlängerung aufgehoben werde. Er kritisierte zugleich, dass die Genehmigung der Pflegezeit in das Ermessen des Dienstherren gestellt werde. Zudem äußerte er Zweifel, ob die zeitliche Beschränkung der Pflegezeit auf 24 Monate „den tatsächlichen Anforderungen an die Pflege von Angehörigen entspricht“. Auch Konstantin von Notz (Grüne) monierte, die zeitliche Begrenzung auf 24 Monate „überzeugt angesichts längerwährender Erkrankungen nicht, auch wenn es dort eine einmalige Verlängerungsmöglichkeit gibt“. Helmut Stoltenberg II



Seit 2007 dürfen Krankenversicherer ihre Mitglieder nicht mehr vor die Tür setzen. Aber dafür werden bislang für die Versicherer in Notlagen horrenden Gebühren fällig.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Einig in der Kritik

AUSLANDSSCHULEN Die Regierung will einen gesetzlichen Finanzierungsanspruch schaffen. Doch den Abgeordneten geht das nicht weit genug. Sie kritisieren, dass ein größerer Teil der Schulen außen vor bleibt



Die Internationale Deutsche Schule in Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam

Cornelia Pieper (FDP) verbreitet Optimismus. Im Interesse der Planungssicherheit für die Deutschen Auslandsschulen habe die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (17/13058) vorgelegt, mit dem ein gesetzlicher Finanzierungsanspruch geschaffen werde, sagte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt anlässlich der ersten Lesung der Vorlage am vergangenen Freitag. „Das ist ein schöner Tag für die Deutschen Auslandsschulen“, urteilte sie. Außerdem zeige dies, dass die Bildung „in dieser Regierung Priorität genießt, trotz Haushaltesparungen“. Bislang seien die Auslandsschulen nach Zuwendungsrecht, also ohne einen Rechtsanspruch, gefördert worden. „Schulen sind aber keine kurzfristigen Projekte, über die je nach Haushaltslage entschieden werden sollte“, sagte die Staatsministerin.

Genau hier setzt jedoch die Kritik der Abgeordneten aller Fraktionen an. Angesichts der im Gesetz enthaltenen Einschränkungen sei nur etwa ein Drittel der Auslandsschulen anspruchsberechtigt. Die anderen blieben weiterhin von der Haushaltsituation des Bundes abhängig, bemängelten die Parlamentarier und forderten Nachbesserungen.

Anreize Derzeit soll laut Entwurf jenen Deutschen Auslandsschulen ein Anspruch auf finanzielle und personelle Förderung gewährt werden, „die zu dem Ziel, eine möglichst große Anzahl im Ausland lebender Schülerinnen und Schüler zu einem in Deutschland anerkannten schulischen Bildungsabschluss zu führen, kontinuierlich einen substantiellen Beitrag leisten“. Da-

durch, so heißt es zur Begründung, sollen erfolgreich arbeitende Schulen belohnt und Anreize für eine zielorientierte Arbeit aller Deutschen Auslandsschulen gesetzt werden. Zugleich würden auf diese Weise erreichte Erfolge beim Aufbau Deutscher Auslandsschulen abgesichert. Die Einschränkung führe dazu, dass von den 140 Auslandsschulen nur 45 einen gesetzlichen Anspruch erhalten könnten, sagte Angelika Krüger-Leißner (SPD). „Der Rest bleibt von der Kassenlage des Bundes abhängig“, kritisierte sie. Dazu würde beispielsweise auch die Schule in Teheran gehören, weil es dort zu wenige Abitur-Abschlüsse gebe. In das Gesetz überhaupt nicht einbezogen seien die über 800 Schulen, an denen das Deutsche Sprachdiplom (DSD) abgelegt wird. Im Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik, so machte die SPD-Politikerin deutlich, sei man sich einig in der Forderung, dass sämtliche Auslandsschulen und auch die DSD-Schulen in dem Gesetz verankert werden müssen.

Es stelle sich jetzt die Frage, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist, sagte Peter Gauweiler (CSU), Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kulturpolitik. „Es ist schon mal gut, dass überhaupt ein Glas auf dem Tisch steht“, sagte er weiter. Die Parlamentarier müssten dieses nun füllen. Auch wenn es gut sei, dass es nun endlich einen Rechtsrahmen für die fast 400.000 Schüler gebe, müssten noch Dinge ergänzt werden, sagte Gauweiler und bekräftigte die Forderung Krüger-Leißners nach Aufnahme aller Auslandsschulen und der DSD-Schulen in den gesetzlichen Finanzierungsanspruch. „Wir sind an einem positiven Wendepunkt“, sagte er. „Das Gesetz kann jetzt

scheitern, oder wir bringen es gemeinsam durch“, und er machte deutlich: „Ich bin überzeugt, dass wir es schaffen werden.“

Privilegierte Dass es so wie von der Bundesregierung vorgeschlagen nicht gehe, ist auch die Sicht von Lukrezia Jochimsen (Die Linke), die sich enttäuscht von der Vorlage zeigte. „Wollen wir diesem Unsinn wirklich zustimmen?“, fragte sie. Ein sinnvolles Auslandsschulgesetz müsse einen Nutzen für alle haben und dürfe nicht einzelne – große Schulen mit hohen Abschlusszahlen – privilegieren. „Das ist zwar gut für die einen, aber schlecht für die anderen“, sagte sie. Blicke es bei der jetzigen Regelung, würden neben der schon erwähnten Schule in Tehe-

ran unter anderem auch die altehrwürdige Schule in Neu Delhi sowie die erst jüngst gegründete Schule in Bratislava keinen Förderungsanspruch haben, sagte Jochimsen.

Die vorliegende Fassung habe gravierende Mängel, betonte auch Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Es sei bedauerlich, dass der Regierungsentwurf im Laufe der Zeit immer weiter abgespeckt worden sei. Es reiche nicht, wenn nur etwa ein Drittel der Schulen einen Anspruch habe, der Rest aber weiterhin von der Kassenlage des Bundes abhängig sei, weil die Mindestzahl an Abschlüssen nicht erreicht werde. Roth kritisierte in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der Länder. Es sei ein Trauerspiel, wie sich die Länder in der Finanzierungsfrage verhalten hätten, als sie die Beiträge für die Versorgungszulage der Lehrkräfte einseitig gekürzt haben, sagte sie und betonte: „Damit meine ich alle Länder.“

Stipendien Eine weitere wichtige Frage sei, wie es mit den Stipendien für talentierte Schüler, die sich das Schulgeld nicht leisten können, weitergehen solle. „Wir sollten darauf achten, dass die deutsche Eigenheit, dass der Zugang von Bildung eben nicht nur Geldeliten möglich ist, stärker gefördert wird“, verlangte Roth. Sie hätte sich gewünscht, dass aus dem zwölf Milliarden Euro umfassenden Sonderprogramm für Bildung auch dafür etwas abgefallen wäre, statt nur Haushaltslöcher zu stopfen. „Es ist eine verpasste Chance für soziale Inklusion im Auslandsschulwesen“, lautete ihr Fazit. Götz Hausding

Mehr zu den Deutschen Auslandsschulen unter: www.auslandsschulwesen.de

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Europäisches Semester umstritten

EUROPA Zusammen mit der Europäischen Wachstumsstrategie 2020 wurde im Jahr 2011 das Europäische Semester (ES) eingeführt. Dabei nimmt die Kommission jährlich eine Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme vor und gibt den EU-Staaten anschließend entsprechende Empfehlungen hinsichtlich der Aufstellung des kommenden Haushalts. Nach Meinung von Experten bietet das ES Chancen für eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, berücksichtigt aber zu wenig soziale Aspekte und führt zu einer Reihe demokratiepolitischer Probleme. Bei einer Anhörung des Europaausschusses in der vergangenen Woche wurden die Wirkungen des Europäischen Semesters von den geladenen Experten unterschiedlich bewertet. Als „größtenteils positiv und als Chance“ bewertete Professor Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft das ES. Er sehe darin keine Vorstufe für eine Wirtschaftsregierung, sondern eine „politische Umsetzungshilfe“ für einzelne Staaten. Man könne Ziele setzen und auch den Druck erhöhen, „aber man sollte nicht die Wege vorschreiben“, warnte Eilfort. Das zwingende Ziel müsse sein, ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Das müsse auch in Deutschland teilweise noch stärker beherzigt

werden: „Wir predigen Wasser und trinken doch auch noch etwas Wein“, sagte er. Auch nach Ansicht von Rolf Kroger vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln habe man aus der Finanzkrise gelernt, dass eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig sei. Europa habe die Chance aus der Krise gestärkt hervorzugehen. „Neue Instrumente tragen zu einer stärkeren Koordinierung bei“, sagte er. Professor Walter Hanesch von der Hochschule Darmstadt forderte, dass es eine Balance zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geben müsse. Er sprach dabei das Verhältnis zwischen der europäischen Strategie 2020 und dem ES an. Beim Abstimmungsprozess zwischen den Staaten läge der Schwerpunkt auf der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auf die demokratiepolitischen Folgen des ES ging Professor Andreas Maurer von der Stiftung Wissenschaft und Politik ein. Die Krise habe das technokratische und intergouvernementale Handeln verstärkt und die bereits erreichten Demokratisierungsschritte durch eine sukzessive Parlamentarisierung der EU „unterhöhlt und teilweise außer Kraft gesetzt“. Daher finde die Koordinierung durch das Europäische Semester „im Schatten europäischer Entscheidungen“ statt. as ||

Sorge um die Lage der Westsahara

MENSCHENRECHTE Die Oppositionsfraktionen sind mit zwei Initiativen zur Lage in der Westsahara gescheitert. Einen gemeinsamen Antrag (17/12822) von SPD und Grünen zur Verlängerung und Erweiterung des UN-Mandats für die Westsahara sowie zur Nicht-Anerkennung der „völkerrechtswidrigen Verwaltung“ durch Marokko lehnten die Koalitionsfraktionen am vergangenen Donnerstag ab. Ebenfalls keine Mehrheit fand ein Antrag der Linksfraktion (17/13089), die sich für ein Ende der „völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Marokkos“ und die baldige Durchführung eines Referendums über die Unabhängigkeit der Westsahara eingesetzt hatte. Grundlage der Debatte war zudem eine Große Anfrage der Grünen (17/11453), die sich nach der Haltung der Bundesregierung zur Menschenrechtslage und zur Zukunft des Gebiets erkundigt hatten.

Frank Heinrich (CDU) erklärte, infolge des seit Jahrzehnten ungeklärten völkerrechtlichen Status befinde sich die Lage in der Westsahara in einer „gefährlichen Sackgasse“. Ebenfalls seit Jahren stagniere die konstruktive Unterstützung für die Westsahara durch die Weltgemeinschaft, sagte der Abgeordnete weiter. Man müsse von einer dauerhaften sozialen, wirtschaftlichen und

kulturellen Diskriminierung der saharaischen Bevölkerung sprechen. Ein großes Problem in der Westsahara blieben Menschenrechtsverletzungen. Marina Schuster (FDP) betonte, es seien vor allem die Konfliktparteien, die einen gemeinsamen Nenner finden müssten, wie sie ihrer Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte gerecht werden. Die Abgeordnete versprach: „Wir tun alles, um dies zu unterstützen.“ Nach mehr als 20 Jahren des Wartens auf eine gewaltfreie Konfliktlösung und angesichts der wachsenden Ungeduld junger Saharais würde sie mit Sorge in die Zukunft blicken, erklärte Angelika Graf (SPD). Saharais, die im marokkanisch verwalteten Gebiete lebten, litten täglich unter den Menschenrechtsverletzungen und den Diskriminierungen durch die marokkanische Verwaltung. Volker Beck (Grüne) sagte, es liege in erster Linie an den wirtschaftlichen Interessen und der „Sturköpfigkeit“ Marokkos, aber auch an fehlendem „Willen und Elan“ von UN, EU und Deutschland, dass der Westsahara-Konflikt immer noch nicht gelöst sei. Sevim Dagdelen (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, mit „dem marokkanischen Regime auf Engste“ zu kooperieren, indem sie Waffen liefere und dessen Soldaten und Polizisten ausbilde. ahe/bob ||

Entwicklung ohne Hürden

INKLUSION Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrer Initiative zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit gescheitert. Ein entsprechender Antrag (17/12844) fand im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vergangene Woche keine Mehrheit: Die Oppositionsfraktionen votierten für die Initiative, die Koalitionsfraktionen stimmten dagegen. Die Grünen hatten unter anderem gefordert, Inklusion in der Entwicklungszusammenarbeit „gezielt voranzutreiben“ und als Querschnittsaufgabe zu etablieren. Dazu gehöre unter anderem, Ansprechpartner im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und in den Durchführungsorganisationen zu benennen, die das Thema strategisch und inhaltlich betreuen und verantworten. Auf internationaler Ebene solle unter anderem „die inklusive Gestaltung von Entwicklungsmaßnahmen auf alle Sektoren und Länder“ ausgeweitet werden. Die Staatssekretärin im BMZ, Gudrun Kopp (FDP), verwies in einer Unterrichtung zum Thema darauf, dass ihr Haus 2012 als erstes Ministerium einen entsprechenden Aktionsplan vorgelegt habe. Er zielt mit zehn Handlungsfeldern und mehr als 40 Maßnahmen darauf ab, die Inklusion zu ver-

bessern: innerhalb des Ministeriums, in den Partnerländern und in der Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Der Aktionsplan stieß fraktionsübergreifend auf Zustimmung – bei kritischen Nachfragen aus der Opposition. Eine Vertreterin der Unionsfraktion nannte den Grünen-Antrag eine „treffende Zusammenfassung“, plädierte aber dafür, zunächst den Aktionsplan „mit Leben zu füllen“. Eine Vertreterin der FDP-Fraktion betonte, dass viele der Forderungen der Grünen bereits auf den Weg gebracht worden seien, etwa die Etablierung des Themas Inklusion als Querschnittsaufgabe. Die Linke kritisierte die aus ihrer Sicht unzureichende Verbindlichkeit des Aktionsplans, ähnlich argumentierten auch die Grünen. Beide Fraktionen machten deutlich, dass das Thema Prävention zu kurz komme. „Behinderung ist oft eine Folge von Armut, und Armut umgekehrt eine Folge von Behinderung“, sagte ein Vertreter der Grünen. Eine Vertreterin der SPD-Fraktion sagte, es bedürfe einer „großen Umsteuerung“ und verwies als Beispiel auf eine aktuelle Ausschreibung im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft, die trotz Aktionsplan das Thema „Menschen mit Behinderungen“ nicht explizit als Bewertungskriterium nenne. ahe ||

Neue Agenda für die Zeit nach 2015

ENTWICKLUNG Experten betonen die Notwendigkeit eines breit getragenen Nachfolgeabkommens für die Millenniumsziele

Die Millenniumsentwicklungsziele für das Jahr 2015 sind bei weitem nicht erreicht. Doch die Gedanken kreisten in der vergangenen Woche bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Unterausschusses „Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung“ bereits um neue Ziele für die Zeit nach 2015. Auf dem „Rio plus 20“- Gipfel wurde 2012 vereinbart, dass eine neue Entwicklungsagenda ausgearbeitet wird. Sie soll die auf Überwindung von Hunger, Armut und die soziale Grundversorgung gerichteten Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) mit Fragen des Umwelt- und Ressourcenschutzes verbinden und darüber hinaus zu universellen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung führen (Sustainable Development Goals, SDG).

Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik nannte die MDG eine „Erfolgsgeschichte“, die für Entwicklungsbelange ein „globales Narrativ“ in die Hand gegeben hätten. Aus dem MDG-Prozess lasse sich auch für die Entwicklungsagenda nach 2015 lernen: Das Projekt sei international mit breitem Konsens getragen worden und habe sich auf eine begrenzte Auswahl von konkreten Zielen fokussiert, deren Erreichung oder auch Nichterreichung weitgehend mess- und überprüfbar seien.

Differenzierte Ziele Nikhil Seth (Abteilung für nachhaltige Entwicklung bei den Vereinten Nationen, UN-DESA) wies auf die neuen Herausforderungen hin: Dazu zählten der Klimawandel, ein rasantes Weltbevölkerungswachstum, die Zunahme von Mobilität, der wachsende Mittelstand in Asien. Eine neue Agenda müsse „ökologische Begrenzungen“

in Betracht ziehen, mit Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten, den Energieverbrauch, die Siedlungspolitik und eine Vielzahl anderer Bereiche. Wichtig seien nicht Ziele, die für alle Länder gleich seien, sondern differenzierende Ziele, die allerdings für jedes Land gleich verbindlich seien, sagte Seth.

Jan Dusik vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) unterstrich, dass Umwelt als Querschnittsthema Eingang in die Agenda finden müsse: „Umweltzerstörungen können Entwicklungsfortschritte verlangsamen oder sogar umkehren“, sagte Dusik. Gefordert seien nicht Patentlösungen, sondern Maßnahmen für nachhaltigen Konsum und nachhaltiges Produzieren weltweit. Gilbert Fossou Hounbo von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) betonte, dass die Bekämpfung von Ungleichheit und insbesondere die Themen Arbeit, Wachstum und Beschäftigung wichtige Bestandteile der

Agenda sein müssten. Menschenwürdige Arbeitsplätze und „vernünftig bezahlte Beschäftigung“ seien unverzichtbare Instrumente zur Bekämpfung von Armut gerade in Entwicklungsländern.

Klaus Schilder vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) sprach von der „historischen Chance“, eine umfassende Agenda auf Grundlage von Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit zusammenzuführen. Die Agenda nach 2015 könne im Kern aus vier Elementen bestehen:

einer Grundsatzklärung, den Nachhaltigkeitszielen, einem Aktionsprogramm für ihre Umsetzung sowie einem periodischen



„Fight Hunger“ - Aktion des UN-Welternährungsprogramms

Überprüfungsmechanismus, der nicht zuletzt die Staaten dazu anhalten soll, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Oliver Wieck vom Bundesverband der Deutschen Industrie sprach von einer „gemischten Bilanz“ der MDG. Die Unternehmen der OECD-Länder würden zudem durch eine Vielzahl von Richtlinien zu verantwortungsvollem Wirtschaften angehalten. Allerdings gelte dies nicht für Unternehmen aus Ländern wie China, Indien und Russland, die ihrerseits als entwicklungspolitische Akteure auftreten. Eine Post-2015-Agenda müsse auch diese Länder in die Pflicht nehmen. ahe ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Mit den CO2-Emissionszertifikaten sollte die Industrie einen Anreiz bekommen, in klimafreundliche Technologie zu investieren. Derzeit gibt es aber am Markt ein Überangebot von zwei Milliarden Verschmutzungsrechten.

Unter der Schmutzwolke

EU-EMISSIONSHANDEL Das Europaparlament lehnt eine Verknappung von CO2-Zertifikaten ab

Für Klimaschützer war es ein herber Schlag: Die Europaabgeordneten haben am Dienstag überraschend gegen eine Verknappung von CO2-Zertifikaten gestimmt. Mit nur 19 Stimmen Mehrheit lehnten die Abgeordneten in Straßburg einen Vorschlag der EU-Kommission zum sogenannten Backloading ab. Die EU-Kommission wollte 900 Millionen Handelszertifikate erst zum Ende der aktuellen Handelsperiode in den Jahren 2019 und 2020 versteigern, damit der Markt wieder Anreize für klimafreundliche Investitionen setzen kann. Aktuell ist der Preis für Kohlendioxid so niedrig, dass er kaum mehr einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Nach der Ablehnung fiel der Preis für Emissionszertifikate um 40 Prozent auf einen neuen Tiefstand von 2,63 Euro pro Tonne. Im Juli 2008 hatte der Preis mit 30 Euro pro Tonne einen Höchststand erreicht.

für den weltweiten Kampf gegen Klimawandel.“ Scheitert der Emissionshandel in Europa, ist es unwahrscheinlich, dass es je einen weltweiten Handel mit Emissionszertifikaten geben wird. Die Umweltorganisation BUND sprach von einem „schwarzen Tag für den Klimaschutz“. Die Mehrheit der Europa-Parlamentarier empfand die von der Kommission vorgeschlagene künstliche Verknappung von Zertifikaten jedoch als einen unangemessenen Eingriff in den Markt.

»Das war ein Rückschlag für den Klimaschutz in Europa.«

Umweltminister Peter Altmaier (CDU)



gewissen politischen Erwartungen entspricht, durch kurzfristige Eingriffe den Preis in die Höhe treiben wollen“, kritisierten der Vorsitzende der CDU-Gruppe, Herbert Reul, und der Vorsitzende der CSU-Gruppe, Markus Ferber, in einer gemeinsamen Stellungnahme. „Kurzfristige Eingriffe würden das System ad absurdum führen.“ Der liberale Abgeordnete Holger Krahmert sieht den Emissionshandel in seiner jetzigen Form schon als gescheitert an: „Der Versuch, das System durch punktuelle Eingriffe

zu retten, ist aussichtslos.“ Die Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, hat die Kommission aufgefordert, nun „Vorschläge für eine wirkliche strukturelle Stärkung des Emissionshandels“ vorzulegen. EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard wies jedoch darauf hin, dass die Abgeordneten die Entscheidung zunächst in den Umweltausschuss des Europäischen Parlaments zurückverwiesen haben. Dieser hatte ursprünglich mit knapper Mehrheit für eine vorübergehende Verknappung der Zertifikate gestimmt.

Kleine Mehrheit Hedegaard betonte auch, dass es unter den Mitgliedstaaten der EU im Rat eine kleine Mehrheit für die Verknappung gebe. Die Bundesregierung hat allerdings noch keine Position bezogen, da sich Wirtschaftsminister Philip Rösler (FDP) und Umweltminister Peter Altmaier (CDU) bisher nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt haben. Rösler pocht auf Planungssicherheit für die Industrie, die vergangene Woche die Ablehnung einhellig begrüßte. „Das war ein Rückschlag für den Klimaschutz in Europa“, sagte hingegen Peter Altmaier. In einem Brief mit fünf anderen Umweltministern hatte er zuvor die Abgeordneten gewarnt, dass der Emissionshandel ohne die vorgeschlagene Verknappung seinen Modellcharakter für Länder wie China verliere. Der wichtigste Grund, warum das einstige Vorzeigeprojekt der EU aktuell

nicht funktioniert, ist die Rezession. Wegen der schwachen Konjunktur ist die Nachfrage nach den Verschmutzungsrechten gering. Schätzungen zufolge besteht aktuell ein Überangebot von knapp zwei Milliarden Zertifikaten. Umweltschutzverbände gehen davon aus, dass erst ab einem Preis von 25 Euro pro Tonne Ausstoß ein Anreiz besteht, damit Unternehmen in klimaschonende Technik investieren. Mit einer breiten Mehrheit hat sich das Europäische Parla-

ment auch dafür ausgesprochen, den Emissionshandel im Flugverkehr für ein Jahr auszusetzen. 2008 hatte die Europäische Union beschlossen, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen – war dabei aber auf massiven Widerstand von Staaten wie den USA, Russland und China gestoßen.

Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

STICHWORT

EU-Emissionshandel – Umstrittenes Instrument zum Klimaschutz

> EU-Emissionshandel In der EU müssen rund 12.000 Industrieunternehmen für den Ausstoß von CO2 Verschmutzungsrechte erwerben. Diese bekommen sie entweder von den Regierungen geschenkt oder müssen sie in Auktionen erwerben. Aufgrund einer zu hohen Zuteilung und der Wirtschaftskrise ist der Preis für die Zertifikate stark gesunken.

> Backloading Derzeit herrscht ein Überangebot von rund 1,7 Milliarden Verschmutzungsrechten. Die EU-Kommission wollte daher ihre Zahl um 900 Millionen reduzieren, um das Angebot zu verknappen und dadurch den Preis zu erhöhen.

> Mitentscheidung Das Parlament hat die Reform des Emissionshandels abgelehnt. Es hat ein Mitentscheidungsrecht und muss mit der EU-Kommission einen Kompromiss finden.



Gedenken an Aufstand

EUROPA Der Bundestag hat in seiner Sitzung am vergangenen Freitag an den jüdischen Aufstand im Warschauer Ghetto vor 70 Jahren gedacht. „Wir verneigen uns heute vor den mutigen Frauen und Männern und allen Opfern des Warschauer Ghettos. Ihr Kampf um die Menschenwürde ist und bleibt ein Vermächtnis für die nachfolgenden Generationen“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Beisein des polnischen Botschafters Jerzy Marganski, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben.

Lammert erinnerte daran, dass zu Beginn des Aufstandes am 19. April 1943 noch „Zehntausende verzweifelte, größtenteils längst entkräftete Menschen“ hinter den drei Meter hohen Mauern des hermetisch abriegelten Viertels lebten. Bereits 1942 seien von dort aus rund 300.000 Menschen in die Vernichtungslager deportiert worden. Die Juden im Warschauer Ghetto, sagte Lammert, „wussten, dass sie keine Chance gegen den übermächtigen Angreifer hatten. Sie wollten aber kämpfen – einen aussichtslosen, verzweifelten Kampf um die Würde ihres Volkes“, erklärte er.

Auch in Polen wurde in zahlreichen Veranstaltungen an den Aufstand vor 70 Jahren erinnert. An der zentralen Gedenkfeier nahmen unter anderem der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) teil.

Vorstoß zu Volksentscheid

EUROPA Die Fraktion Die Linke möchte, dass in Zukunft bei Neufassungen oder Änderungen der EU-Verträge verbindliche Volksabstimmungen durchgeführt werden. Am vergangenen Donnerstag wurde im Plenum in erster Lesung ein entsprechender Gesetzentwurf (17/11371) behandelt, mit dem das Grundgesetz geändert werden soll. Der Entwurf sieht vor, dass sich an den Abstimmungen mindestens 25 Prozent der Wähler, die auch das Europäische Parlament wählen, beteiligen müssen.

In der zu Protokoll gegebenen Debatte wurde von Thomas Dörflinger (CDU) die Frage aufgeworfen, ob „mehr plebiszitär-partizipatorische Elemente das Allheilmittel für Demokratie auf europäischer Ebene sind“. Er erinnerte daran, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes plebiszitäre Elemente aus guten Gründen im Grundgesetz ausgespart hätten. Für die SPD erklärte Michael Roth, dass seine Partei bereits seit langem dafür werbe, die repräsentative Demokratie durch Formen der direkten Demokratie zu ergänzen. Aber eine Volksabstimmung führe nicht „zwangsläufig“ zu einer „höheren demokratischen Legitimation“, erklärte Roth. Nach Meinung von Oliver Luksic (FDP) sollte das Volk nur dann befragt werden, „wenn Entscheidungen die Natur der EU grundlegend verändern“. Er warnte vor der Gefahr, dass Volksabstimmungen dazu benutzt werden könnten, „über völlig andere, teilweise auch innenpolitische Entscheidungen zu verhandeln“.

Auch die Grünen machten deutlich, dass sie sich für die Stärkung von Volksentscheiden in Deutschland einsetzen. Der Vorrang des Europarechts, erklärte Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), dürfe aber auf keinen Fall durch nationale Abstimmungen geschwächt werden.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



Amtliches Frühwarnsystem

MITWIRKUNGSRECHTE Neues Gesetz konkretisiert, wie die Regierung das Parlament in EU-Angelegenheiten unterrichten muss

Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung in Europaangelegenheiten wird neu geregelt. Mit den Stimmen aller Fraktionen beschloss der Bundestag am Donnerstag einen entsprechenden Gesetzesentwurf (17/12816): Das sogenannte „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (EUZBBG), mit dem die Unterrichts- und Mitwirkungsrechte zwischen Parlament und Regierung klargestellt werden. Die Änderung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 19. Juni 2012 (2BvE 4/11) nach einer Klage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Konkretisierung der Unterrichts- und Mitwirkungsrechte gefordert hatte. Das neue Gesetz sieht vor, dass die Zusammenarbeit gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes auch für völkerrechtliche Verträge, die Europaangelegenheiten betreffen, gelten soll. Die Bundesregierung muss den Bundestag außerdem so frühzeitig informieren, dass das Parlament ausreichend Zeit hat, sich eine Meinung zu bilden und auf den Willensbildungsprozess Einfluss zu nehmen, schreibt das Gesetz vor.

Einen Tag zuvor hatte Michael Stübgen (CDU) in der Sitzung des Europaausschusses eine positive Bilanz der Beratungen gezogen. „Dass wir zu einem Konsens gekommen sind, halte ich für einen großen Wert“, sagte

er. Mit der Neufassung würden Gründungsmängel der vorherigen Vereinbarung behoben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei aufgenommen worden und es existiere jetzt eine klare Gesetzesstruktur. Außerdem gebe es Konkretisierungen bei der Übersendung von Dokumenten und für den Fall von Vertragsverletzungsverfahren. Michael Roth (SPD) erinnerte daran, dass „das, wofür wir uns alle loben, einmal äußerst umstritten war“. Er hob hervor, dass

man die Verwaltung des Bundestages so umgestaltet habe, dass es für die Unterrichts- und Mitwirkungsrechte des Parlaments jetzt dort ein „europäisches Instrumentarium“ gebe. Dies sei eine Dienstleistung, die allen zugute käme. „Das EUZBBG ist gut, es muss aber auch konkret umgesetzt werden“, mahnte er. Nach Meinung von Gabriele Molitor (FDP) wird mit dem Gesetz „das Selbstbewusstsein der Parlamentarier erheblich gestärkt“. Es sei

Anliegen aller Fraktionen, dass sie ihre Rechte nutzen. Sie plädierte dafür, auf die Einhaltung des Gesetzes zu pochen, da einmal gesetzte Standards zur Gewohnheit würden.

Die Links-Fraktion stellte die Frage, warum man nicht schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts so selbstbewusst gewesen sei. Alexander Ulrich kritisierte für seine Fraktion, dass das Parlament den Status quo nicht von sich aus verbessert hätte. Das Verfassungsgerichtsurteil sei „keine Sternstunde“ für das Parlament gewesen, sagte er. Man werde weiterhin Debatten haben, ob die Bundesregierung in ausreichendem Maße ihrer Informationspflicht nachkomme. Es stelle sich daher weiter die Frage, ob man bei zentralen europapolitischen Fragen nicht die gesamte Bevölkerung befragen solle. Jerzy Montag (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete es als „Errungenschaft“, dass es jetzt eine gesetzliche Regelung gebe. Vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe es von Seiten der Regierung oft nur eine „kleckerweise Information“ gegeben. Er betonte jedoch: „Wir wollen Punkt für Punkt informiert werden.“ Annette Sach



Die Bundesregierung, hier das Kanzleramt, muss den Bundestag in Zukunft auch über völkerrechtliche Verträge zu Europaangelegenheiten frühzeitig informieren.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Suche nach dem Diätenplan

EDZARD SCHMIDT-JORTZIG Der Vorsitzende der »Unabhängigen Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts« erläutert den Abschlussbericht des Gremiums

Bisher beschließen die Mitglieder des Bundestages die Erhöhung ihrer Bezüge turnusgemäß nach einer Gesetzesvorlage des Bundestagspräsidenten. Die Unabhängige Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts, der Sie vorstehen, schlägt nun eine automatische Anpassung der Bezüge vor. Warum?

Bisher sind anstehende Anpassungen der Abgeordneten-Bezüge stets von heftigem Echo in den Medien begleitet worden. Da war dann von den Politikern als „Raffkes“ und von „Selbstbedienung“ der Parlamentarier die Rede. Deshalb gibt es schon seit längerem den politischen Wunsch, Bezüge-Anpassungen irgendwie zu automatisieren. Die Kommission ist nun der Meinung, dass das Parlament Diäten-Erhöhungen zwar grundsätzlich selber beschließen muss. Jedoch könnte sich eine gewisse Mechanisierung ergeben, wenn der Bundestag zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beschließt, dass die von den Bezügen der Richter-Besoldungsgruppe R6 ausgehenden Diäten sich regelmäßig nach einem bestimmten, neutralen Teuerungsfaktor erhöhen. Damit wäre das Thema für den Rest der Legislaturperiode erledigt, und mehr Rationalität beherrschte die öffentliche Debatte.

Kritiker könnten einwenden: Damit wird die „Selbstbedienung“ automatisiert. Das Parlament muss diese Dinge selbst beschließen. Dazu gibt es juristisch keine Alternative. Wir schlagen aber nun vor, die Anknüpfung der Entschädigungen an die Bezüge von obersten Bundesrichtern mit dem amtlichen Nominallohnindex zu koppeln. Damit würden die Abgeordneten-Diäten fortan so stark steigen wie der Durchschnittslohn der abhängig Beschäftigten. Ich will auch nicht verhehlen, dass es in der Kommission große Diskussionen darüber gab, dass Bundestagsabgeordnete eben nicht abhängig beschäftigt sind, sondern ein ganz spezifisches, eigenständiges Amt bekleiden. Ich glaube allerdings, der Index ist ein relativ unkritischer Maßstab. Aber noch einmal: Dass der Bundestag mindestens am Anfang einer Legislaturperiode den entsprechenden Automatismus selber beschließen muss, daran führt kein Weg vorbei. Das ist nun mal so im Parlamentarismus.

Warum die Anlehnung an das Gehalt oberster Richter?

Das ist eine Bewertungsfrage. Wir haben uns bewusst nicht auf die gleich hohe Beamtenbesoldung B6 kapriziert. Beamte sind etwas anderes als Abgeordnete. Beamte sind beispielsweise weisungsgebunden, Abgeordnete nicht. Außerdem ist die Gesetzgebung etwas anderes als die Administration. Entscheidend war für die Kommission aber das Merkmal der Unabhängigkeit. Da ist ein Abgeordneter am ehesten mit einem Richter zu vergleichen. So steht es übrigens schon seit vielen Jahren auch im Abgeordnetenrechtsgesetz. Dieser Bezug ist aber inzwischen verloren gegangen, offenbar aus Angst, immer wieder in der Kritik der Öffentlichkeit zu stehen.

In der Frage der Altersversorgung für Bundestagsabgeordnete ist sich Ihre elfköpfige Kommission nicht einig geworden. Warum?

Da sind wir in einem Patt geendet, fünf zu fünf plus eine Stimme, die ein drittes Modell vorgeschlagen hatte. Die eine Fünfergruppe war dafür, den alten, beamtengleichen Versorgungsansatz mit gewissen Veränderungen und Anpassungen beizubehalten. Beispielsweise sollte die Bezugsgrenze analog dem Öffentlichen Dienst heraufgesetzt werden. Die andere Fünfergruppe hat gesagt: Wir wollen uns mit einer Art Baustein-Modell der Versorgungslage des allge-

meinen Arbeitnehmers annähern. Der eine Abgeordnete bringt beispielsweise eine Anwartschaft aus einem Versorgungswerk mit, bevor er in den Bundestag eintritt. Ein anderer hat in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Und der dritte hat irgendeine andere Grundversorgung. Dieser erste „Baustein“ könnte mit einer Zusatzversorgung analog einer betrieblichen Altersversorgung kombiniert werden, die der Bundestag zu finanzieren hätte, wie im übrigen Berufsleben. Und als dritter Baustein käme dann womöglich noch Eigenvorsorge hinzu. Ein Kommissionsmitglied endlich war für ausschließliche Eigenvorsorge ...

... also so, wie es einige Bundesländer für ihre Landtags-Abgeordneten eingeführt haben?

Ja, genau, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Dort hat das neue System die Bezüge der Abgeordneten schlagartig hochschnellen lassen. Das hat zu einem Aufschrei in der Bevölkerung geführt. Auch für den Bundestag wäre das reine Eigenvorsorge-Modell mit einem unvertretbaren finanziellen Aufwand verbunden. Trotzdem muss ich zugeben: Von der reinen Systematik her wäre das durchaus eine schlüssige Variante. An der praktischen Umsetzung allerdings würde es haken.

Auch die Kostenpauschale soll nach Ihren Vorschlägen ein Teil der Amtsausstattung für Abgeordnete bleiben. Was wäre, wenn man darauf verzichten würde?

Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass die Kostenpauschale dem höchsten Gut des Abgeordnetenmandats, der Un-



„Nach dem Vorschlag der Kommission würden die Abgeordneten-Diäten fortan so stark steigen wie der Durchschnittslohn der abhängig Beschäftigten.“

Edzard Schmidt-Jortzig

abhängigkeit, dient. Wenn beispielsweise ein Abgeordneter dem Finanzamt nachweisen müsste, dass die Runde Bier beim Schützenfest im Wahlkreis einen Mandatsbezug hat, der Finanzbeamte aber finden würde, dass das nicht so ist, läge die Ausübung des Mandates in den Händen Dritter. Das, so die Quintessenz der Kommissionsmehrheit, darf nicht sein.

Bei den so genannten Funktionsvergütungen empfehlen Sie, beispielsweise Vorsitzende von Bundestagsausschüssen zusätzlich zu honorieren und es auch den Fraktionen zu ermöglichen, herausgehobene Ämter mit einer Zulage zu versehen. Was versprechen Sie sich davon?

Zunächst haben wir da viel Argumentationsaufwand betrieben, um mit der auch in meinen Augen falschen Auffassung aufzuräumen, das Bundesverfassungsgericht habe solche Funktionszulagen verboten. Das stimmt so nicht, weil es sich jeweils um Entscheidungen über Vorgänge in Landesparlamenten handelt, die nur aus ganz bestimm-

ten Besonderheiten so ergangen sind. In jeder Organisation muss das Leistungsprinzip gelten. Also: gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Aber: andere Arbeit, anderer Lohn. Und: intensivere Mehrarbeit, höherer Lohn. Im Abgeordnetengesetz steht, dass der Präsident und die Vizepräsidenten des Bundestages mit einer Zulage bedacht werden. Das wollen wir ergänzen um die Ausschussvorsitzenden. Und was die Zulagen bei den Fraktionen betrifft: Das ist eine Frage der Fraktionsautonomie, da kann der Gesetzgeber nur begrenzt eingreifen. Voraussetzung ist allerdings, dass in der Fraktionsatzung festgelegt ist, wer mit welchen Zulagen bedacht wird, und dass der jährliche Rechenschaftsbericht das dann auch ausweist.

Wie korrespondieren denn all diese Absichten mit der Möglichkeit für Abgeordnete, zusätzlich zu ihrem Einkommen als Parlamentarier nicht ganz unerhebliche Nebeneinkünfte erzielen zu dürfen?

Das war gottlob nicht unser Thema. Gleichwohl haben wir dazu immer wieder, sozu-

sagen in klaren Nebensätzen, formuliert, dass ein freier Abgeordneter grundsätzlich parallel zu seiner Tätigkeit als Parlamentarier in seinem alten Beruf oder woanders noch auftreten darf. Dieses Engagement muss er nur vor seinen Wählern und vor sich selbst rechtfertigen. Wenn es da Auswüchse gibt, muss das mit den Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete angegangen werden. Ohnehin müssen danach ja alle Nebentätigkeiten deklariert werden. Und wer im Parlament wegen anderer Inanspruchnahme unentschuldig fehlt, muss mit Strafzahlungen rechnen.

Der Bericht Ihrer Kommission betont außerdem die Notwendigkeit angemessener Bezahlung aus Gründen der Korruptionsprävention in der Politik. Welche Rolle hat dieser Aspekt in der Diskussion gespielt?

Der hat durchaus eine Rolle gespielt. Denn gewiss ist es so, dass angemessen bezahlte Abgeordnete weniger anfällig sind, sich gegen Entgelt vor irgendwelche Karren span-

ZUR PERSON

Edzard Schmidt-Jortzig ist Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts“. Der 71-jährige Schmidt-Jortzig ist emeritierter Ordinarius für Öffentliches Recht. Von 1996 bis 1998 war der FDP-Politiker Bundesjustizminister im Kabinett Kohl. Zuvor war Schmidt-Jortzig 1994 über die Landesliste Schleswig-Holstein in den Bundestag eingezogen.

Der Ältestenrat des Bundestages hatte die Unabhängige Kommission 2011 eingesetzt, um ein öffentlich vermittelbares Modell zur Festsetzung der Diätenhöhe für Abgeordnete zu finden. Der Bericht liegt inzwischen vor und wird engagiert diskutiert.

ZUR SACHE

Die zu versteuernde Entschädigung für Bundestagsabgeordnete beträgt derzeit 8.252 Euro. Richter der Besoldungsgruppe R6 verdienen ab August 8.726 Euro. Daran sollen nach dem Vorschlag der Kommission die Diäten gekoppelt werden. Zusätzlich erhalten Abgeordnete eine steuerfreie Kostenpauschale von 4.123 Euro, mit der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Mandat gedeckt werden, zum Beispiel die Kosten für eine Wohnung in Berlin. Als Altersversorgung erhalten Parlamentarier pro Jahr im Bundestag beitragsfrei 207 Euro im Monat. Die Entschädigung kann sich auf 5.571 Euro summieren. Außerdem können Abgeordnete ab 55 Jahre in Rente gehen – ohne Abschlag.

nen zu lassen. Deshalb müssen wir unsere Parlamentarier anständig bezahlen.

Die Kommission hat auch darüber befunden, ob eine Neuordnung der Abgeordneten-Entschädigung sinnvollerweise über einen Volksentscheid geregelt werden sollte. Warum wurde dieser Ansatz verworfen? Nein, wir haben nur darauf hingewiesen, dass selbst bei Einführung oder Ausweitung plebiszitär-demokratischer Instrumente die herausgehobene Bedeutung des Parlaments – und damit des Abgeordnetenmandats – bestehen bleibt, ja, sogar zunimmt. Denn die Einpassung in das System und die Herbeiführung von Kompromissen kann nur der parlamentarische Gesetzgeber leisten. Im Übrigen würden Volksentscheide über Abgeordnetenbezüge schon an dem Rechtsgrundsatz scheitern, dass aus naheliegenden Gründen haushaltswirksame Beschlüsse bei Plebisziten ausgeschlossen sind.

Die Kommission hat sich aus Vertretern ganz unterschiedlicher Berufsgruppen zusammengesetzt: ehemalige Abgeordnete, aber auch Gewerkschafter, Juristen, Politologen, Vertreter der Wirtschaft. War diese ungewöhnliche Zusammensetzung ein Vor- oder ein Nachteil bei der Suche nach einem Konsens?

Diese Frage stellte sich insofern nicht, als die Besetzung ja vorgegeben war. Darauf haben sich die Fraktionen im Bundestag, und zwar alle, geeinigt. Es zeigte sich freilich auch, dass es bei der Kommissionsarbeit ohnehin unbedeutend blieb, wer von wem vorgeschlagen war. Bei den politischen Bewertungen war das jedenfalls nie zu erkennen. Ich fand die konkrete Besetzung auf jeden Fall ausgesprochen hilfreich. Der Sachbezogenheit und Fachkompetenz unserer Diskussionen hat sie zweifellos sehr gedient.

Ist Ihre Arbeit jetzt damit erledigt oder rechnen Sie damit, dass da möglicherweise noch ein Folgeauftrag an Sie herangetragen wird?

Nein, damit rechne ich eigentlich nicht. Ich fand es auch ganz amüsant, dass der Herr Bundestagspräsident nicht nur mit Anerkennung, sondern auch mit etwas Bewunderung registriert hat, dass wir mit unserem Auftrag genau in der vorgegebenen Zeit fertig geworden sind.

Das mag daran liegen, dass das nicht immer gelingt.

Vielleicht. Die Kommission hofft jedenfalls, dem Parlament und auch der Öffentlichkeit eine gute Grundlage zur weiteren fachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema geliefert zu haben.

Das Interview führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Neue Messgeräte werden nicht mehr geeicht

Das gesetzliche Messwesen wird neu geregelt. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einem Gesetzentwurf der Regierung (17/12727, 17/13115) zu. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP und die Grünen waren dafür, die Linke dagegen, und die SPD-Fraktion enthielt sich. Mit dem Gesetz wird eine neue durchgängige Systematik für das gesetzliche Messwesen geschaffen. Zwar bleibt die Eichung von Messgeräten zum Beispiel für die Ermittlung des Verbrauchs von Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme als hoheitlicher Akt erhalten, wird allerdings eingeschränkt auf den bisher als „Nacheichung“ bezeichneten Bereich. Die Ersteichung wird abgeschafft. h/e ||

Bundesregierung will Mautgesetz reformieren

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (17/13027) zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes vorgelegt. Damit soll die Richtlinie 2011/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge umgesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit werde in das Bundesfernstraßen-Mautgesetz eine Klarstellung zur tatsächlichen Erhebungspraxis der abschnittswise Berechnung und Rundung aufgenommen. Es wird ein neuer Absatz zum Einsatz optisch-elektronischer Einrichtungen bei Überwachungsaufgaben des Bundesamtes für Güterverkehr eingefügt und eine Vorschrift zur Bekanntgabe von Verwaltungsakten im Ausland ergänzt. Der Bundesrat macht in seiner Stellungnahme zwei Änderungsvorschläge, die die Bundesregierung ablehnt. Der Gesetzentwurf wurde am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen. mik ||

Güterverkehrsgesetz soll geändert werden

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (17/12856) zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vorgelegt, der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Damit sollen unter anderem die Kabotagebestimmung im Güterkraftverkehrsgesetz angepasst, die Fahrlehrerlaubnis im Fahrlehrergesetz ergänzt und das Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz angepasst werden. mik ||

Stelle für Fahrgastrechte beim Eisenbahn-Bundesamt

Das Eisenbahn-Bundesamt soll zur nationalen Stelle für die Durchsetzung und Einhaltung der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 bestimmt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13031) vor, der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Der Bundesrat macht in seiner Stellungnahme mehrere Änderungsvorschläge, die die Bundesregierung in ihrer Gegenüberung teilweise ablehnt. mik ||



Auch bei Routinekontrollen ist der Führerschein in Gefahr.

Einfacher und transparenter

VERKEHR Bundesregierung will Flensburger Punktesystem reformieren. Wenig Kritik von Sachverständigen

Für viele Autofahrer ist es ein Buch mit sieben Siegeln: Wie viele Punkte habe ich in Flensburg? Was kann ich mir noch erlauben, bevor ich den Führerschein los bin? Wie kann ich mein Punktekonto verringern? Dabei geht es nicht nur um die persönliche Mobilität, um den Familienausflug am Wochenende, sondern bei Berufskraftfahrern geht es auch um den Job. Diesen undurchsichtigen Wirrwarr will die Bundesregierung jetzt ändern. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (17/12636) vorgelegt, mit dem das Punktesystem einfacher und transparenter gestaltet werden soll. Der Regierungsentwurf sieht vor, dass es künftig nur noch drei Kategorien geben soll: die Punkte für Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, zwei Punkte bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit „besonders“ beeinträchtigen sowie bei Straftaten ohne Führerscheinziehung, und drei Punkte bei Straftaten mit Führerscheinziehung. Weg sein soll der Führerschein, wenn acht Punkte angesammelt wurden.

Transparenz Mehr Transparenz will die Regierung durch Verzicht auf komplizierte Tilgungsregelungen erreichen. Statt dessen sollen künftig feste Tilgungsfristen für die jeweiligen Verkehrsverstöße und ein einheitlicher Beginn für die Tilgungsfristen gelten. Somit soll jeder Verstoß für sich verjähren. Die bisherige „Tilgungshemmung“, nach

der ein neuer Eintrag automatisch die Tilgungsfrist des alten verlängert, soll wegfallen. Außerdem soll es Fahrignungsseminare geben, die das bisherige Aufbauseminar für Punkteäter ablösen sollen. Die Teilnahme soll ab sechs Punkte verpflichtend sein. Diese Vorschläge der Regierung werden von Sachverständigen größtenteils positiv aufgenommen. Dies wurde vergangene Woche bei einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses deutlich. So begrüßte Markus Schäpe als Vertreter von mehr als 18,5 Millionen ADAC-Mitgliedern die Punkteform „ausdrücklich“. Das bisherige System sei zu kompliziert, sagte er. Es sei konsequent sicherzustellen, dass ausschließlich relevante Delikte erfasst würden. Formalverstöße ohne unmittelbare Auswirkung auf die Verkehrssicherheit sollten weiterhin angemessen geahndet, aber nicht gespeichert werden. Mit dem Wegfall der Tilgungshemmung durch neu begangene Taten trete eine deutliche Entlastung derjenigen Verkehrsteilnehmer ein, die nur selten auffällig würden und daher nicht Zielgruppe des Punktesystems seien. Walter Eichendorf vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) sprach sich ebenfalls für die grundsätzliche Ausrichtung auf die für die Verkehrssicherheit relevanten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aus. Ebenfalls zur Klarheit und Transparenz trage die neue Systematik der Punkteverteilung und Bewertung bei. Dies mache es für die Betroffenen einfacher zu erkennen, welcher Verstoß wie bewertet werde.

„Ein zentraler Punkt in der Debatte um das Reformvorhaben ist die Einrichtung eines neu konzipierten Fahrignungsseminars“, betonte er. Dies sei aus Sicht der Verkehrssicherheit ein Herzstück der Reform. Die Seminare sollten auffällig gewordene Kraftfahrer zu Verhaltensänderungen bewegen.

Auch der Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht München, Dietmar Zwerger, begrüßte den Wegfall der Tilgungshemmung und die Vereinheitlichung der Anlaufzeitpunkte für die Punkte. Dadurch würden die komplizierten Berechnungen in der Praxis wesentlich vereinfacht. Kritisch

tesystems. Für einen Punkteabbau durch freiwilligen Besuch eines Fahrignungsseminars setzte sich Peter Kieglend vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen ein.

Kritik Für Anja Hänel vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) werden mit der Reform klarere und transparentere Strukturen geschaffen. Sie kritisierte jedoch, dass diese Ziele nicht konsequent in allen Punkten des vorliegenden Entwurfs umgesetzt würden. So fehle eine klare Botschaft. Regelverstöße, die die Verkehrssicherheit gefährdeten, seien keine Kavaliersdelikte. Zwar schaffe die Konzentration des Fahrignungsregisters auf Delikte, die die Verkehrssicherheit gefährdeten, mehr Klarheit. Sie führe jedoch bei Ordnungswidrigkeiten wie das verbote Fahren in Umweltzonen zu einer Verschlechterung. Reine Geldstrafen könnten hier zu einer systematischen Missachtung des Gesetzes führen.

Für Peter Dauer von der Behörde für Inneres und Sport, Freie und Hansestadt Hamburg, ist die geplante Reform „nicht überzeugend“. Negativ sei unter anderem die Einschränkung von Verfolgungsbehörden und Gerichten bei der Ahndung der Verstöße von Personen, die wiederholt Straftaten und Ordnungswidrigkeiten begangen hätten, und die Löschung sämtlicher Punkte bei Neuerteilung von befristeter Fahrerlaubnis. Er kritisiert, dass auf die Länder ein nicht quantifizierbarer Mehraufwand zu kommen werde. Michael Klein ||



Die Aktenberge in der Verkehrssünderdatei sollen nach der Reform kleiner werden.

Eichendorf betonte, dass dies ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sei, dem zeitnah weitere Maßnahmen wie die Verbesserung der Fahranfängervorbereitung folgen sollten.

setzte er sich jedoch unter anderem mit dem Festhalten am „Tattagprinzip“ auseinander. Damit bleibe das System für alle Beteiligten nach wie vor kompliziert und intransparent. Er empfahl bei der Neuordnung des Punk-

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Meinung.
- Mehr Parlament.*

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post. Telefon 069-75014252 parliament@fs-medien.de www.das-parlament.de



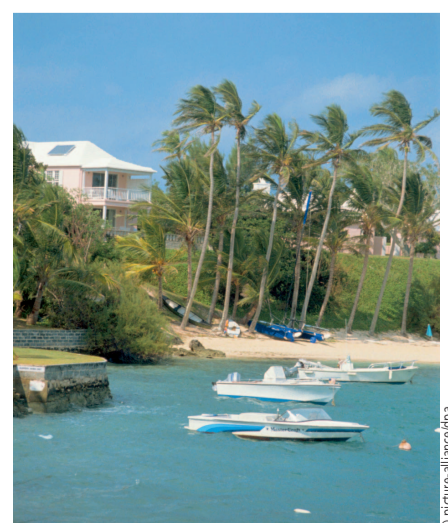
Kampf gegen Steueroasen kommt voran

FINANZEN Der Opposition reichen die Anstrengungen noch nicht. Kritik an Abgeltungssteuer

In den Kampf gegen Steueroasen ist Bewegung gekommen. Nachdem sich Luxemburg zu automatischen Kontrollmitteilungen ab dem Jahr 2015 bereit erklärt hat, sperrt sich nur noch Österreich dagegen, die EU-Partner über Konten ihrer Staatsbürger auf eigenen Banken zu informieren. Gleichzeitig wächst der Wille unter den EU-Staaten, die Steuerflucht in Länder außerhalb der Europäischen Union zu bekämpfen.

Kontroversen So positiv das alle Fraktionen im Bundestag bewerten, in der aktuellen Stunde am Donnerstag zum „Kampf gegen Steuerhinterziehung“ blieb viel Stoff für Kontroversen. Joachim Poß (SPD) eröffnete die von seiner Fraktion beantragte Aussprache mit der rhetorischen Frage, ob der Bundesfinanzminister wohl Gott gedankt habe, dass der Bundesrat das ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz abgelehnt hat. Denn nur deswegen könne sich Wolfgang Schäuble jetzt „als Vorkämpfer gegen Steuerhinterziehung aufplustern“. Dem hielt Klaus-Peter Flosbach von der CDU entgegen, dass nun zahlreiche Fälle

von Steuerhinterziehung verjährt und der Fiskus leer ausgehe. Flosbach lobte, im Kampf gegen Steuerhinterziehung sei international in den letzten Jahren „immer diese Bundesregierung mit diesem Bundesfinanzminister Schäuble“ Antreiber gewesen. Zuvor sei elf Jahre lang mit SPD-Finanzministern überhaupt nichts passiert. Die unter Rot-Grün eingeführte strafbefreiende Selbstanzeige von Steuersündern sei von der aktuellen Koalition deutlich eingeschränkt worden.



Auf Bermuda wohnt viel Geld.

Kritik an der Regierung Schöder übte auch Barbara Höll (Die Linke). Die von ihr eingeführte Abgeltungssteuer sei eine „Steilvorlage für Vertuschung“ gewesen. Höll forderte die Abschaffung dieser anonym von deutschen Banken abgeführten Steuer. Volker Wissing (FDP) verwies auf Expertenaussagen, wonach sich das Problem der Steuerflucht nicht national, sondern nur durch internationale Verhandlungen lösen lasse. „Und genau das tut die Bundesregierung.“ Dagegen konstatierte Kerstin Andreea (Grüne): „Was Deutschland macht, ist, auf europäischer Ebene zu blockieren und zu verhindern, und allen voran Wirtschaftsminister Rösler.“

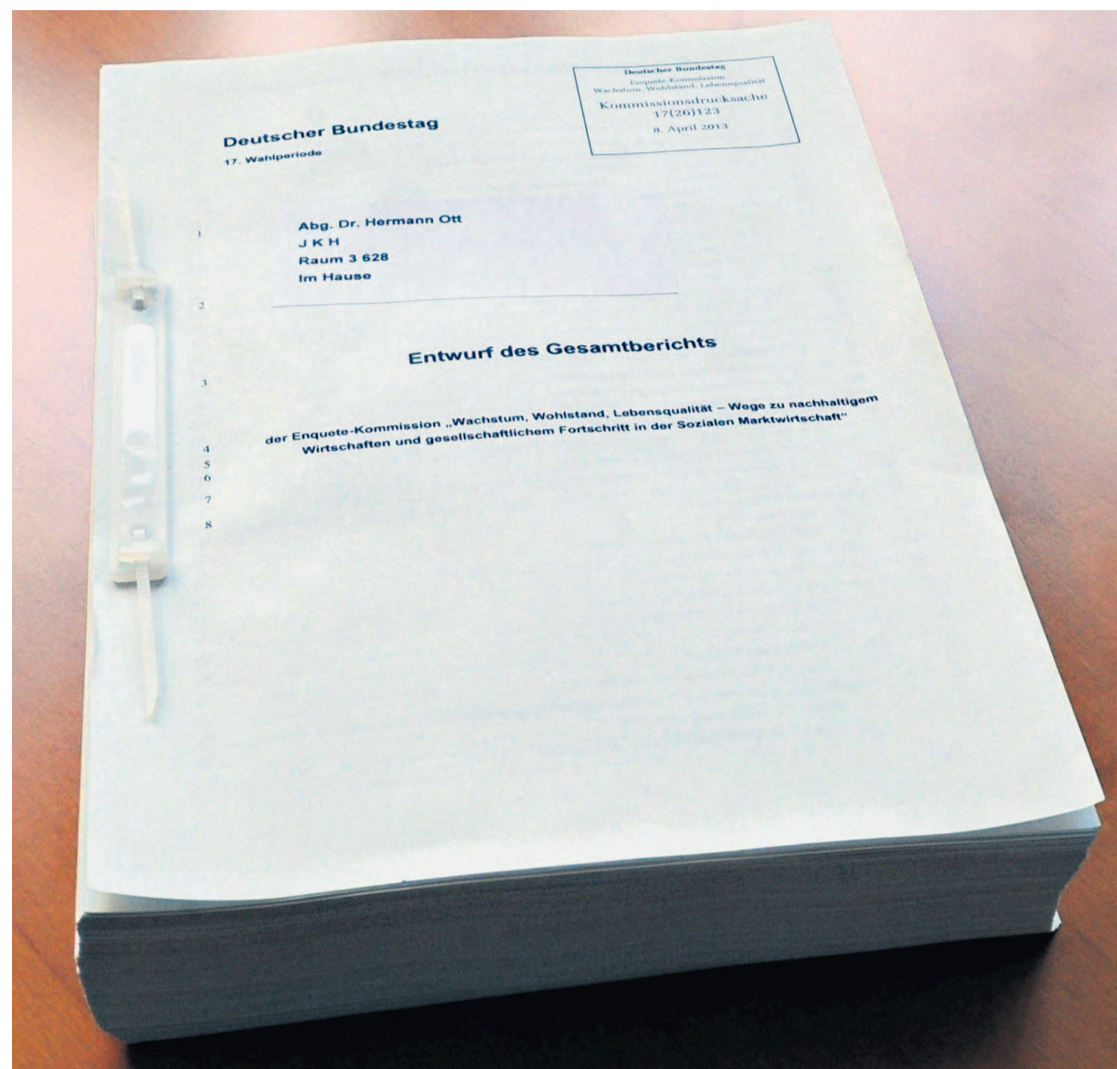
Hefig kritisierten Redner der Opposition FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle, der den Ankauf von Steuer-CDs als „Hehlertum“ bezeichnete, und Manfred Zöllmer (SPD) bezeichnete Brüderle als „Schutzpatron der Steuerflüchtlinge“. Dagegen sagte der parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU): „So viele CDs werden Sie nie auf dem Markt aufkaufen können, um die Dinge so grundsätzlich und dauerhaft zu lösen, wie wir das mit dem deutsch-schweizerischen Abkommen getan hätten.“ Der Kampf gegen die Steuerflucht komme aber in Europa voran. Es sei „ein gutes Zeichen“, sagte Koschyk, dass Großbritannien jetzt bereit sei, seine Übersee-Territorien mit einzubeziehen. pst ||

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

KfW soll an die kurze Leine

FINANZEN Die deutsche Kreditwirtschaft will, dass die bundeseigene KfW-Bankengruppe (die ehemalige Kreditanstalt für Wiederaufbau) der gleichen Aufsicht unterliegt wie jede andere deutsche Bank auch. Das machten in der letzten Woche der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, der Bankenverband, der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken und der Verband Deutscher Pfandbriefbanken in einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber dem Finanzausschuss deutlich, der zu einem öffentlichen Fachgespräch geladen hatte. Nach dem Kreditwesengesetz gilt die staatliche Förderbank KfW nicht als Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut im Sinne dieses Gesetzes. Damit unterliegt sie auch nicht wie andere Banken der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Deutsche Bundesbank. Zwar hält sie wesentliche Aufsichtsvorschriften ein, aber lediglich auf freiwilliger Basis. Das wollen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ändern. Sie haben dazu einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (17/12815) eingebracht. Danach soll das Bundesfinanzministerium ermächtigt werden, im Benehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium per Rechtsverordnung festzulegen, welche bankenaufsichtlichen Vorschriften bei der KfW anzuwenden sind. In der Begründung heißt es, die KfW habe zwar ein

besonderes Geschäftsmodell, verfolge einen festgelegten staatlichen Auftrag und sei daher grundsätzlich nicht mit anderen Kreditinstituten vergleichbar. Es gebe aber „ein Bedürfnis, rechtsverbindlich und transparent festlegen zu können, welche bankenaufsichtlichen Standards für die KfW entsprechend gelten“. Die Verbände der Kreditwirtschaft forderten statt einer ministeriellen Verordnung eine gesetzlich verbindliche Festlegung von Aufsichtsnormen, die denen anderer Banken entsprechen. Eine Vertreterin der Kreditwirtschaft begründete dies im Ausschuss vor allem damit, dass die KfW mit verschiedenen ihrer Geschäftstätigkeiten in Konkurrenz zu privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Banken stehe. Die Förderfähigkeit der KfW werde dadurch nicht eingeschränkt, da diese auf der Bundesgarantie für die KfW sowie ihrer Befreiung von der Körperschaftsteuer beruhe. Die Repräsentanten von BaFin, Bundesbank und DIHK schlossen sich dieser Ansicht allerdings nicht an. Der Repräsentant der KfW wies zudem darauf hin, dass diese aufgrund ihrer Größe als systemrelevant eingestuft und der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank unterliegen würde, wenn sie als normale Bank gelten würde. Daran habe niemand in Europa Interesse, weshalb die KfW wie auch nationale Förderbanken anderer Länder ausdrücklich von der Bankenrichtlinie ausgenommen sei. pst ||



Dicker Bericht, noch mehr Inhalt. Die Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben den Abschlussbericht vorgelegt.

Automobilmarkt rückläufig

WIRTSCHAFT Stolz und Sorge prägten den Auftritt von Matthias Wissmann vor dem Wirtschaftsausschuss in der vergangenen Woche. Stolz präsentierte der Präsident des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA), der von 1998 bis 2001 selbst Vorsitzender dieses Ausschusses war, die Stellung der deutschen Automobilindustrie. Sie sei die einzige große Industrie, die in den letzten zehn Jahren die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland erhöht habe, und das, obwohl die deutschen Autohersteller und –zulieferer noch wesentlich mehr Arbeitsplätze weltweit geschaffen hätten, beziehungsweise „gerade deshalb“. Von deutschen Herstellern kämen 20 Prozent aller weltweit hergestellten Automobile, im Premium-Sektor beherrschten sie sogar 80 Prozent des Weltmarktes, führte Wissmann aus.

Besorgt zeigte sich Wissmann im Gespräch mit den Ausschussmitgliedern über die Marktentwicklung in Europa. Mit Ausnahme Großbritanniens zeigten die Verkaufszahlen nach unten. 2013 würden die Verkäufe vermutlich um zwei bis drei Millionen Fahrzeuge unter dem liegen, was „zur Regeneration der Flotten nötig“ sei. Besonders bei italienischen und französischen Herstellern und Zulieferern seien die Produktionskapazitäten sehr schlecht ausgelastet, was er „ganz ohne Schadenfreude“ und mit Sorge feststelle, betonte Wissmann. Die deutsche Automobilindustrie sei dagegen dank ihrer Erfolge in anderen Erdteilen in einer guten Verfassung.

Fragen an Wissmann aus allen Fraktionen bezogen sich vor allem auf die Haltung der deutschen Autoindustrie zur Elektromobilität und anderen alternativen Antriebsformen. Dazu sagte der Verbandsschef, dass die deutsche Industrie nicht den Fehler mache, sich auf eine Technologie zu konzentrieren. Beim Verbrennungsmotor seien noch 20 Prozent Effizienzsteigerung innerhalb eines Jahrzehnts möglich. Beim Hybridantrieb habe die deutsche Industrie einen vorübergehenden Rückstand aufgeholt. Die Durchsetzung von Elektroautos allerdings werde „kein Sprint, sondern ein Marathonlauf“. Problematisch sei der zu niedrige Wirkungsgrad von Batterien. **ps**

Mit »W3« zur Nachhaltigkeit

WACHSTUMS-ENQUETE I Kommission setzt sich für eine Neubemessung des Wohlstands ein

Rund 1.000 Seiten ist der Bericht dick, eine „schwere Belastung für Bücherregale“, meint die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) launig. In 28 Monaten kamen 17 Abgeordnete und 17 Wissenschaftler 31 Mal zu Plenarsitzungen zusammen, fünf Projektgruppen tagten, viele externen Experten mischten mit. Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, die durch eine über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausweisende Neuberechnung des Wohlstands Wege zu nachhaltigem Wirtschaften weisen sollte, war enorm fleißig.

te Vorschläge geht, bleibt die Kommission eher vage: Zwar präsentieren Koalition und Opposition gemeinsam handfeste Forderungen etwa zur schärferen Regulierung der Finanzmärkte, nicht einigen konnte man sich aber beispielsweise, wie die Senkung des Ressourcenverbrauchs gelingen oder wie eine zukunftsfähige Arbeitswelt aussehen soll. Das Gremium wurde eingerichtet, weil die am BIP ausgerichtete Wachstumswirtschaft zunehmend negative Schlagseiten offenbart: Die Finanzsysteme kriseln, der Klimawandel verschärft sich, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Deshalb soll fortan der Wohlstand, auch Lebensqualität oder Wohlfahrt genannt, der Maßstab sein: Im Rahmen eines „W3 Indikatoren“-Modells geben neben dem „materiellen Wohlstand“ auch die Kriterien „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ Auskunft, wie es um das Land steht. Diese drei Größen werden über zehn „Leitindikatoren“ wie beispielsweise BIP, Einkommensverteilung, Beschäftigungsquote, Emissionen von Treibhausgasen oder Artenvielfalt sowie über neun „Warnlampen“ und eine „Hinweislampe“ gemessen – bei Letzteren geht es unter anderem um den Standard der Weiterbildung oder der Arbeitsqualität. Für Linke und Grüne ist dieses Konzept zu kompliziert, um sich als Alternative gegenüber dem BIP behaupten zu können.

Die Politik soll eingreifen, wenn „W3“ Alarm schlägt, weil sich etwa der Zustand der Umwelt verschlechtert, der materielle Wohlstand abnimmt, das Beschäftigungsniveau sinkt oder der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Die Kommission will darauf pochen, dass sich Parlament und Regierung regelmäßig mit der Entwicklung der Lebensqualität befassen. Geklärt wurde jedoch nicht, welchen Stellenwert Wachstum im „W3“-Modell haben soll.

Nachhaltigkeit in Ökonomie und Ökologie werde über eine „pragmatische Anpassung“ der sozialen Marktwirtschaft gelingen. Einig ist man sich, dass die Umweltbelastung die Natur bereits überfordere und der Ressourcenverbrauch reduziert werden müsse. Aber

wie? Dazu fehlt eine gemeinsame Position. Die Koalition meint, die nächste Regierung solle solche Strategien entwerfen. Vorschläge der Opposition unter anderem zu einem Wertstoffgesetz fanden keine Mehrheit.

Karl-Otto Sattler



»Wir haben einen Stein ins Wasser geworfen, mal sehen, was daraus wird.«
Matthias Zimmer, CDU

Weichenstellung Doch wird das Gremium auch die Weichen in der Politik neu stellen können? Kolbes Stellvertreter Matthias Zimmer (CDU): „Wir haben einen Stein ins Wasser geworfen, mal sehen, was daraus wird.“ Kolbe ist über das Ergebnis „sehr zufrieden“. SPD-Obfrau Edelgard Bulmahn spricht ebenfalls von einem Erfolg, meint aber, „dass wir manchmal unter unseren Möglichkeiten geblieben sind“. Für FDP-Sprecher Florian Benschneider ist die Neubemessung der Lebensqualität ein „ungeheurer Fortschritt“. Linken-Obfrau Ulla Lötzer fällt ein „insgesamt positives Urteil“. Vielleicht wird die Kommission tatsächlich eine Wende einleiten, sofern sich die Politik nicht mehr allein an der Steigerung der Wirtschaftsleistung, sondern verstärkt auch an der sozialen Balance und am Umweltschutz orientiert. Wenn es indes um konkre-

ten Arm und Reich wird größer. Deshalb soll fortan der Wohlstand, auch Lebensqualität oder Wohlfahrt genannt, der Maßstab sein: Im Rahmen eines „W3 Indikatoren“-Modells geben neben dem „materiellen Wohlstand“ auch die Kriterien „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ Auskunft, wie es um das Land steht. Diese drei Größen werden über zehn „Leitindikatoren“ wie beispielsweise BIP, Einkommensverteilung, Beschäftigungsquote, Emissionen von Treibhausgasen oder Artenvielfalt sowie über neun „Warnlampen“ und eine „Hinweislampe“ gemessen – bei Letzteren geht es unter anderem um den Standard der Weiterbildung oder der Arbeitsqualität. Für Linke und Grüne ist dieses Konzept zu kompliziert, um sich als Alternative gegenüber dem BIP behaupten zu können.

Wachstum Union und FDP bestehen auf einem im Prinzip positiven Verständnis von Wachstum: Dieses schaffe technisch-innovative und finanzielle Mittel, um Nachhaltigkeit in Gang zu bringen, Finanz- und Umweltkrisen zu meistern oder Beschäftigung, Sozialleistungen und Schuldenabbau zu ermöglichen, insistent der von der FDP benannte Sachverständige Karl-Heinz Paqué. Auch Benschneider und Unions-Obmann Georg Nüßlein haben mit „Nullwachstum“ nichts im Sinn. In den Reihen der Opposition macht man hingegen die herkömmliche Wachstumspolitik mitverantwortlich für die Krisen und verlangt eine „sozialökologische Transformation“, Bulmahn spricht lieber von einer „Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft mit einer aktiveren Rolle des Staats“. Lötzer mahnt Umverteilung an, sonst drohe wegen ohnehin sinkender Wachstumsraten eine „Demontage des Sozialstaats“. Grünen-Obmann Hermann Ott will das Sozialsystem unabhängig vom Wachstum machen. Nüßlein freut sich, dass Union und FDP Forderungen nach einer „Veränderung der Gesellschaftsstruktur abgelehnt haben“. Paqué ist überzeugt, die Integration von

Planetarische Grenzen für die Politik

WACHSTUMS-ENQUETE II Einstimmiger Abschlussbericht trotz vieler Haken

In der Enquetekommission haben Abgeordnete und Sachverständige manchen politischen Strauß ausgefochten, und die vielen Gegensätze zwischen Parteien und Wissenschaftlern schlagen sich auch im Abschlussbericht nieder. Wieso aber wird die Expertise dann zuletzt einstimmig beschlossen? Des Rätsels Lösung: Der Text enthält nicht nur Mehrheitsbeschlüsse, sondern in vielen Sondervoten zu zahlreichen Themen auch die Sichtweisen der Oppositionsfraktionen und einzelner Parlamentarier. So kann sich jeder in den 1.000 Seiten wiederfinden. Ganz salomonisch.

Deutliche Kontroversen Zum Finale werden die Kontroversen noch einmal deutlich, auch wenn manch freundliche Worte gewechselt werden – „zu einem guten Ende gekommen“ sieht die Kommission deren Vizechef Matthias Zimmer (CDU). „Nach 28 Monaten harter Arbeit dürfen wir heute ernten“, freut sich die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD). Zu den Vorwürfen von SPD, Linken und Grünen, die FDP beharre zu sehr auf einer Wachstumspolitik und die Union habe sich als „strukturkonservativ“ erwiesen, meint Georg Nüßlein: „Bei der sozialen Marktwirtschaft sind wir gerne strukturkonservativ.“ Der Unions-Obmann gibt sich „über-

rascht“, wie leicht sich in der Kommission SPD und Grüne mit der Linken bei vielen Themen geeinigt hätten: „Das beschwert mich im Blick auf die Bundestagswahl“, schießt der CSU-Abgeordnete wahlkämpferisch einen Pfeil ab. Edelgard Bulmahn (SPD) hofft, dass das „W3 Indikatoren“-Modell mit seinem umfassenden Wohlstandsbegriff den Bürgern einen „besseren Einblick in den Zustand des Landes“ verschafft. Sie plädiert dafür, in der nächsten Legislaturperiode die praktische Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission anzupacken. Sie verweist dabei besonders auf konkrete Forderungen nach einer ökologischen Ausrichtung des Chemiesektors als Beispiel für die gesamte Wirtschaft und nach einer effektiveren Kontrolle der Finanzsysteme.

Berichtswesen gefordert Für Florian Benschneider kommt es darauf an, das „W3“-Konzept in ein kontinuierliches Berichtswesen zu überführen. Die Regierung müsse künftig regelmäßig zur Entwicklung des Wohlstands Stellung nehmen, verlangt der FDP-Obmann. Die Kommission habe die Richtung gewiesen zu einem „sozial und ökologisch vertretbaren Wirtschaften“. Benschneider lehnt eine Begrenzung des Wachstums ab: „Wir bleiben Fortschrittsop-

timisten.“ Ulla Lötzer ruft die Forschung auf, Konzepte für Strategien zur spürbaren Verminderung des Ressourcenverbrauchs zu entwickeln. Aus Sicht der Linken-Sprecherin wird die soziale Verteilungsfrage umso wichtiger, je geringer in Zukunft die Wachstumsraten ausfallen dürften. Zwar sei bei manchen Themen keine Einigung erzielt worden, doch könne die Darstellung der unterschiedlichen Positionen im Bericht Anstöße für eine Fortführung der Diskussion geben.

Übereinstimmung Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lobt Hermann Ott als wesentliches Resultat der Debatten die Übereinstimmung darüber, „dass die ökologischen Grenzen des Planeten auch die Grenzen der Politik definieren“. Als es bei der Erarbeitung von Konsequenzen aus dieser Erkenntnis und anderen gemeinsamen Analysen jedoch „zum Schwur kam“, hätten sich Union und FDP verweigert, kritisiert der Obmann. **kos**

Anzeige

3 Wochen gratis

Testen Sie jetzt den Freitag!

Die unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Haltung.



Liebe Leserinnen und Leser,
der Freitag ist eine kritische Wochenzeitung, die für **mutigen und unabhängigen Journalismus mit Haltung** steht. In einer Zeit, in der alles in die Mitte rückt, vor allem die politischen Parteien, sorgt der Freitag für Kontraste.

Überzeugen Sie sich selbst von einem überraschenden und mutigen Medium. **Testen Sie jetzt den Freitag drei Wochen kostenlos!**

Herzlich, Ihr
Jakob Augstein
Jakob Augstein,
Verleger und Chefredakteur des Freitag

Jetzt 1 von 3 iPad mini gewinnen!
www.freitag.de/testen

Post
Der Freitag
Postfach 11 04 67
20404 Hamburg

Telefon
040 3007-3510

Fax
040 3007-857055

Internet
www.freitag.de/testen

Ausgezeichnet von:



Ja, ich teste den Freitag 3 Wochen kostenlos!

Hat mich der Freitag überzeugt und möchte ich anschließend weiter lesen, brauche ich nichts zu tun. Ich erhalte den Freitag dann jeweils donnerstags zum Vorzugspreis von 3,10 € pro Ausgabe statt 3,60 € am Kiosk. Ich spare dabei rund 14% und erhalte ein Schreibset von Faber Castell geschenkt. Bis zum 31.07.2013 verlost der Freitag unter allen Einsendern 3 x ein iPad mini im Wert von je 459 €.

Möchte ich den Freitag nicht weiterlesen, schicke ich vor Erhalt der 3. Ausgabe eine schriftliche Information per E-Mail an service@abo.freitag.de oder per Post an der Freitag Kundenservice, PF 11 04 67, 20404 Hamburg.

Vor- / Nachname	Geburtsdatum
Straße / Hausnummer	
PLZ / Ort	
E-Mail	
Telefon	

Ja, ich möchte weitere Informationen und Angebote per E-Mail oder Telefon vom Freitag erhalten. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Datum Unterschrift

DEB-82 WTDPE



Proteste gegen den Ausbau des Stromleitungsnetzes sind an der Tagesordnung. Doch Strom muss fließen.

Optimismus strömt im Netz

WIRTSCHAFT Unternehmen versprechen sich mehr Tempo durch Ausbaubeschleunigungsgesetz

Ein wichtiger Bereich der Energiewende dümpelt bisher vor sich hin. Nach dem Energieleitungsbaugesetz (EnLAG, 17/11871) müssten insgesamt 1.834 Kilometer Stromleitungen gebaut werden. Tatsächlich gebaut waren bis zum Sommer 2012 lediglich 214 Kilometer. Für das Jahr 2013 ist offenbar die Fertigstellung weiterer Leitungen mit einer Länge von 165 Kilometern zu erwarten. Doch der Optimismus, das Ausbautempo beschleunigen zu können, ist da. In einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie in der vergangenen Woche hieß es vom Netzbetreiber 50hertz, schon jetzt sei eine positive Dynamik beim Netzausbau zu beobachten: „Aufgrund des gestiegenen politischen Rückhalts wurden bei einer Vielzahl von Genehmigungsverfahren und Bautätigkeiten viele wichtige Fortschritte erzielt.“

Große Erwartungen Übertragungsnetzbetreiber wie 50hertz setzen offenbar große Erwartungen in den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (17/12638). Auch der Netzbetreiber Amprion erklärte, die gesetzliche Fortschreibung der Notwendigkeit von Leitungsverbindungen in den elektrischen Höchstspannungsnetzen sei eine wesentliche Voraussetzung, um den Netzausbau in den kommenden Jahren zeitgerecht umsetzen zu können.

In dem Gesetzentwurf wird für insgesamt 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt. Eine Rechtswegverkürzung soll zur Beschleunigung der Verfahren beitragen. Danach wird es mit dem Bundesgerichtshof nur noch eine Instanz für Klagen gegen diese Leitungsprojekte geben. Für die Realisierung der in den Bundesbedarfsplan aufgenommenen Vorhaben werden Kosten in Höhe von schätzungsweise zehn Milliarden Euro entstehen. Dabei sind Mehrkosten für Erdkabel noch nicht berücksichtigt.

Pilotstrecken Der Bundesverband der Energie- und Wasserversorgung (BDEW) begrüßte die Vorlage als „wichtigen Schritt zur Beschleunigung des notwendigen Netzausbaus auf der Höchstspannungsebene, der für ein Gelingen der Energiewende entscheidend ist“. Allerdings lehnte der BDEW die vom Bundesrat geforderte Freigabe der Möglichkeit zur Teil-Erdverkabelung ausdrücklich ab. Bevor über eine Ausweitung der Erdverkabelung im Bereich der Leitungen von 380-Kilovolt (kV) entschieden werde, sollten zunächst die Erfahrungen mit den vier Pilotstrecken abgewartet werden. „Neben deutlich höheren Kosten birgt die Teil-Erdverkabelung Risiken, die die Versorgungssicherheit beeinträchtigen könnten“, warnte der BDEW. Die Bundesnetzagentur stellte fest: „Die Erdverkabelung muss zunächst durch Pilotvorhaben erprobt werden.“ Belastbare Er-

kenntnisse und Erfahrungen mit einer Erdverkabelung auf der Höchstspannungsebene lägen noch nicht vor. Professor Albert Moser (RWTH Aachen University) stellte in seiner Stellungnahme zu den 380 (220) kV-Übertragungsnetzen fest, aus technischer und wirtschaftlicher Sicht seien Freileitungen beim Übertragungsnetzausbau grundsätzlich zu bevorzugen. Erdkabel würden aber von der Bevölkerung in Siedlungsräumen eher akzeptiert. Angesichts der hohen Bedeutung eines zuverlässigen und sicheren Übertragungsnetzes sollten die Erdkabel erst erprobt werden. Eine gegenteilige Auffassung vertritt die Deutsche Umwelthilfe, die die vier Pilotprojekte für nicht ausreichend ansah und forderte: „Diese Möglichkeit zur Teilverkabelung halten wir vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskussion um neue Höchstspannungsleitungen nicht für ausreichend.“

Mit grundsätzlicher Kritik meldete sich Professor Lorenz Jarass (Hochschule Rhein-Main Wiesbaden). Er bezeichnete Gesetzentwurf und Netzausbauplanungen als „einseitig von den Interessen der Stromerzeuger geprägt“. Der geplante weit überdimensionierte Netzausbau bedrohe die gesellschaftliche Akzeptanz des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien und damit die Energiewende insgesamt. Als Grund für den überdimensionierten Ausbau der Netze nannte er die Interessen der Kohlekraftwerksbetreiber, Strom auch bei Starkwind ins Ausland exportieren zu können. Die Verbraucherzentrale Bundesverband zweifelte

den Umfang der geplanten Netzausbaumaßnahmen an und gab in ihrer Stellungnahme den Hinweis auf Alternativen bei der Erreichung der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien, die möglicherweise „einen geringeren, zumindest aber einen zeitlich gestreckten Netzausbau möglich machen“. Die Opposition will den Stromnetzausbau durch weitere Maßnahmen vorantreiben. So forderte die SPD-Fraktion (17/12682) in der letzten Sitzung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie den Abbau von Hindernissen für private Investoren

in Energienetze. Neben Maßnahmen für mehr Energieeffizienz verlangten die Sozialdemokraten, sämtliche Möglichkeiten zur Erhöhung der Kapazitäten bestehender Leitungen auszuschöpfen und den Ausbau intelligenter Netze voranzutreiben. Zur Energieeffizienz sagte der Bundestagsausschuss, diese müsse möglichst kosteneffizient umgesetzt werden, „damit Strom auch künftig für den industriellen Mittelstand, industrieorientierte Dienstleistungen, den Handel und das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe des Handwerks bezahlbar bleibt.“ Hans-Jürgen Leersch

STICHWORT

ERDKABEL – Einsatz im Höchstspannungsbereich ist unerprobt und unsicher

> Unerprobt Der Einsatz von Erdkabeln (Bild) im Höchstspannungsbereich ist bisher weitgehend unerprobt. Derzeit würden insbesondere Systemsicherheits- und Wirtschaftlichkeitsfragen gegen einen großflächigen Einsatz von Erdkabeln auf Höchstspannungsebene sprechen, heißt es in einem Bericht der Bundesregierung (17/11871).

> Widerstand Gegen einen Erdkabelpilotabschnitt von 3,5 Kilometer Länge im Münsterland laufen Landwirte Sturm, weil sie Ernteauffälle auf ihren Äckern befürchten.

> Anwohner Anwohner fordern dagegen eine Verlängerung des Pilotabschnitts. Angesichts der unterschiedlichen Auffassung sei eine Verfahrensbeschleunigung durch die Erdverkabelung nicht zu erzielen, heißt es in der Unterrichtung.



Gorleben bleibt ein Reizwort

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Fraktionen ziehen sehr unterschiedliche Bilanz. Opposition legt Sondervotum vor

Offiziell endet die Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses „Gorleben“ zwar erst im Juni mit der Übergabe des Abschlussberichts an den Bundestagspräsidenten und einer Plenardebatte. Doch bereits in der vergangenen Woche präsentierten Regierungs- und Oppositionsfraktionen ihre Antworten auf die Frage, die den Ausschuss seit 2010 beschäftigt: Warum hatte die Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Jahr 1983 entschieden, nur den Salzstock im niedersächsischen Gorleben auf eine Eignung für die Endlagerung von Atommüll zu untersuchen, und ist es dabei zu politischen Einschränkungen oder Manipulationen gekommen?

Befragungsmarathon Nach mehr als 90 Sitzungen, der Befragung von mehr als 50 Zeugen und Sachverständigen, darunter auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sowie dem Studium von 2.800 Aktenordnern kamen die Mitglieder des Ausschusses unter Vorsitz von Maria Flach-

barth (CDU) zu fundamental unterschiedlichen Bewertungen und konnten sich in der Sitzung am vergangenen Donnerstag nicht auf einen gemeinsamen Abschlussbericht einigen. Der Berichterstatter der Unions-Fraktion, Michael Paul (CDU), ist sich sicher, dass es in der fraglichen Zeit „keinen Einfluss auf die wissenschaftlich-technischen Entscheidungen bei Gorleben gege-

ben hat“. Der Manipulationsvorwurf des früheren Umweltministers Sigmar Gabriel (SPD) im Wahlkampf 2009 entbehre „jeder Grundlage“, sagte Paul dieser Zeitung. Bei der Arbeit im Ausschuss sei für ihn überraschend gewesen, dass es während der Amtszeit der damaligen Umweltministerin Angela Merkel harte Interessengegensätze mit der Energiewirtschaft gegeben habe und

„sich am Ende der Bundesregierung mit Frau Merkel bei der Endlagerfrage gegen die Energiewirtschaft durchgesetzt hat“. Einer von vielen Punkten, die Regierung und Opposition grundlegend gegensätzlich bewerteten: „Der Kostendruck aus Richtung der Energieversorger war maßgeblicher Treiber für Merks Entscheidung 1996/1997, auf die ausschließliche Nord-Ost-Erkundung Gorlebens zu setzen“, erklärte Sylvia Kotting Uhl, Obfrau von Bündnis 90/Die Grünen im Untersuchungsausschuss. Aufgrund der unterschiedlichen Bewertung legten SPD, Die Linke und die Grünen im Ausschuss ein Sondervotum vor. Darin kommen sie zum Schluss, dass „Gorleben nicht durch einen wissenschaftlich nachprüfbar Auswahlprozess als Standort ausgewählt wurde, sondern Ergebnis politischer, willkürlicher Entscheidung ist“, heißt es in dem Papier. Mit Blick auf die anstehende Endlagerfrage sagte Paul, der Standort Gorleben sei „eignungshöflich“, wie es in der Bergmannsprache heiße. „Der Begriff besagt, dass es keine Gründe gibt, die daran zweifeln lassen, dass Gorleben geeignet sein könnte“, erklärte er. Auch das sieht die Opposition anders – und so dürften die Diskussionen bei der Ende Mai geplanten Einbringung des Endlagersuchgesetzes weitergehen. Annette Sach



Prominente Zeugin: Bundeskanzlerin Merkel stand dem Untersuchungsausschuss im September 2012 Rede und Antwort.

Billige Mieten für Studenten

VERKEHR UND BAU Die Bundesregierung soll die Wohn- und Mietensituation von Studenten verbessern. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/11696), der am Donnerstag zu weiteren Beratungen an die Ausschüsse überwiesen wurde. Deshalb soll sie eine Mietrechtsreform einleiten mit dem Ziel, günstigen Wohnraum zu schaffen und dadurch die Wohnkosten auch für das Segment „Studentisches Wohnen“ zu dämpfen und ein Konzept für eine „Wohnungsoffensive für Studierende“ mit dem Ziel zu entwickeln, der angespannten Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt wirksam entgegenzutreten. Schließlich fordern die Abgeordneten von der Regierung, im Wege einer BaFöG-Novelle sicherzustellen, dass der für Wohnzwecke veranschlagte Teil des Förderungssatzes zum 1. Januar 2013 auf 291 Euro erhöht wird und fortan jährlich dynamisch an die durchschnittlichen Steigerungswerte der Mietpreise angepasst wird. Die Fraktion schreibt zur Begründung, dass die Mieten vor allem in Ballungsräumen beim Abschluss von Neuverträgen stark steigen würden. Der Anteil der Ausgaben für Wohnen am Haushaltseinkommen werde immer größer und auch der Kaufpreis von Wohnungen ziehe kräftig an. Diese Entwicklung betreffe insbesondere auch Studenten. Die Ausgaben für Miete und Nebenkosten würden das studentische Budget weitaus am stärksten belasten. mik

Akten früher zum Altpapier

FINANZEN Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben eine wichtige Maßnahme des Bürokratieabbaus erneut eingebracht. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (17/13082) sollen die bisher zehnjährigen Aufbewahrungsfristen für die Wirtschaft in der Abgabenordnung und im Umsatzsteuergesetz in einem ersten Schritt auf acht Jahre verkürzt werden. Auch die Aufbewahrungsfristen nach dem Handelsgesetzbuch sollen in einem ersten Schritt ebenfalls auf acht Jahre und ab 2015 auf sieben Jahre verkürzt werden. Die Änderung werde ab dem Jahre 2015 zu einem Einsparpotenzial bei den Unternehmen um 2,5 Milliarden Euro führen, schreiben die Koalitionsfraktionen in ihrem Entwurf, der am Freitag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Maßnahme war bereits in dem nicht zu Stande gekommenen Jahressteuergesetz 2013 enthalten.

Zu den weiteren in dem Entwurf enthaltenen Maßnahmen gehört die steuerliche Behandlung des Wehrsoldes für freiwillig Wehrdienstleistende. Der Gehaltsbestandteil Wehrsold soll auch in Zukunft steuerfrei bleiben. Weitere Bezüge der freiwillig Wehrdienstleistenden wie der Wehrdienstzuschlag und besondere Zuwendungen sowie die unentgeltliche Unterkunft und Verpflegung werden dagegen steuerpflichtig (für freiwilligen Wehrdienst Leistende, die ihren Dienst nach dem 31. Dezember 2013 beginnen). Der Wehrsold beträgt zur Zeit etwa 280 bis 350 Euro monatlich. Nach dem Gesetzentwurf wird ferner das für den Bundesfreiwilligendienst ab dem 1. Januar 2013 gezahlte Taschengeld (zur Zeit maximal 348 Euro im Monat) steuerfrei gestellt. Weitere Bezüge wie die unentgeltliche Unterkunft und Verpflegung sollen allerdings steuerpflichtig sein. hll

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Hausbesitzer warnen vor Enteignung

VERKEHR UND BAU Die von der Bundesregierung geplante Neuregelungen des Energieeinsparungsgesetzes (17/12619) und der Energieeinsparverordnung (EnEV) wird von Experten unterschiedlich beurteilt. Das wurde während einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der vergangenen Woche deutlich. Das Gesetz verpflichtet Bauherren, alle Neubauten nach dem 31.12.2020 als Niedrigenergiegebäude zu errichten. Für Neubauten, die von Behörden genutzt werden und im Eigentum von Behörden stehen, soll diese Verpflichtung bereits zwei Jahre früher wirksam werden. Skeptisch zu dem Vorhaben äußerten sich Vertreter der Immobilienwirtschaft und verwiesen auf mögliche Auswirkungen auf Baukosten und Mieten. Ausdrücklich begrüßt wurde hingegen, dass es keine Verschärfungen für den Gebäudebestand geben soll. Es sei richtig, im Bestand beim Prinzip der Freiwilligkeit zu bleiben, sagte Walter Rasch von der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID). Bei einheitlich hohen Vorgaben für die energetische Sanierung sei die Effizienz nicht gesichert, was auch zu einem Druck auf die Mieten führen könne, fügte er hinzu. Eine Ausweitung der Vorgaben auf den Bestand sei wirtschaftlich nicht sinnvoll und stoße auf verfassungsrecht-

liche Bedenken, sagte Kai H. Warnecke von der Eigentümer-Schutzgemeinschaft Haus und Grund. „Eine solche Enteignung auf kaltem Wege lehnen wir ab“, machte er deutlich. Werner Gentner von der KfW-Bankengruppe befuhrte die Zielrichtung des Gesetzentwurfes, ab 2020 Neubauten als Niedrigenergiehäuser zu errichten. Das sei nötig, wolle man bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand erreichen. Einer entsprechenden Energieeinsparpflicht bei der Sanierung von Bestandsgebäuden stehe der KfW-Vertreter skeptisch gegenüber. Dies könne dazu führen, dass das Sanierungstempo nachlasse. Mehrfamilienhäuser würden stärker belastet als Einfamilienhäuser, bemängelte Dietmar Wahlberg von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen. Das sei „nicht zielführend“, da Mehrfamilienhäuser im Bau und in der Nutzung grundsätzlich energie- und ressourcenschonender ausgeführt und betrieben werden könnten. Wahlberg sprach sich zudem für Änderungen aus. Hilmar von Lojewski vom Deutschen Städtetag bewertete es als „problematisch“, dass die öffentliche Hand als Bauherr eine Art Vorbildfunktion übernehmen solle. „Das können wir nicht alleine stemmen“, sagte der Vertreter der Kommunen und sprach sich für eine Unterstützung durch den Bund aus. hau



KURZ REZENSIIERT

Kofi Annan:
Ein Leben in Krieg und Frieden.
Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013; 463 S., 26,99 €

„Ich agierte als Dolmetscher und gelegentlich als Schlichter, sie als Gladiatoren in der Arena.“ So beschreibt Kofi Annan, von 1997 bis 2003 Generalsekretär der Vereinten Nationen, seine und die Rolle der Konfliktparteien im Vorfeld des Irak-Krieges. Detailliert berichtet er in seiner lesenswerten Autobiografie über Hintergrundgespräche, geheime Vereinbarungen und die Entstehung der Sicherheitsratsresolutionen während seiner Amtszeit. Den USA und Großbritannien habe es nicht zugestanden, „das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen“ und im März 2003 ohne klare Resolution im Irak zu intervenieren. Am Ende hätten Anarchie und ein zehnjähriger Bürgerkrieg die Tyrannie Saddam Husseins ersetzt. Besonders getroffen hat Annan die Erklärung des damaligen britischen Premierministers Tony Blair, der Sicherheitsrat habe seine Legitimität verloren, als er der Intervention seine Zustimmung verweigerte. Dabei stand der Irak-Krieg „weder im Einklang mit der UN-Charta, noch war er legitim“, resümiert Kofi Annan.

Als Sohn eines ghanaischen Vertreters eines europäischen Handelsunternehmens, Freimaurers und gläubigen Anglikaners verbrachte Kofi Annan sein ganzes Berufsleben in den Organisationen der Vereinten Nationen. Mit seinem „persönlichen Bericht“ will der frühere Generalsekretär den Lesern vermitteln, welche katastrophalen Kosten Konflikte verursachen. Gleichzeitig betont er die Vorteile der globalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheiten.

Besonders interessant liest sich seine Darstellung über Verhandlungen vor dem Kosovo-Krieg. Damals stellte sich Annan auf die Seite der USA und Großbritannien, obwohl der UN-Sicherheitsrat die Anwendung von Gewalt nicht autorisiert hatte. Auch die „Fehlentscheidungen der Vergangenheit“, wie die Machtlosigkeit der Vereinten Nationen während der Völkermorde in Ruanda und Bosnien, werden von Annan schonungslos und ohne diplomatische Zurückhaltung dargestellt.

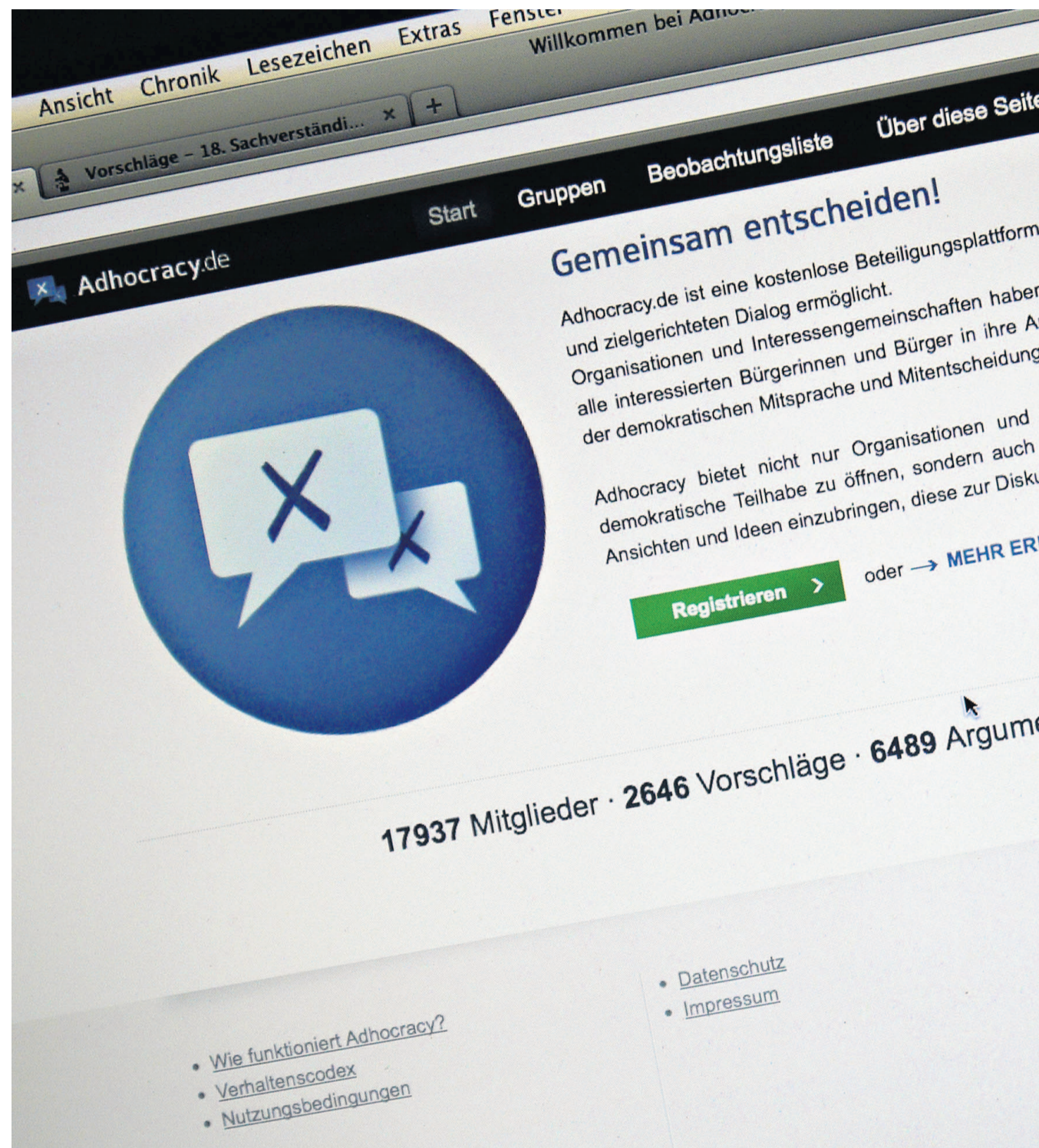
manu

Werner Sonne:
Staatsräson?
Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet.
Propyläen Verlag, Berlin 2013; 249 S., 19,99 €

Bislang hat sich noch jede Bundesregierung zur historischen Verantwortung Deutschlands für Israel und dessen Existenzrecht bekannt. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) äußerte sich in ihrer historischen Rede vor der Knesset am 18. März 2008 – sie hatte als erste deutsche Regierungschefin dort reden dürfen – in diesem Sinne. Doch Merkel formulierte einen Satz, der aufhorchen ließ. Wörtlich sagte sie: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt: Die Sicherheit Israels ist für mich als Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“ Der Fernsehjournalist Werner Sonne versucht in seinem empfehlenswerten Buch über die deutsche Israel-Politik die Worte Merkels zu entziffern. Bedeutet die Zusage Merkels etwa eine militärische Bündnisverpflichtung, so wie sie Deutschland gegenüber seinen Nato-Partnern übernommen hat? Wird Deutschland beispielsweise im Falle eines Krieges mit dem Iran zu Gunsten Israels militärisch eingreifen? Gehört ein solches Szenario auch zur „Staatsräson“? Doch keiner der vielen Gesprächspartner Sonnes im politischen Berlin konnte oder wollte sich dazu konkret äußern.

Werner Sonne stellt solchen Spekulationen Fakten gegenüber: Obwohl Israels Ministerpräsident Ehud Olmert Deutschland im Sommer 2006 eingeladen hatte, sich mit einem eigenen Truppenkontingent an der UNifil-Mission der Vereinten Nationen im Grenzgebiet zwischen Libanon und Israel zu beteiligen, lehnte dies Merkel ab. Die Stationierung von Bodentruppen in der Konfliktregion erschien der Bundesregierung dann doch zu gefährlich. Deutschland begnügte sich mit der Entsendung von Kriegsschiffen für die maritime Komponente der Unifil-Mission in den Gewässern vor dem Libanon. Neben den bekannten Beispielen für die deutsch-israelische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen liefert Sonne auch interessante Hintergrundinformationen über die Lieferung von sechs modernen U-Booten an die israelische Marine. Diese können mit Nuklearkraftwerken bestückt werden, die auch den Iran erreichen könnten.

manu



Transparenz im Bundestag: Die Internet-Enquete nutzte für ihre Arbeit auch die Online-Beteiligungplattform Adhocracy.

Blick nach vorn

INTERNET-ENQUETE Die Arbeit der Kommission ist beendet. Künftig soll sich ein ständiger Ausschuss der Netzpolitik widmen

So oft kommt es nicht vor, dass sich alle Fraktionen bei einem Thema einig sind. Was die Bewertung der Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ angeht, ist das jedoch der Fall. Erfolgreich nämlich sei sie gewesen, die Arbeit der 17 Parlamentarier und ebenso vielen Sachverständigen, urteilten die Abgeordneten während der Debatte am vergangenen Donnerstag. Erfolgreich, weil sie die Netzpolitik von einem Nischen-thema zu einem Schwerpunktthema gemacht habe, wie Jens Koeppen (CDU) betonte. Erfolgreich, weil sie Wegmarken gesetzt habe, „hinter die keiner mehr zurück kann“, wie Lars Klingbeil (SPD) sagte. Seit Mai 2010 hat die auf Beschluss aller Fraktionen des Bundestages eingesetzte Kommission gewirkt. Im Jahr zuvor, so erinnerte Klingbeil, habe es mit den Netzsperrchen einen „netzpolitischen Tiefpunkt“ gege-

ben. Das sei zugleich auch Antrieb gewesen, zu sagen: „Wir brauchen eine Enquete-Kommission.“ Eine Rolle habe seinerzeit aber auch die Piratenpartei gespielt, die dazu beigetragen habe, „dass das Thema angekommen ist“, räumte der SPD-Politiker ein.

Direkte Bürgerbeteiligung Drei Jahre später haben zwölf Projektgruppen insgesamt 179 Mal getagt. Die Gesamt-Enquete traf sich zu 20 Sitzungen. Die Ergebnisse der Arbeit finden sich auf rund 2.000 Berichtseiten. Neuland betrat die Internet-Enquete in Sachen Bürgerbeteiligung. Schon im Einsetzungsauftrag war von einem 18. Sachverständigen – der interessierten Öffentlichkeit – die Rede. Seit Februar 2011 nutzte die Enquete-Kommission die Online-Beteiligungplattform Adhocracy zur Bürgerbeteiligung. Sämtliche Kommissionsitzungen wurden live übertragen, es wurde getwittert und natürlich auch gebloggt.

Dass trotz des „Experiments der direkten Bürgerbeteiligung, das weltweit einmalig und zukunftsgerichtet ist“, wie Jimmy Schulz (FDP) fand, bei vielen brisanten Fragen keine gemeinsamen Handlungsempfehlungen gefunden werden konnten, ändert aus Sicht der Parlamentarier nichts am positiven Gesamteindruck. Er sei froh, dass die Handlungsempfehlungen so vielseitig seien, sagte Jens Koeppen und lobte vor allem die gelungene Generalinventur. „Eine solche Bestandsaufnahme gab es vorher nicht“, betonte er. Der CDU-Politiker räumte ein, dass man sich insbesondere am Anfang der Arbeit zu oft in die „ideologischen Schützengräben“ zurückgezogen habe. Am Ende stehe dennoch ein Erfolg, bei dem es „keine Verlierer sondern nur Gewinner gibt“. Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) nannte es hingegen bedauerlich, dass bei vielen Themen trotz großer Kompromissbereitschaft keine Einigung erlangt

werden konnte. „Wir hätten uns da manchmal mehr Mut gewünscht“, sagte der Grünen-Abgeordnete. Und in der Tat gibt es weder in der Frage, ob künftig die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden müsse, noch bei datenschutzrechtlichen Themen wie dem Kopplungsverbot, dem Beschäftigtendatenschutz oder den Schadensansprüchen im Datenschutzrecht eine einheitliche Linie. In den besagten Fällen erhielt weder der Text der Koalition noch jener der Opposition eine Mehrheit, was dazu führte, dass beide Vorlagen als sogenannte Sondervoten in den Bericht eingingen. Dem gegenüber stehen Einigungen unter anderem im Bereich Medienkompetenz, bei der Nutzung von Open Access in der Wissenschaft und der Forderung nach einer stärkeren Begleitung internationaler Entwicklungen im Internetbereich durch die Bundesregierung.

Ständiger Ausschuss Übereinstimmung gibt es auch in zwei Punkten, die für die Zukunft von Bedeutung sind. Das betrifft zum einen die im Schlussbericht der Kommission (17/12550) enthaltene Forderung, der Bundestag solle künftig jenen Ausschüssen, die damit arbeiten wollten, Beteiligungswerkzeuge zur Verfügung stellen. Das begrüßte sie ausdrücklich, sagte Halina Wawzyniak (Die Linke) während der Debatte und rief ihre Parlamentarierkollegen dazu auf, dies auch zu nutzen. Schließlich, so Lars Klingbeil, habe sich gezeigt: „Die Politik muss keine Angst davor haben, die Tür aufzustoßen und die Menschen zu beteiligen.“ Das „zähe Ringen um Kompromisse“ sei allerdings auch durch neue Beteiligungsformen nicht zu ersetzen, machte Konstantin von Notz deutlich. CDU-Mann Koeppen verwies darauf, dass trotz neuer Formen der Bürgerbeteiligung schlussendlich immer noch der Bundestag entscheide. Einig ist man sich auch in der Forderung nach einem ständigen Ausschuss. Schon zu Beginn der Arbeit der Enquete-Kommission habe er einen dauerhaften Platz für dieses Thema im Bundestag gefordert, sagte Jimmy Schulz. Umso mehr freue er sich, dass man sich in dem Punkt einig sei. Lars Klingbeil ging noch ein Stück weiter. Er machte sich für eine „Spiegelung auf der Regierungsseite“ stark. „Das könnte etwa ein Staatsminister im Bundeskanzleramt sein“, lautete seine Überlegung, die offenbar auch der Vorsitzende der Internet-Enquete Axel E. Fischer (CDU) teilt. Es sei ein Kardinalfehler früherer Enquete-Kommissionen gewesen, den Handlungsempfehlungen keine Taten folgen zu lassen, sagte Fischer. Das dürfe sich nicht wiederholen, warnte er. „Der von uns angeregte Ausschuss, der in der Bundesregierung entsprechend abgebildet werden sollte, ist ein adäquates Mittel, um die Themen der Digitalisierung dauerhaft im Parlament, in der Politik und in der Gesellschaft zu verankern“, befand der CDU-Politiker.

Streit vorprogrammiert Problematisch könnte sich diese Umsetzung der Handlungsempfehlungen dennoch gestalten, scheinen doch einige Forderungen unvereinbar. Halina Wawzyniak machte schon mal deutlich, worum es der Linksfraktion künftig im Bereich der Netzpolitik geht. Da ist zum einen die Forderung, das Internet als Bestandteil des sozio-kulturellen Existenzminimums festzuschreiben und den Computer „unpflanzbar zu machen“. Ein Beitrag in Richtung „Netz für alle“ sei das, sagte Wawzyniak. Ebenso nötig sind aus ihrer Sicht der Breitbandausbau und eine Universalienverpflichtung. Spätestens die Forderung nach der gesetzlichen Festschreibung der Netzneutralität, die von SPD und Grünen geteilt, von der Koalition bislang aber abgelehnt wird, dürfte für Streit im neuen Ausschuss sorgen. Götz Hausding

»Ich war 500 Seiten lang fasziniert«

WISSENSCHAFTSPREIS Bundestag zeichnet Arbeit der Juristin Friederike Lange aus

„Das Parlament sollte die Beantwortung verfassungsrechtlicher Fragen nicht allein dem Bundesverfassungsgericht überlassen, sondern sich eine eigene Meinung bilden und diese auch vertreten“, sagt die Rechtswissenschaftlerin Friederike Lange. Für ihre Dissertation „Grundrechtsbindung des Gesetzgebers. Eine rechtsvergleichende Studie zu Deutschland, Frankreich und den USA“ hat ihr Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vergangene Woche den Wissenschaftspreis 2012 des Bundestages überreicht.

»Ablehnung einkalkulieren« Lange, Mitarbeiterin von Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle, befasste sich mit der Frage, ob die Politik bei der Interpretation der Verfassung an Verfassungsgerichtsurteile gebunden ist oder eigene Interpretationen vortragen kann. „Es gibt Spielräume für eine eigene Meinung des Parlaments“, ermutigte Lange die Abgeordneten. Die Bereitschaft, beim Verfassungsgericht eine Ablehnung zu riskieren, sollte bei der Interpretation der Verfassung, betonte die Wissenschaftlerin, deren Dissertation der Würzburger Verfassungsrechtler Horst Dreier betreut hatte. Norbert Lammert bat die Preisträgerin, ihre Einsichten über die Eigenständigkeit des Parlaments bei ihrer jetzigen Tätigkeit in Karlsruhe „in wirkungsvoller Weise“ zu vermitteln.



Bundestagspräsident Norbert Lammert (l.) gratuliert Preisträgerin Friederike Lange.

Die Jura-Professorin Ute Sacksofsky aus Frankfurt am Main, Mitglied der Jury des Wissenschaftspreises, machte aus ihrer Begeisterung über Langes „Meisterstück“, das materiell eine Habilitationsschrift sei, kein Hehl: „Ich war die ganzen 500 Seiten lang fasziniert.“ Zwar dürfe der Gesetzgeber verfassungsgerichtliche Entscheidungen nicht ignorieren, er sollte aber auch nicht durch „voraussetzungen Geshorsam“ seinen eigenen Handlungsspielraum verkürzen, fasste Sacksofsky die Quintessenz der Arbeit zusammen.

Der Konflikt zwischen Parlament und Verfassungsgerichtsbarkeit sei bekannt, die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers kein neues Thema, betonte die Laudatorin. Lange eröffne mit ihrer Arbeit aber einen neuen Blick auf überkommene Debatten. Sie beschränke ihre Arbeit nicht auf dogmatische Spitzfindigkeiten, sondern interpretiere das Recht in seinem Kontext und seiner Entwicklung. Bereits im November 2012 hatte sich die siebenköpfige Jury unter Vorsitz des Hamburger Rechtswissenschaftlers Professor Ulrich Karpen unter mehr als 30 Bewerbungen auf Friederike Lange als Preisträgerin geeinigt. Nach Auffassung der Jury handelt es sich bei Langes Studie um eine überragende Dissertation zur Frage, wie die Entscheidungshoheit des demokratisch legitimierten Gesetzgebers mit den Anforderungen an die Effektivität der Grundrechte in Einklang gebracht werden kann. Je sechs der zwölf seit 1993 verliehenen Wissenschaftspreise des Bundestages gingen laut Karpen an Juristen und Politikwissenschaftler, vier an Historiker. Zunächst wurde der Preis jährlich, seit 1997 wird er alle zwei Jahre vergeben. Volker Müller

Chance für Deutschland

BILDUNG Positives Echo auf Aufstockung des Hochschulpakts

Die Verständigung von Bund und Ländern über eine Aufstockung des Hochschulpakts ist im Bundestag von Vertretern der Koalition wie der Opposition begrüßt worden. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) nannte das Ergebnis der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 12. April in einer von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde vergangene Woche eine „Riesenchance für Deutschland“. Man habe jetzt ein Ergebnis, das alle Bundesländer mitfinanzieren. „Das (...) ist zugunsten der Studierenden und trägt zu vernünftigen Studienbedingungen bei“, sagte sie. Der CSU-Abgeordnete Albert Rupprecht verwies darauf, dass der Hochschulpakt um zusätzliche 300.000 Plätze aufgestockt werde. Das heiße, dass in der zweiten Phase des Pakts insgesamt 625.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Der Bund erhöhe seinen Beitrag für diese Phase von 2011 bis 2015 um 2,2 Milliarden Euro. Darüber hinaus werde man von 2016 bis 2018 weitere 2,7 Milliarden Euro Bundesmittel einplanen. Dies sei ein „Riesenerfolg“. „Wir garantieren damit, dass jeder junge Mensch, der zum Studium in Deutschland berechtigt ist, auch einen Studienplatz bekommen kann“, fügte Rupprecht hinzu. Der FDP-Parlamentarier Martin Neumann betonte, der Hochschulpakt „und seine Weiterentwicklung haben im Zeitraum 2011 bis 2018 einen finanziellen Umfang von cir-

ca zehn Milliarden Euro bei den Bundesmitteln“. Das sei ein „wirklich dicker Brocken“. **»Auf Kante genähert«** Der SPD-Abgeordnete Swen Schulz wertete den Hochschulpakt als „Ausweis von Kraft und Bedeutung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern“. Hunderttausende Studienplätze würden gemeinsam finanziert, was „großartig“ sei. Die Aufstockung des Pakts sei „gut“, aber auch „überfällig“ gewesen. Der Grünen-Parlamentarier Kai Gehring bezeichnete die Einigung von Bund und Ländern als „Fortschritt“. Der Hochschulpakt bleibe aber „auf Kante genähert“. Am Ende der laufenden Paktphase werde der Bund „erneut eine Schippe drauflegen müssen“. Für Die Linke kritisierte ihre Parlamentarierin Nicole Gohlke, dass die Bundesregierung mit jährlich 6.500 Euro pro Studienanfänger rechne, aber schon jetzt ein Studienplatz im Schnitt 7.200 Euro pro Jahr koste. Ihre Fraktion fordere, die Mittel pro geschaffenen Studienplatz auf mindestens 8.640 Euro zu erhöhen. sto

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Die Kunst, reich zu bleiben

Der Außenminister Zyperns hat sich gegen den Vorwurf gewehrt, in seinem Land werde vor allem das Schwarzgeld russischer Oligarchen gewaschen. Die russischen Einlagen bei zypriotischen Banken machten schließlich nur 20 Milliarden Euro aus, und ein popliger Milliardär, so fuhr der Außenminister fort, sei schließlich noch lange kein Oligarch. „Es ist leicht, eine Milliarde zu haben.“ Das stimmt: Oligarch, das ist schon eine andere Nummer. Das Leben – eine einzige Hast auf der Überholspur mit Kaufoptionen unterm Arm. Oligarchen haben die lästige Verpflichtung, ausgefallene Sachen zu sammeln, britische Fußballclubs zum Beispiel und widerspenstige Redaktionen. Sonst gilt man ja nichts unter den Kollegen auf Forbes-Liste und der zypriotische Außenminister würde sagen: „Aber das ist ja gar kein richtiger Oligarch!“ Schon zu früheren Zeiten pflegte übrigens mancher Zypriote ein phantastisches Verhältnis zum Geld. Fortunatus aus Famagusta zum Beispiel, Held des gleichnamigen Volksbuchs aus dem Jahre 1509. Ihn küsst mir nichts dir nichts die „Glücksfee“ auf die Stirn. Er bekommt ein „Glücksäckel“, in dem stets unbegrenzt Geld für ihn bereit liegt, praktisch immer in der Währung des Landes, in dem sich Fortunatus aufhält. Lange hat man sich in Nikosia den Finanzstandort Zypern wohl als einen guten Ort für die „Glücksäckel“-Träger dieser Welt vorgestellt. Man steckt einfach die Hand ein bisschen mit in ihre Säckel. Und ist im Handumdrehen auch ein bisschen Milliardär. Jetzt sind die Glücksäckel fast leer, die Glücksfee über alle Berge und der Außenminister zerbricht sich den Kopf: Leicht ist eine poplige Milliarde verdient – doch wie schwer ist es, sie zu behalten.

Alexander Heinrich

VOR 20 JAHREN ...

Große Mehrheit für den Euro

23. April 1998: Bundestag beschließt Euro-Einführung Den Euro abschaffen – es ist keine ganz neue Forderung, die sich die neue Protestpartei „Alternative für Deutschland“ für ihren Bundestagswahlkampf auf die Fahnen geschrieben hat. Der Slogan „Euro, so nicht“ war jedenfalls schon vor 15 Jahren, am 23. April 1998, auf Schildern zu lesen, die Abgeordnete der PDS im Bundestag auf ihre Tische gestellt hatten. Damals wurde abschließend über die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion debattiert. In dem siebenstündigen Schlagabtausch wurde abermals klar, wie umstritten das Vorhaben in der Bundesrepublik war. Zu gut war das Image der D-Mark als Garant



Eine Euro-Münze vor der Flagge der Europäischen Union

für Wohlstand und Stabilität. Finanzminister Theo Waigel (CSU) verteidigte aber die Idee der Gemeinschaftswährung als „eine Notwendigkeit im Zeichen der Globalisierung und zunehmender Standortkonkurrenz“ und „Ausdruck gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Überzeugung“. Gerhard Schröder (SPD) attestierte dem Euro dagegen, „beim deutschen Volk ein Legitimationsproblem“, an dem auch die schwarz-gelbe Koalition Schuld sei. Sie habe es nicht geschafft, den Bürgern die guten Gründe für den Euro zu vermitteln. Ein klares Nein zum Euro kam von der PDS: Gregor Gysi glaubte, dass die Voraussetzungen für die Währungsunion falsch seien und ein Europa für Rüstungs- und Exportkonzerne sowie Banken geschaffen werde. Am Ende bekam der Euro eine große Mehrheit: 575 Abgeordnete votierten mit Ja, nur 35 mit Nein, fünf Parlamentarier enthielten sich. Der Euro wurde am 1. Januar 1999 in elf Ländern eingeführt. Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: PROJEKT »JUNIORWAHL 2013« GESTARTET



Demokratie in der Schule: Mit Wahlbenachrichtigungen, auf denen ein Bundesadler prangt, werden Lernende in Deutschland zur Juniorwahl aufgefordert.

»Die Schüler nehmen die Abstimmung sehr ernst«

Muss Bundeskanzler Jürgen Trittin von den Grünen um seine Wiederwahl zittern? Wird die SPD wieder knapp vor der Union liegen? Schaffen die Piraten erneut ein zweistelliges Ergebnis? Fragen über Fragen, die bei der Wahl im September beantwortet werden. Genauer gesagt bei der Juniorwahl 2013, an der deutsche Schüler ab Klasse sieben teilnehmen können. Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 gibt es die Juniorwahl als Initiative des gemeinnützigen Vereins Kumulus. Bei der ersten parallel zu einer Bundestagswahl ausgetragenen Juniorwahl im Jahr 2002 verzeichnete die SPD einen erdrstürzenden Sieg mit 43 Prozent der Stimmen. 2009 lagen die Grünen mit 21 Prozent vorn – gefolgt von der SPD mit 19,2 und der CDU mit 19,1 Prozent. Mehr als 1.000 Schulen hatten seinerzeit an der Wahl teilgenommen. In diesem Jahr sollen es bundesweit 5.000 Schulen und damit 25 Prozent aller weiterführenden Schulen in Deutschland sein, sagt Gerald Wolff, Projektleiter bei Kumulus e.V. „Mit der Juniorwahl wird ein Beitrag zur politischen Sozial-

isation von Jugendlichen geleistet“, betont er. Es gehe darum, die Beteiligung junger Menschen in der Demokratie auch über Wahlen hinaus zu steigern, indem durch die Juniorwahl bei der jungen Generation das Interesse am politischen Geschehen insgesamt gefördert wird. Ein Ziel, das erreicht wird, wie Michaela Asseng, Lehrerin an der George-Orwell-Oberschule in Berlin-Lichtenberg bestätigt. „Es geht sogar so weit, dass durch unsere Vorbereitungen auf die Wahl im Unterricht Diskussionen zuhause in den Familien der Schüler ausgelöst werden“, sagt sie. Schwierig sei die Vorbereitung dennoch. „Die Vorkenntnisse sind doch sehr gering, da zuhause kaum noch Zeitung gelesen wird und viele Eltern scheinbar nur wenig politisch interessiert sind.“ Eine große Hilfe bei der Vorbereitung in der Schule, die schon begonnen hat, sind die vom Verein Kumulus zur Verfügung gestellten umfangreichen Materialien, wie Marion Gerber von der Bertha-von-Suttner-Schule in Berlin-Reinickendorf sagt. Was die Wahl selbst angeht, so sei ein

reges Interesse der Schüler zu verzeichnen. „Die Jüngeren fragen dann immer, warum sie noch nicht mitmachen dürfen“, erzählt die Geschichtslehrerin. Gehen die Schüler die Wahl auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit an? Ein klares Ja ist dazu von den beiden Lehrkräften zu hören. „Die Schüler nehmen die Juniorwahl sehr ernst“, sagt die Deutschlehrerin Michaela Asseng. „Sie haben am Wahltag auch ganz akkurat ihre Personaldokumente in das Wahllokal mitgebracht, um sich ausweisen zu können und im Wählerverzeichnis abgestrichen zu werden.“ Darüber wird sich auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) freuen, der ein großer Befürworter der Juniorwahl ist und als deren Schirmherr fungiert. In dieser Rolle wandte er sich in der vergangenen Woche mit einem Brief an seine Abgeordnetenkollegen. Tenor des Anschreibens: Macht doch bitte im Wahlkreis Werbung für die Juniorwahl. Im Interesse der politischen Bildung kann man sich nur wünschen, dass die Parlamentarier dabei erfolgreich sind. Götz Hausding

LESERPOST

Zu Ausgabe 13-14 vom 25.3.2013, „Schatten einer Diktatur“ und „Opfer, Täter, Akten und Gedenkstätten“ auf Seite 1:

Als direkte Schande für das heutige Deutschland sehe ich das nahezu völlige Verschweigen des illegalen Widerstandes in der DDR in Form der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ des „Untersuchungsausschusses freier Juristen“ und der Ostbüros der einzelnen Parteien. Im Gegensatz zu den Bürgerrechtlern, die zum Großteil gar nicht die Einheit der beiden deutschen Staaten anstrebten und auf die lediglich wenige Jahre Gefängnis warteten oder nur die Ausweisung in den Westen, setzten jene Männer und Frauen ihr Leben für die Wiedervereinigung Deutschlands aufs Spiel. Sofern sie dies überhaupt überlebten, erhielten sie nie einen – ohnehin kostenlosen – Dank ihres (Stief-)Vaterlandes. Eine ausländische Zeitung nannte sie unlängst „vergessene Helden“, meiner Meinung nach eine sehr treffende Bezeichnung. F. W. Schломann, Königswinter

Zu Ausgabe 13-14 vom 25.3.2013, „Flüchtiges Vertrauen“ auf Seite 8: Die Bundesregierung hat bei der Zypern-Rettung viel

falsch gemacht. Da haben die Redner der Oppositionsparteien mit ihren Ausführungen bei der Debatte im Deutschen Bundestag sicher Recht gehabt. Weil die Bundesregierung bei dem Brüsseler Krisentreffen im März zuerst dem Begehren der zypriotischen Regierung zugestimmt hat, auch die Kleinsparer auf der Insel zu schröpfen, wurden damit die Widerstände gegen die Belastung der großen Gläubiger bei den Bankguthaben über 100.000 Euro erst so richtig entfach. Dabei war ein beachtlicher Beitrag der Großgläubiger, die jahrelang besonders von den zuletzt noch sehr hohen Zinsen der zypriotischen Banken profitiert haben, zur Banken-Rettung immer vordringlich angebracht. Mit den Hilfen auch aus Deutschland bekommen nun

die steuerflüchtigen Gläubiger der zypri- schen Banken ihre Gelder zurück. Die Milliardenhilfen, und da stimme ich aber auch der Opposition nicht zu, der europäischen Steuerzahler für Zypern halte ich generell für falsch. Denn diese verstößen gegen den Maastricht-Vertrag, nach dem wir nicht für die Schulden in anderen Euro-Ländern haften. Und: Das kleine Zypern ist im Gegensatz zu den Bestimmungen des ESM-Rettungsschirms auch keineswegs systemrelevant für die Eurozone. Erneut begehren unsere Politiker also einen Rechtsbruch. Wie lange soll das mit der Euro-Rettung und der permanenten Außerkräftsetzung des Rechts noch so weitergehen? Zypern verschuldet sich durch die Milliarden-Hilfen noch weiter und wird

durch die Bankenrettung einen Kollaps erleiden. Gerd Karnholz, Bremen

Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein:

Ich bin ein polnischer Leser von „Das Parlament“. Ich freue mich, dass die deutsche Botschaft in Warschau mir Ihre Zeitung mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ seit nun 13 Jahren regelmäßig zur Verfügung stellt. Leider ist dabei ein Fehler unterlaufen, so dass mir jetzt die Ausgabe 10-11 vom 4. März 2013 fehlt. Das ist für mich sehr bedauerlich, weil ich besonders die Themenausgaben von „Das Parlament“ und auch die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ schätze und gerne sammle. Sie würden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie es ermöglichen könnten, mir die fehlende Ausgabe nachträglich zur Verfügung zu stellen, damit meine Sammlung vollständig ist. Für Ihre Mühe danke ich Ihnen jetzt schon herzlich. Konrad Mazur, Rzeszów

Anmerkung der Redaktion: Selbstverständlich ist ein Exemplar der gewünschten Ausgabe auf dem Weg nach Polen.

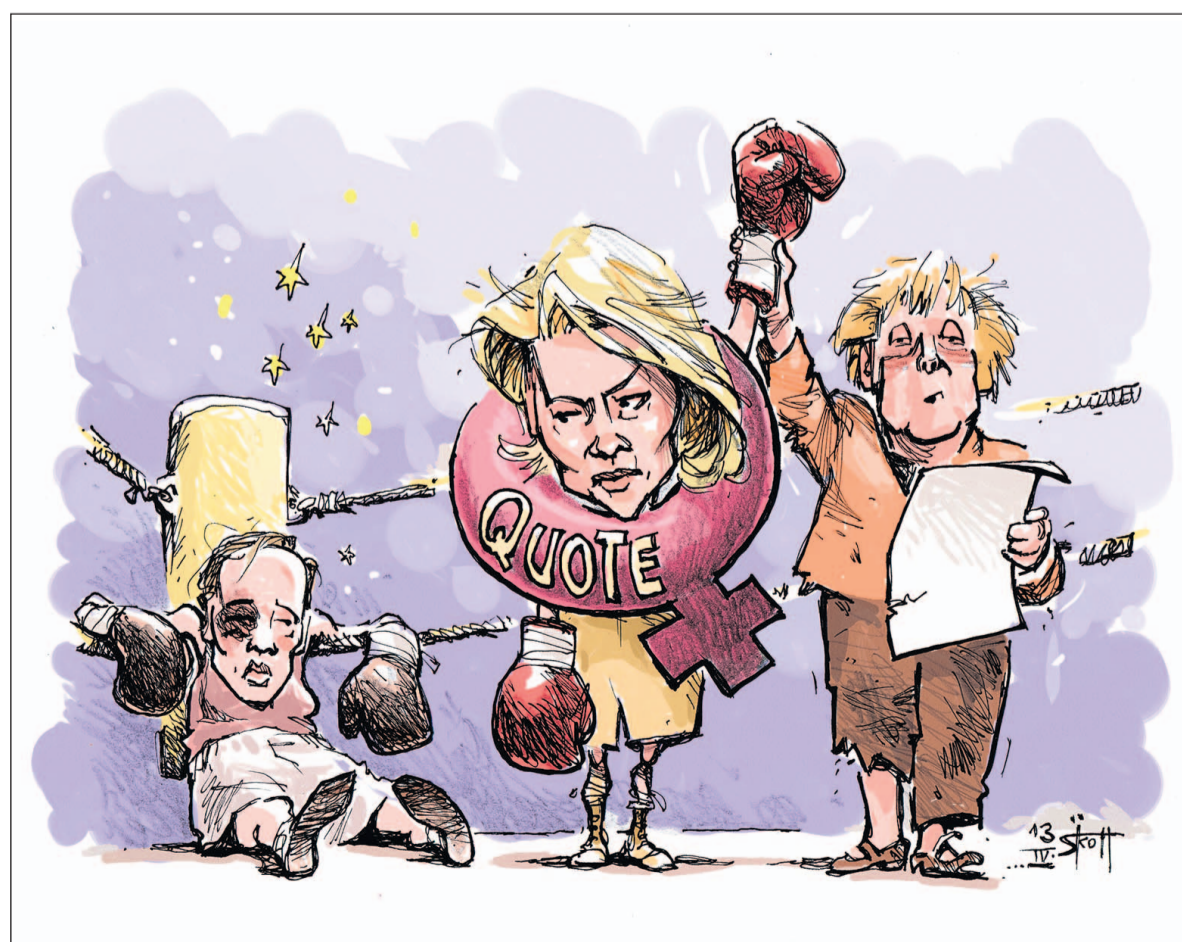
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. April 2013.

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 23.04.2013-26.04.2013

Förderung des Mittelstands (Do), Armuts- und Reichtumsbericht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GESTORBEN

Trauer um Ottmar Schreiner

Wenn vom sozialen Gewissen der SPD die Rede ist, fiel auch stets der Name Ottmar Schreiners, des wohl profiliertesten Vertreters des linken Parteiflügels. Nach längerer Krankheit starb er am 6. April im Alter von 67 Jahren. Er sei ein Politiker gewesen, so hieß es parteiübergreifend, der stets für seine Überzeugungen gekämpft habe, ein gradliniger und prinzipienfester Sozialdemokrat. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte den verstorbenen SPD-Abgeordneten. Mit Schreiner verliere der Bundestag eines seiner dienstältesten Mitglieder, dessen mehr als 30-jährige parlamentarische Arbeit in unterschiedlichen Funktionen vor allem sozialpolitischen Themen gewidmet war und weit über die eigene Partei und Fraktion hinaus hohe Anerkennung gefunden habe. Der 1946 im saarländischen Merzig geborene Jurist trat 1969 der SPD bei und wurde 1980 erstmals in den Bundestag gewählt. 1998 berief ihn Oskar Lafontaine zum Bundesgeschäftsführer; er übte das Amt aber nur ein Jahr aus. Schreiner war später die wortführende Stimme gegen die Reformagenda Schröders, Clements und Münteferings. Trotz seiner Freundschaft zu Oskar Lafontaine kam ihm aber nie in den Sinn, die SPD zu verlassen. bmf



PERSONALIA

>Jürgen Grimming
Bundestagsabgeordneter 1975-1976, SPD

Jürgen Grimming wird am 23. April 75 Jahre alt. Der Berliner Journalist und Pressereferent trat 1962 der SPD bei und war von 1967 bis 1969 Landesvorsitzender der Jungsozialisten. Grimming, im Juni 1975 für den Abgeordneten Gottfried Wurche nachgerückt, war Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen.

>Jens Jordan
Bundestagsabgeordneter 1994, FDP

Am 24. April feiert Jens Jordan seinen 70. Geburtstag. Der promovierte Chemiker, FDP-Mitglied seit 1969, war 1989 bis 1999 Vorsitzender des Kreisverbands Recklinghausen und stand 31 Jahren an der Spitze des FDP-Stadtverbands Waltrop. Von 2000 bis 2005 war er Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

>Ina Albowitz
Bundestagsabgeordnete 1990-1998, 2000-2002, FDP

Ina Albowitz wird am 26. April 70 Jahre alt. Die Werbekaufrau aus Gummersbach wurde 1975 FDP-Mitglied, war von 1982 bis 2002 Kreisvorsitzende und gehörte von 1994 bis 1998 dem NRW-Landesvorstand an. 20 Jahre war sie Ratsfrau ihrer Heimatstadt. Albowitz, von 1992 bis 1998 parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion, arbeitete von 1990 bis 1998 im Haushaltsausschuss mit.

>Reinhard Freiherr von Schorlemer
Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CDU

Am 27. April vollendet Reinhard Freiherr von Schorlemer sein 75. Lebensjahr. Der Land- und Forstwirt aus Bippin im Landkreis Osnabrück trat 1955 der CDU bei und war von 1972 bis 1990 Kreisvorsitzender der CDU Osnabrück-Land. Von 1974 bis 1980 gehörte er dem niedersächsischen Landtag an. An der Spitze der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft stand Schorlemer von 1991 bis 1999. Der Direktkandidat des Wahlkreises Osnabrück-Land engagierte sich im Landwirtschaftsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss.

>Hinrich Kuessner
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD

Am 29. April wird Hinrich Kuessner 70 Jahre alt. Der protestantische Theologe aus Greifswald trat 1989 in der DDR zunächst dem Neuen Forum und wenig später der SPD bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag war er Mitglied des Haushaltsausschusses. Von 1994 bis 1998 amtierte Kuessner als Sozialminister in Mecklenburg-Vorpommern und von 1998 bis 2002 als Landtagspräsident.

>Margrit Spielmann
Bundestagsabgeordnete 1998-2009, SPD

Margrit Spielmann feiert am 29. April ihren 70. Geburtstag. Die promovierte Rehabilitationspädagogin aus Brandenburg an der Havel schloss sich 1990 der SPD an und war von 1994 bis 2000 Mitglied im SPD-Landesvorstand. Als Bürgermeisterin der Stadt Brandenburg amtierte sie von 1994 bis 1998. Im Deutschen Bundestag engagierte sich Spielmann in allen drei Wahlperioden im Gesundheitsausschuss. bmf

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Zur Überwindung der Krise gibt es keine einfache und schnelle Lösung



Wolfgang Schäuble *1942
Bundesminister

Wir sind bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone gerade im letzten Jahr gut vorangekommen. Wir haben die Währungsunion Schritt für Schritt stabilisiert. Wir haben immer gesagt: Es gibt zur Überwindung dieser Krise nicht eine einfache schnelle Lösung, sondern wir müssen Schritt für Schritt konsequent vorangehen.

Zur Stabilisierung und zur Überwindung der Krise sind im Wesentlichen vier Aspekte von Bedeutung. Zum einen müssen in den gefährdeten oder betroffenen Staaten die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen durchgesetzt werden. Deswegen ist eine strenge Konditionalität aller Hilfen notwendig. Zum anderen muss unsere Währungsunion zu einer europäischen Stabilitätsunion umgebaut werden, in der der vergemeinschafteten Geldpolitik eine effektive finanzpolitische Säule zur Seite gestellt wird: mit besserer Kontrolle, wirksameren Reformvorgaben und früher greifenden Sanktionen. Dann brauchen wir einen funktionsfähigen Europäischen Stabilitätsmechanismus, um den Krisenstaaten, wenn notwendig, Zeit für Reformen zu verschaffen und um Ansteckungseffekte in Europa verhindern zu können. Schließlich muss der europäische Bankensektor durch ausreichende Eigenkapitalausstattung und durch eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht stabilisiert werden.

Auf diesem mühsamen Weg sind wir gut vorangekommen. Man muss sich das angesichts fortlaufender Krisennachrichten gelegentlich ins Gedächtnis zurückrufen. Es stellen

sich Erfolge in den Krisenländern ein. Stück um Stück wird auch verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen. Wenn man sich die Marktentwicklung anschaut, dann stellt man fest: Es gibt zwar immer noch Nervositäten und Unsicherheiten, aber deutlich weniger als noch vor drei Jahren, vor zwei Jahren oder vor einem Jahr. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Aus diesem eingeschlagenen Weg ergibt sich die Notwendigkeit – dabei geht es auch um die Stabilität und die Handlungsfähigkeit der Euro-Zone –, dass wir Zypern helfen. Das ist Gegenstand der heutigen Beratung. Die Hilfe für Zypern zielt eben darauf ab, die bisher erreichten Erfolge in der Euro-Zone zu sichern. Wir wollen und wir müssen verhindern, dass aus den Problemen in Zypern neue Probleme in anderen Ländern der Euro-Zone werden.

Es ist wahr: Zypern ist ein Land mit weniger als 1 Million Einwohnern und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone von 0,2 Prozent, also ein relativ kleines Land. Aber Zypern befindet sich in einer dramatischen Situation. Zypern hat seit anderthalb Jahren praktisch keinen Zugang mehr zu den Finanzmärkten. Wenn wir Zypern nicht helfen, steht Zypern unausweichlich vor dem Staatsbankrott.

Zyperns Problem ist eine zu einseitige Wirtschaftspolitik, die sich als nicht tragfähig erwiesen hat. Es hat sich herausgestellt: Der zyprische Bankensektor war fehlstrukturiert und völlig überdimensioniert. Ein großer Bankensektor an sich – auch das muss man sagen – muss nicht problematisch sein, aber im Falle Zyperns war eine Anlage auf dem zyprischen Finanzplatz eine Spekulation auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des zyprischen Staates, der als alleiniger Garantgeber hinter diesem Finanzplatz stand. Im Unterschied zu anderen Finanzplätzen in Europa – das ist wichtig, damit man keine falschen Schlussfolgerungen zieht – haben wir es in Zypern auch nicht in erster Linie mit Tochterunternehmen anderer großer ausländischer Banken zu tun. Daraus ergibt sich eine spezifische Situation Zyperns. Deswegen kann es für Zypern – das ist das Wesentliche – keine Lösung geben, die nicht eine deutliche Verkleinerung des Bankensektors umfasst. Das ist also

notwendig und mit dem heute vorgelegten Hilfsprogramm gewährleistet.

Im Übrigen zeigt der Fall Zypern auch, wie wichtig es ist, dass wir in Europa eine funktionierende Bankenaufsicht schaffen, gerade auch, wenn nationale Bankenaufsicht offensichtlich an ihre Grenzen stößt oder gestoßen ist. In Zukunft wird eine europäische Bankenaufsicht mindestens die drei bedeutendsten Kreditinstitute in jedem teilnehmenden Mitgliedstaat beaufsichtigen. So werden wir in Europa früher eingreifen können, etwa um drohende Schäden zu verhindern. Im Vergleich zur funktionierenden Bankenaufsicht, die wir jetzt aufbauen, wäre eine Verlagerung der Risiken auf einen europäischen Rettungsfonds, also eine Vergemeinschaftung der Risiken, keine Lösung gewesen. Das hätte in der Sache überhaupt kein Problem gelöst, sondern wäre nur wieder eine Verlagerung der Risiken gewesen. Entscheidend ist eine durchsetzungsstarke Aufsicht, die sich auch ohne Rücksicht auf nationale Interessen gegen Fehlentwicklungen durchsetzen kann.

Auch bei Zypern gilt, was immer gegolten hat: Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Im Übrigen ist Solidarität die Gegenleistung für Solidarität. Auch daran muss man gelegentlich und immer wieder erinnern.

Zypern geht seine Probleme an. Wir, die Partner in der Euro-Zone, helfen, dass das in geordneten Bahnen geschehen kann. Aber Zypern selbst muss erhebliche Anstrengungen aufbringen, und die bringt es auf. Der ESM-Vertrag und das deutsche ESM-Finanzierungsgesetz enthalten ja klare Vorgaben, die erfüllt sein müssen, damit ein Land Finanzhilfe aus dem ESM erhalten kann: Die eine Bedingung ist, dass die Hilfe der Wahrung der Finanzstabilität der Euro-Zone als Ganzes dient, dass sie dafür notwendig ist. Das ist die sogenannte Systemrelevanz. Die andere Bedingung ist, dass die Hilfe Sinn machen muss. Dabei geht es um die Umsetzung des Grundsatzes der Schuldentragfähigkeit.

Die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds haben bestätigt, dass von Zypern Ansteckungseffekte für die gesamte Euro-Zone ausgehen können. Deshalb halten wir eine Finanzhilfe für Zypern für notwendig und sehen die Voraussetzung der Systemrelevanz als gegeben an. Man muss sich klarmachen: Bei einer Staatsinsolvenz Zyperns bestünde ein großes Ansteckungsrisiko etwa für Griechenland; aber auch Länder, die unter dem Programm stehen, und andere Länder, die auf den Finanzmärkten nervös beurteilt werden, würden bei einer negativen Signalwirkung oder erneut aufkommenden Zweifeln an der Integrität der Euro-Zone in Mitleidenschaft gezogen. Dadurch könnte der Marktzugang anderer Staaten gefährdet sein. Man muss daran erinnern: Portugal und Irland nähern sich dem erfolgreichen Abschluss ihrer Anpassungsprogramme, Spanien ist auf einem guten Weg, auch Italien hat erfolgreich seine Bedingungen am Markt verbessert.

Wir sind bei der Bekämpfung der Krise in der Euro-Zone gerade im letzten Jahr gut vorangekommen.

All dies könnte durch eine Staatsinsolvenz Zyperns gefährdet werden. Daraus folgern die genannten Institutionen und auch wir die Systemrelevanz Zyperns.

Die Erfüllung der Voraussetzung der Schuldentragfähigkeit wird durch die von der Euro-Gruppe mit Zypern vereinbarten Eckpunkte und durch das, was wir dem Deutschen Bundestag heute als Programmwurf vorlegen, gewährleistet. Nach den Berechnungen der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds darf das Programmvolumen 10 Milliarden Euro nicht überschreiten, damit die finanzielle Tragfähigkeit gewährleistet ist. Unter Zugrundelegung dieser Größenordnung rechnet die Troika damit, dass die Schuldenquote im Jahr 2020 bei rund 105 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Zyperns liegen wird. Dies wird als tragfähig angesehen. Die Annahmen, die der Tragfähigkeitsberechnung zugrunde liegen, sind angesichts der aktuellen Entwicklungen in den letzten Wochen übrigens noch einmal vorsichtiger angesetzt worden, sodass ich davon ausgehe, dass dies eine verantwortliche Schätzung ist.

Die Programmmittel in Höhe von 10 Milliarden Euro werden nicht zur Rekapitalisierung der Laiki Bank oder der Bank of Cyprus verwendet. Das sind die beiden Banken, die praktisch insolvent sind und in den

vergangenen Monaten nur durch die Notfallliquiditätshilfe des europäischen Währungssystems solvent gehalten worden sind. Das Programm dient der Überbrückungsfinanzierung des zyprischen Haushalts in einer Größenordnung von 7,5 Milliarden Euro und in einem geringeren Umfang, nämlich in Höhe von 2,5 Milliarden Euro, der Rekapitalisierung und Umstrukturierung des übrigen Bankensektors – nicht der beiden betroffenen großen Banken in Zypern.

Wir haben uns übrigens von Anfang an und immer wieder dafür ausgesprochen – insbesondere zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds –, dass bei der Lösung der Probleme der beiden großen insolventen Banken zuerst und zuvorderst die Eigentümer und bestimmte Fremdkapitalgeber herangezogen werden. Man muss daran erinnern: Wer in Zypern besondere Chancen durch günstige steuerliche Regelungen, geringere Transparenzvorschriften und andere günstige Rahmenbedingungen und im Übrigen auch höhere Zinsen gesucht hat, der ist damit besondere Risiken eingegangen. So ist es bei Finanzanlagen: Höhere Zinsen entsprechen höheren Risiken. Wenn sich diese Risiken realisieren, dann muss man sie auch tragen.

Wir alle haben uns weltweit verpflichtet – ich sage das auch im Vorfeld der Tagung des Internationalen Währungsfonds, die heute Abend in Washington beginnt –, als Lehre aus der Finanz- und Bankenkrise des Jahres 2008, die sich nicht wiederholen darf, dafür zu sorgen, dass die Risiken des Bankensektors, die durch eine Maximierung von spekulativen und kurzfristigen hohen Gewinnen angehäuft werden, nicht am Ende zuerst und zuvorderst von der Gemeinschaft der Steuerzahler getragen werden. Deswegen gab es keinen anderen Weg als den, an der Restrukturierung der beiden großen Banken zuvorderst die Eigentümer und die Anlagegläubiger zu beteiligen. Risiko und Haftung gehören zusammen.

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

Es ist wahr, wir haben in dem langen Ringen um diese Lösung zur Kenntnis nehmen müssen, dass andere befürchtet haben, dass von einem sogenannten Bail-in zunächst große Verunsicherungsgefahren für die Finanzmärkte ausgehen. Deswegen gab es außer vom Internationalen Währungsfonds und der deutschen Bundesregierung am Anfang nicht allzu viel Unterstützung für die Position, auf die man sich jetzt geeinigt hat. Auch daran muss man erinnern dürfen. Aber inzwischen ist klar geworden, dass es ohne Beteiligung der Einleger nicht gelingen konnte, ein tragfähiges Programm für Zypern auf die Beine zu stellen. So ist nun vereinbart, dass von den beiden großen Banken die eine abgewickelt und die andere unter Heranziehung von Eigentümern, Anleihegläubigern und Anlegern mit Großeinlagen rekapitalisiert wird. Die Einlagen unter 100.000 Euro bleiben geschützt. Das entspricht europäischem Recht.

Bei der abzuwickelnden Laiki Bank werden die Einlagen über 100.000 Euro komplett in eine Bad Bank überführt, ebenso die Ansprüche von Aktionären und Gläubigern, und die Einlagen bis zu 100.000 Euro werden in eine sogenannte Good Bank überführt, die der Bank of Cyprus angegliedert

wird. Auch für die Rekapitalisierung der Bank of Cyprus werden die Ansprüche der Aktionäre und nachrangiger Gläubiger in vollem Umfang herangezogen, Einlagen über 100.000 Euro in einer Größenordnung, dass eine Eigenkapitalquote von 9 Prozent erreicht wird. Dadurch hat sich im Übrigen in den letzten Wochen diese Verunsicherung in der Öffentlichkeit hinsichtlich unterschiedlicher Zahlen ergeben. Es gab unterschiedliche Berechnungen, wie viel es sein wird. Das ändert an dem Hilfsprogramm aber überhaupt nichts, weil von vornherein klar war: Mittel für die Rekapitalisierung der beiden Banken wird das Hilfsprogramm nicht umfassen. Deswegen sind die 10 Milliarden Euro als Obergrenze zu keinem Zeitpunkt bestritten worden.

Ich will noch einmal unterstreichen und wiederholen – das gilt nämlich auch für den weiteren Weg in Richtung Bankenunion in der Europäischen Union –: Es muss im Falle von Schieflagen von Banken eine klare Haftungsreihenfolge geben, zuerst die Eigentümer, dann die nachrangigen Fremdkapitalgeber, dann die Anleger unter Wahrung der gesicherten Einlagen und erst dann der Staat, in dem die Bank beheimatet ist, und am Ende notfalls auch die Staatengemeinschaft. Das ist die Haftungsreihenfolge, und an der darf auch beim Aufbau einer Bankenunion nichts geändert werden.

Für Deutschland ist dies übrigens nicht neu. Das ist im deutschen Restrukturierungsgesetz enthalten. Auch für Europa ist das nicht neu; denn es ist Inhalt der Restrukturierungsrichtlinie, die die Kommission vor einem Jahr vorgelegt hat und die sich jetzt im europäischen Rechtsetzungsprozess befindet.

Das Zypern-Hilfsprogramm war von Anfang an nicht unumstritten. Wie könnte es anders sein? Aber alle Bedingungen, die auch im Deutschen Bundestag für ein Hilfsprogramm gestellt worden sind, sind mit diesem Programm erfüllt. Der Bankensektor in Zypern wird vehement gesundgeschrumpft. Er wird unmittelbar zurückgeführt auf das Durchschnittsniveau der Euro-Zone, also auf das Dreieinhalbfache des Bruttoinlandsprodukts. Zypern wird seine Kapitalertragsteuer und seine Unternehmensteuern erhöhen. Es gibt klare Vereinbarungen zur Geldwäscheprävention im Rahmen eines laufenden Überprüfungsverfahrens, und es wird Reformen geben im zyprischen Renten- und Pensionssystem und im bisherigen System automatischer Lohnerhöhungen in Zypern; auch das ist wichtig, damit Zypern dauerhaft wettbewerbsfähig wird.

Russland hat übrigens angekündigt, die Anstrengungen Zyperns durch entsprechende Erleichterungen bei seinem laufenden Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden Euro zu unterstützen. Im Übrigen ist sicher-

gestellt, dass keine Mittel des Hilfsprogramms für die Rückzahlung des russischen Kredites verwendet werden können.

Der Internationale Währungsfonds wird sich an dem Programm beteiligen, vorbehaltlich der Zustimmung der entsprechenden Gremien des Internationalen Währungsfonds. Sie werden vermutlich Anfang Mai dieses Jahres ihre formelle Entscheidung treffen. Wir gehen von einer Mitfinanzierung in Höhe von 1 Milliarde Euro aus, wodurch sich dann der Anteil des ESM-Hilfsprogramms auf 9 Milliarden Euro begrenzt.

Bei Zustimmung des Deutschen Bundestages könnten im ESM die notwendigen Entscheidungen, um die Finanzhilfe für Zypern zu vereinbaren, in der kommenden Woche getroffen werden, sodass eine erste Tranche im Mai dieses Jahres ausbezahlt werden könnte. Aber Voraussetzung dafür ist die Umsetzung der in dem Memorandum of Understanding als vordringlich vereinbarten Maßnahmen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages wird entsprechend unserer Regelung fortlaufend über den Stand der Umsetzung der vordringlichen Maßnahmen unterrichtet werden und Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

In unserem Antrag bitten wir auch um Zustimmung des Bundestages zu der Programmänderung, die notwendig wird, weil Zypern den Antrag gestellt hat, bei künftigen Gewährleistungen nach der EFSF von seinem Haftungsanteil freigestellt zu werden. Im EFSF-Vertrag ist vorgesehen, dass Länder, die das Programm selber in Anspruch nehmen, bei künftigen Programmen nicht mithaften. Der deutsche Gewährleistungsanteil würde sich damit von 29,07 Prozent auf 29,13 Prozent erhöhen. Ich bitte auch insoweit den Bundestag um Zustimmung.

Schließlich bitten wir um Zustimmung zur Verlängerung der Laufzeit der laufenden Darlehen für Portugal und Irland. Beide Länder, Irland und Portugal, haben in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um ihre Haushalte zu konsolidieren, ihre Bankensektoren zu stabilisieren und ihre Wirtschaften wieder wettbewerbsfähig zu machen. Sie erfüllen die Programmauflagen der Troika. Sie sind auf einem guten Weg. Irland steht unmittelbar vor der Rückkehr an die Kapitalmärkte. Portugal hat zwar durch eine Entscheidung seines Verfassungsgerichts Maßnahmen von 1,3 Milliarden Euro für verfassungswidrig erklärt bekommen, hat aber inzwischen gleichwertige Maßnahmen beschlossen. Das verdient unsere Anerkennung. Beide Länder sind auf dem richtigen Weg. Sie zei-

gen, dass die Programme funktionieren.

Nun ist es wichtig, dass wir in dieser entscheidenden Phase die Erfolge beider Länder nicht aufs Spiel setzen. Deswegen hat die Troika empfohlen, für beide Länder die Laufzeit der Programme zu verlängern. Das bedeutet keine Erhöhung der Programmvolumina, aber es sichert eben die Rückkehr an die Märkte für beide Länder. Ich bitte den Bundestag um Zustimmung. Ich weise im

Der Weg ist anstrengend, er ist nicht ohne Risiken, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Übrigen darauf hin, dass nicht nur die EFSF-Kredite verlängert werden sollen, sondern auch die europäischen Kredite. Alle Finanzminister der EU 27 haben einstimmig auch eine Verlängerung des EFSM-Kredits für

beide Länder empfohlen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will eine allgemeine Bemerkung hinzufügen: Gerade wir – in unserem Land spüren wir die Euro-Krise im Alltag ja nicht so sehr – sollten uns bei der Beratung dieses Hilfsprogramms für Zypern wieder einmal ins Gedächtnis rufen: Die Menschen in Griechenland, in Spanien, in Italien, in Portugal und jetzt in Zypern erleben eine schwere Zeit. Damit ihre Länder eine bessere Zukunft haben können, müssen sie durchgreifende Reformen ertragen, erleiden, durchstehen. Es gibt keinen Weg, der daran vorbeiführt. Aber es ist ein schwerer Weg für die Menschen in den betroffenen Ländern. Dies muss man gerade in den Ländern, in denen es den Menschen besser geht, gelegentlich der Öffentlichkeit ins Gedächtnis rufen.

Die Anpassungsprozesse führen zum Erfolg. Das zeigen die bisher eingetretenen Entwicklungen. Auch die EZB hat in diesen Tagen wieder angemahnt, dass in den Bemühungen nicht nachgelassen werden dürfe; eingetretene Erfolge dürften nicht zu einem Nachlassen der Bemühungen führen. Es gibt keine tragfähige Abkürzung auf diesem Weg. Die Probleme in diesen Ländern haben eine längere Geschichte. Diese lassen sich über Nacht nicht heilen.

Aber natürlich müssen wir insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern in Europa bekämpfen. Denn es ist eine Katastrophe, wenn 30, 40 Prozent der jungen Menschen dauerhaft ohne Chancen auf einen Arbeitsplatz sind.

Deswegen ist es gut, dass der Europäische Rat 6 Milliarden Euro für Programme in den nächsten sieben Jahren bereitgestellt hat. Dieses Geld muss jetzt von den nationalen Regierungen für die junge Generation klug eingesetzt werden.

Auch die Europäische Investitionsbank – wir haben das in der vergangenen Woche in Dublin ausführlich erörtert – tut vieles für nachhaltiges Wachstum in Europa. Sie setzt

bis 2015 zusätzlich 60 Milliarden Euro zur Förderung von Investitionen ein. Zusammen mit Partnern und der Mobilisierung privater Gelder werden damit insgesamt 180 bis 200 Milliarden Euro mobilisiert werden. So werden alleine in diesem Jahr für kleine und mittlere Unternehmen über 15 Milliarden Euro an Krediten auf den Weg gebracht werden.

Deswegen sage ich: So hart die Anpassungsprozesse in den Ländern auch sind: Die positiven Auswirkungen zeigen sich. Die Haushaltsdefizite sinken. Sie sind in den letzten drei Jahren in der Euro-Zone im Durchschnitt halbiert worden. Die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer der Europäischen Union haben sich in den letzten Jahren reduziert. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte gehen zurück. Die Ausfuhren in Südeuropa steigen. Auch Griechenland hat in den letzten Monaten seine Ausfuhren in Drittländer deutlich gesteigert.

Eine aktuelle DIHK-Studie zeigt übrigens: Deutsche Firmen investieren wieder stärker in den Krisenstaaten Europas. Sie sehen die Reformanstrengungen und die Erfolge.

Die Europäische Kommission rechnet mit einer Wende zum Besseren bei den Konjunktur- und Wachstumsindikatoren, in einigen Ländern schon in diesem Jahr, auch bei der Beschäftigung. Übrigens: Auch in Griechenland geht der Arbeitsmarkt nicht weiter zurück, sondern verbessert sich auf niedrigem Niveau langsam. Für nächstes Jahr wird der Turnaround in allen Ländern erwartet.

Was noch wichtiger ist: Die Bürgerinnen und Bürger Europas stehen gerade auch in den Krisenländern – sie haben es in Wahlen wieder und wieder bewiesen – zu unserer Gemeinschaftswährung. Auch in Deutschland hat es einen Stimmungsumschwung gegeben. Vor ein paar Jahren hat noch jeder zweite Deutsche am Euro gezweifelt. Nach einer aktuellen Umfrage sind nun 70 Prozent für die gemeinsame europäische Währung. Das ist eine beachtliche Verbesserung.

Die Menschen sehen: Der Weg ist anstrengend, er ist nicht ohne Risiken, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Die Menschen in Deutschland wissen: Ohne die großen Erfolge wirtschaftlicher Integration, ohne die große stabilisierende Wirkung einer gemeinsamen Währung, von der wir am meisten profitieren, hätten wir unseren Wohlstand, unsere Leistungsfähigkeit, unsere hohe Beschäftigung, unsere soziale Sicherheit nicht erreicht und wären diese für die Zukunft nicht zu sichern. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie auf diesem schwierigen Weg weiter um Ihre Unterstützung. Ich bitte um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 15. bis 19. April 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Ablehnung

Gesundheit „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Anti-D-Hilfegesetzes (Fraktion Die Linke, 17/5521);

Antrag „Betroffenen Frauen nach dem Anti-D-Hilfegesetz zu mehr Verfahrenssicherheit und Transparenz verhelfen“ (SPD-Fraktion, 17/10645, 17/13138);

Bildung und Finanzen Antrag „EU-Bildungsprogramme modernisieren und ausbauen – Mobilität und Austausch im Lebenslangen Lernen für eine integrationsfördernde europäische Bildungspolitik erweitern“ (SPD-Fraktion, 17/9575, 17/13078); Verteidigung Antrag „Landbeschaffungsgesetz überprüfen“ (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 17/12195, 17/12741).

Zustimmung

Recht „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im notariellen Beurkundungsverfahren“ (Bundesrat, 17/12035, 17/13137);

Haushalt „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes“ (Bundesregierung, 17/12640, 17/13114).

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD:

Das Ziel müsste ein einheitliches europäisches Steuerrecht sein



Frank-Walter Steinmeier *1956
Wahlkreis Brandenburg an der Havel –
Potsdam-Mittelmark I – Havelland III –
Teltow-Fläming I

Meine Fraktion wird dem europäischen Rettungspaket heute zustimmen, nicht nur weil wir zu Europa und zum Euro stehen, sondern auch weil der Entwurf – jedenfalls in seiner jetzigen Form – trotz all dem, was noch offen ist, an drei entscheidenden Stellen durchaus auch unsere Handschrift trägt:

Erstens. Wir Sozialdemokraten haben immer gesagt: „Der einfache Steuerzahler darf am Ende nicht der Dumme sein“, und: „Bei der Rettung angeschlagener Banken müssen die Lasten fairer verteilt werden.“ Das geht in der Tat nicht ohne eine angemessene Beteiligung der Banken, ihrer Eigner und ihrer Gläubiger.

Wenn die Menschen in Spanien, in Griechenland, in Frankreich, in Deutschland das Gefühl haben, dass in diesem Europa pausenlos gegen elementare Grundsätze von Fairness und Gerechtigkeit verstoßen wird, dann – da können Sie, Frau Merkel und Herr Schäuble, noch so schöne Gipfelbilder machen lassen – gerät Europa in ernsthafte Gefahr. Anders gesagt: Eine Europäische Union, die gegen elementare Grundsätze von Fairness und Gerechtigkeit verstößt, wird uns um die Ohren fliegen oder rechten Populisten und Nationalisten in die Hände fallen. Das zukünftige Europa wird ein gerechtes Europa sein – oder es wird nicht sein, meine Damen und Herren.

Die rechte Seite dieses Hauses hat sich lange gegen Argumente von uns gewehrt: Sie waren gegen eine Finanzmarktbesteuerung – wir mussten Sie dazu zwingen. Sie waren gegen eine Heranziehung großer Vermögen – wir mussten Sie dazu zwingen. Und Sie sind immer noch gegen die Beteiligung der Banken an einem Bankensicherungsfonds, wie Peer Steinbrück ihn entworfen hat. In Zypern haben wir

nun zumindest eine Gläubigerbeteiligung. Wir haben bei der Gläubigerbeteiligung einen ersten Einstieg geschafft. Deshalb ist das auch ein Erfolg für uns, meine Damen und Herren.

Zweitens. Wir Sozialdemokraten sind solidarisch mit Zypern; aber wir sind nicht solidarisch mit einem Geschäftsmodell, das darauf beruht, dass man sich selbst zu einem Paradies für Steuerhinterzieher und Geldwäscher erklärt.

Mit der Schließung der Laiki Bank und mit der Umstrukturierung der Bank of Cyprus wird der künstlich aufgeblähte zyprische Bankensektor zusammengeschrumpft. Zypern hat sich außerdem bereit erklärt, seine Gesetze gegen Geldwäsche – vor allen Dingen die Umsetzung dieser Gesetze – jetzt durch eine internationale Gutachterkommission bewerten zu lassen.

Mindestens das war erforderlich. Das ist ein zweiter wichtiger Erfolg. Nur, wir müssen natürlich jetzt europäisch und auch von Deutschland aus darauf achten, dass es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleibt.

Auf die Haltung von Union und FDP bei Geldwäsche und Steuerhinterziehung komme ich am Ende noch zurück.

Drittens. Wir Sozialdemokraten sagen: Solidarität braucht Fortschritte bei der gemeinsamen Steuerpolitik, gerade bei der Unternehmensbesteuerung. Warum? Weil Steuerdumping, Unternehmensteuersätze von 10 Prozent oder gar noch darunter aus unserer Sicht in Europa nicht hinnehmbar sind, und wir werden das auf Dauer auch nicht hinnehmen.

Das Ziel müsste natürlich ein einheitliches europäisches Steuerrecht sein. Davon sind wir weit entfernt; aber immerhin ist es im Fall Zypern zum ersten Mal gelungen, die absolute Höhe von Steuersätzen überhaupt zum Gegenstand einer europäischen Vereinbarung zu machen. 12,5 Prozent statt 10 Prozent, das ist nicht die Welt, das ist nicht viel, das ist nicht genug; aber der Anfang ist gemacht. Ich sage: Nationale Dumpingsteuersätze anzusprechen, darf kein europäisches Tabu sein.

Sich ein paar Jahre ein leichtes Leben machen und dann die Solidarität von Steuerzahlern aus der Nachbarschaft einfordern – das geht eben nicht, das kann nicht funktionieren. Deshalb sage ich: Auch die Anhebung der Steuern in Zypern ist eine Strukturreform. Es ist eben eine

Strukturreform, wenn jeder Staat seine eigenen Bürger mit den notwendigen Steuern belastet. Das – und nicht nur Einschnitte ins Sozialleistungssystem – gehört zu einer Strukturreform.

Ja, wir werden diesem Paket zustimmen. Missverstehen Sie uns aber nicht: Das ist keine Zustimmung zu Ihrer Art von Krisenmanagement, die wir in den letzten Wochen noch einmal erlebt haben.

Das, was wir hier gesehen haben, die Einbeziehung der Kleinanleger, die Sie, Herr Schäuble, entweder gefordert oder am Ende jedenfalls mitgetragen haben, war Dilettantismus. Das war ein Riesenfehler und hat europaweit Angst und Verunsicherung mit sich gebracht. Erst nach langem und quälendem Hin und Her ist es gelungen, zu der Einigung zu kommen, die jetzt mit diesem

Die Wirtschaft in Europa wird weiter schrumpfen, während die Weltwirtschaft um 3,5 Prozent wächst.

Rettungspaket vorliegt. Bei allem Verständnis, Herr Schäuble, für die Schwierigkeiten in Europa, in solchen Fragen einen Konsens zu finden: Das war eine erbärmliche Vorstellung des Europäischen Finanzministerrates, und Sie haben dabei keine gute Rolle gespielt.

Ich hoffe, dass die meisten ahnen – auch die Beteiligten in der Regierung –, dass der Weg zu der wirklichen Lösung der europäischen Krise noch verdammt lang und beschwerlich sein wird. Ich habe das aber Ihren Äußerungen eben nicht entnehmen können, Herr Schäuble. Sie haben nämlich gesagt, es sei alles auf einem guten und richtigen Weg. Ich finde, die deutsche Regierung sitzt hier zu häufig auf dem hohen Ross. Ihr Angebot ist: Wenn alle den deutschen Weg gehen, dann wird das schon irgendwie richtig sein.

Ich sage ja auch: Natürlich geht es in Deutschland besser als in vielen europäischen Staaten, und ich sage Ihnen vor allen Dingen: Darüber freuen wir uns mehr als andere in diesem Hohen Haus. Aber die ganze Wahrheit ist: Die Beteiligten auf der Regierungsbank haben den geringsten Anteil daran, dass es in Deutschland besser geht.

Jedenfalls darf die Tatsache – das ist mir sehr ernst –, dass es uns im Augenblick besser geht als anderen, nicht dazu führen, dass wir sagen: Lasst mal die anderen machen. Bei uns in Deutschland ist die Arbeit ja im Wesentlichen getan.

Herr Schäuble, Sie haben in Ihren Ausführungen eben nicht ein Mal den neuesten IWF-Bericht zitiert.

Der IWF hat gerade Aussichten veröffentlicht, die für uns höchst relevant sind. Dieser IWF-Bericht ist eine Art Weckruf für ganz Europa, aber ich hoffe, auch für uns.

Was steht in diesem IWF-Bericht über die Aussichten? Der Abstand Europas zu den USA wächst. Die USA gehen Schritt für Schritt den Weg aus der Krise, Europa stagniert. In solch einer Situation einfach nur auf das deutsche Vorbild zu verweisen, kann nicht genügen. Deutschland kann es doch auf Dauer nicht gutgehen, wenn unsere europäischen Partner ohne Wachstum und immer mehr ohne Hoffnung sind.

Deshalb sage ich: Es ist mehr als ein Fanal und kein Beweis dafür, Herr Schäuble, dass wir allesamt auf einem guten Weg sind, dass wir heute auch über die Verlängerung der Rückzahlungsfristen für Portugal und Irland entscheiden müssen. Das heißt doch nicht, dass der Weg im Prinzip schon gegangen ist, sondern das heißt, dass wir mit unseren Annahmen zu optimistisch waren – und wir sind es weiterhin.

Der IWF-Bericht, den ich zitiert habe, zeigt ganz klar: Der Euro-Raum bleibt in seiner Wirtschaftsentwicklung hinter den anderen Polen der Weltwirtschaft zurück: hinter den dynamischen BRIC-Staaten, was keinen überrascht, und hinter den USA, was wir inzwischen auch gelernt haben. Was aber keiner zur Kenntnis nimmt: Der Euro-Raum liegt mittlerweile sogar hinter Japan, einem Land, das wir immer als Stagnationsland in Erinnerung haben.

Wenn man jetzt einen Blick auf die aktuelle Situation in Europa wirft, dann sieht man: Die Wirtschaft in Europa wird weiter schrumpfen, während die Weltwirtschaft im Durchschnitt um 3,5 Prozent wächst; am stärksten natürlich die BRIC-Staaten, aber auch die USA mit 1,9 Prozent. Die Euro-Zone verliert zunehmend den Anschluss. Deutschland ist mit einer Wachstumsprognose – Herr Schäuble, auch das hätten Sie sagen können – von gerade einmal 0,4 Prozent, also keine riesige Prozentzahl, doch wirklich nicht mehr der Motor, der in Europa alles ziehen kann.

Deshalb sage ich Ihnen – das ist die Wahrheit –: Wachstum braucht Investitionen in den Krisenstaaten und auch bei uns. In den Krisenstaaten schrumpft die Investitionsrate im Augenblick dramatisch: in Griechenland um 5 Prozent, in Portugal seit Jahren im zweistelligen Bereich. Wenn Sie einmal genau hinschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Situation in Deutschland nur auf den ersten Blick rosig aussieht. Auch bei uns wurde bei der Investitionstätigkeit inzwischen der Rückwärtsgang eingelegt: fast 5 Prozent minus bei den Ausrüstungsinvestitionen in 2012. Dieser Trend setzt sich 2013 fort.

Herr Schäuble, diese Regierung hat die guten Jahre, die sie vielleicht

auch dank unserer Vorarbeit hatte, nicht genutzt. Diese Regierung verschläft die Zukunft in diesem Land. So einfach ist das.

Sie ignorieren eben, dass in diesem Lande ganz viel getan werden muss: bei Bildung und Ausbildung, bei der Sicherung der Fachkräftebasis, bei der Modernisierung der Infrastruktur, auch bei der Integration von Frauen ins Erwerbsleben; darüber werden wir nachher noch reden.

Seit dreieinhalb Jahren wird dieses Land, wie ich finde, weit unter seinen Möglichkeiten regiert. Sie belehren andere über die Notwendigkeiten von Reformen, die Sie selbst zu Ihren Regierungszeiten nie geschafft haben. Sie kümmern sich im eigenen Land nicht darum, etwas gegen die Wachstumsbremsen von morgen zu tun. Sie legen die Hände in den Schoß. Deutschland sollte Vorbild sein, aber – das sage ich Ihnen – nicht immer nur mit dem Zeigefinger des Oberlehrers, sondern gelegentlich auch einmal mit zupackender Hand im eigenen Land. Diese Hände haben Sie in Ihren beiden Hosentaschen!

Abschließend einige wenige Worte zum Thema Steuerhinterziehung. Ja, Zypern hat sich zum Steuerparadies erklärt. Das geht nicht gut. Peer Steinbrück hat recht, wenn er sagt: Steuerparadiese sind Gerechtigkeitswüsten. – Damit muss Schluss sein: in Zypern und im Rest Europas.

Herr Schäuble, Sie haben in diesem Kampf mit dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen von Anfang an aufs falsche Pferd gesetzt; das sage ich mit aller Deutlichkeit.

Sie haben die von uns regierten Länder dafür kritisiert, dass sie Steuer-CDs angekauft haben. Am Ende zeigt sich doch: Das war wahrscheinlich der einzig mögliche Weg. Wären Sie mit dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen durchgekommen, hätten sich am Ende die Steuerbetrüger ins Fäustchen gelacht. Heute kann von denen keiner mehr ruhig schlafen, weil er die Befürchtung haben muss, entdeckt zu werden.

Eigentlich muss an einem solchen Tag, Herr Schäuble, auch einmal der Satz fallen: In dieser Beziehung haben wir uns in der Regierung einfach geirrt.

Wenn heute in Europa gegen Steuerbetrug vorgegangen wird, wenn jetzt Länder wie Luxemburg und Österreich, was ich ausdrücklich begrüße, darüber nachdenken, die Abschaffung des Bankgeheimnisses ernsthaft anzugehen, dann hat das vor allen Dingen auch mit der Beharrlichkeit von Sozialdemokraten in Deutschland zu tun.

Ich sage Ihnen: Sie haben in den dreieinhalb Jahren, die Sie in der Regierung waren, die Chance nicht genutzt. Ich kann Ihnen voraussagen: In 157 Tagen wird sie nicht wiederkommen.

(Beifall bei der SPD)

Otto Fricke, FDP:

Es müssen Veränderungen im Denken und Handeln eintreten



Otto Fricke *1965
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ihre Sichtweise ist schon sehr interessant, Herr Steinmeier: Wir sind für alles Gute in der Welt zuständig. – Erinnern Sie sich noch an die letzte Bundestagswahl und daran, was die Bevölkerung Ihnen gesagt hat: Ihr könnt es nicht; ihr macht es falsch; ihr seid in Europa auf dem falschen Weg; ihr habt die falschen Länder in die Euro-Zone aufgenommen. – Das haben Sie mittlerweile selbst festgestellt. An Ihrer Stelle würde ich mir eher Gedanken darüber machen, welche Reformen denn notwendig sind, und nicht darüber reden, um wie viel Geld man die Bürger noch schröpfen kann.

Sonst würden Sie im Ergebnis dieselben Fehler machen wie die Länder, denen wir nun in europäischer Verantwortung helfen. Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, sich darüber Gedanken zu machen.

Die Bürger werden in den von Ihnen angesprochenen verbleibenden 157 Tagen bis zur Bundestagswahl erkennen, wer welche Leistung erbracht hat, und zu dem Schluss kommen: Das waren vier gute Jahre für Deutschland.

Die Bürger werden des Weiteren sagen: Wir wollen, dass die Politik dieser vier guten Jahre fortgesetzt wird, und zwar – da gehen wir sicherlich überein – mit notwendigen Reformen. Der Wähler als Souverän wird entscheiden. Dann werden wir sehen. Für den Wähler ist es sicherlich weniger interessant, von Ihnen zu erfahren: Ich war es auch, Herr Lehrer; ich habe es gut gemacht. – Vielmehr wird der Wähler fragen: Wer hat es tatsächlich gemacht?

Es fällt keinem leicht, bei Hilfsprogrammen zu sagen: Wir geben Garantien auf Milliardensummen. – Aber als verantwortungsvolle Europäer müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass es unsere Aufgabe ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, damit Veränderungen im Denken und Handeln eintreten. Zypern hätte es wesentlich leichter haben können,

wenn es früher erkannt hätte, dass es selber und damit die Bürger Zyperns Teil der Lösung sind. Wir müssen unseren Bürgern immer wieder sagen, dass in einem Europa, wie wir es wollen, auch Deutschland profitiert und Teil der Lösung ist. Dies zu vermitteln, ist Aufgabe der Politiker nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern.

Ich will für meine Fraktion ausdrücklich sagen, dass mir der Blick auf unser Nachbarland Frankreich besondere Sorgen bereitet. Dort glaubt man offenbar, dass die Verantwortung der Politik nur darin besteht, alles so zu lassen, wie es ist. Ich bitte darum und hoffe, dass das weitergegeben wird: Seht doch einmal, liebe Bürger in Europa, dass Länder, die sich unter schweren Anstrengungen reformieren müssen, am Ende besser dastehen als diejenigen Länder, deren Bevölkerungen ihren Politikern glauben, dass man nichts tun müsse. – Das ist die Aufgabe, und diese wird mit dem nun zu beschließenden Rettungspaket auch wahrgenommen.

Ich will das für die Bürger noch einmal deutlich darlegen. Wir tun etwas gegen Geldwäsche; ich glaube, darin

sind wir uns einig. Wir sind in der Lage, bei Haushaltskonsolidierung und Privatisierung wieder voranzugehen. Herr Steinmeier, Sie haben gesagt, die Körperschaftsteuer in Zypern werde nur um 2,5 Prozentpunkte erhöht. Aber eben einmal eine Ertragsteuer um 25 Prozent zu erhöhen, verlangt einem Land viel ab, weil sich dann die Strukturen verändern. Die Zyprioten machen das. Wir begrüßen das und halten das auch für richtig. Aber man hätte auch die Mehrwertsteuer erhöhen und die Pensionen kürzen können. All diese Belastungen gehören nun einmal dazu. All das verlangen wir, die Bundesrepublik Deutschland, für unsere Bereitschaft, Hilfe zu geben. Das ist die Aufgabe. Es geht um

Der Blick auf unser Nachbarland Frankreich bereitet mir Sorge.

Geben und Nehmen, um möglichst viel Freiheit, aber auch um möglichst viel Eigenverantwortung der betroffenen Länder.

Dass zusätzlich der Bankensektor in Zypern verkleinert wird, ist genau richtig. Die Bürger müs-

sen endlich wieder erkennen, dass das Geld, das man in einem Land anlegt, weil es beispielsweise um 0,5 Prozentpunkte höhere Zinsen bietet, nicht automatisch sicher ist.

Der Minister hat zu Recht darauf hingewiesen – dafür bin ich ihm ausdrücklich dankbar –: Höhere Zinsen bedeuten ein höheres Risiko.

Hier möchte ich einen Punkt ansprechen, Herr Steinmeier, bei dem ich große Bedenken habe. Alle Versuche der Sozialdemokraten, der Grünen und der Linken in Deutschland, aber auch in anderen Ländern

laufen am Ende immer auf eine Vergemeinschaftung der Schulden hinaus. Entweder sollen Euro-Bonds eingeführt oder Altschuldentilgungsfonds aufgelegt werden. Ein erneuter Vorstoß in Richtung Vergemeinschaftung kommt nun im Zusammenhang mit dem Bankenrettungsfonds.

Sie wollen nicht, dass jedes Land Rettungsfonds für seine Banken aufbaut, und zwar zusammen mit den betreffenden Banken – es ist klar, dass auch die Banken etwas dazu tun müssen –, sondern Sie sagen – das ist typisch für links –: Wir machen das europäisch.

Was wird die Folge sein? Herr Steinmeier, die SPD will einen europäischen Bankenrettungsfonds. Dann wird Gesamteuropa für die Banken haften.

Den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland muss klar gesagt werden, warum die Aussage der Bundeskanzlerin, dass die Einlagen der Bürger sicher sind, nicht nur zutreffend, sondern auch untermauert ist. Das Land Zypern konnte seinen Bürgern keine Garantie für ihre Einlagen bei den Banken mehr geben, weil es sich finanziell übernommen hat. Das Land Bundesrepublik Deutschland – weil es von dieser Bundesregierung gut geführt wird, weil wir gesamtstaatlich Überschüsse haben – ist der größte Garant für stabile Finanzen und sichere Ersparnisse. Diese garantieren wir nicht nur durch unsere Haushaltspolitik, sondern eben auch durch unsere heutige Zustimmung zu den Maßnahmen für Zypern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Woher soll Zypern denn die 13 Milliarden Euro nehmen?



Gregor Gysi *1948
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Nach Griechenland, Portugal, Spanien und Irland geht es nun um ein Rettungspaket für einen Großteil der Banken auf Zypern – nicht für die Bevölkerung, nicht für die Wirtschaft, sondern

wieder für die Banken. Laut Deutscher Bundesbank haben wir bisher rund 65 Milliarden Euro für die Rettungspakete für die Banken in Europa aufgewendet. Seit 2008 haben wir für die Rettung der deutschen Banken in Deutschland 285 Milliarden Euro aufgebracht. Wenn ich das addiere, komme ich auf einen Betrag von 350 Milliarden Euro. Die Frage ist: Wird dieses Geld je zurückfließen? Sie sorgen im Süden Europas dafür, dass diese Länder niemals in der Lage sein werden, das Geld zurückzuzahlen, und Sie trauen sich nicht, das ernsthaft von den Banken zu fordern.

Auch beim Rettungspaket für die zyprischen Banken haften wir wie bei Irland, Griechenland, Spanien und Portugal mit 27 Prozent, und zwar haften die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den Fall, dass diese Länder nicht in

der Lage sind, die Darlehen fristgerecht zurückzuzahlen. Alle Auflagen, die Sie erteilen – das gilt auch für Zypern –, führen zu einem Rückgang der Kaufkraft, zu einem Rückgang der Wirtschaft und damit auch zu einem Rückgang der Steuereinnahmen. Zypern und die anderen Länder werden deshalb nicht in der Lage sein, die Darlehen zurückzuzahlen. Wovon sollen denn dann die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Geld aufbringen? Es fehlt uns Geld für Kindertagesstätten, überhaupt für Bildung, für Gesundheit, für Investitionen, für Renten und Sozialleistungen.

Zypern braucht zur Rettung und zur Abwicklung von Banken 23 Milliarden Euro. 13 Milliarden Euro sollen die Zyprioten selbst aufbringen, 10 Milliarden Euro sollen als Darlehen dazukommen. Die Wirtschaftsleistung Zyperns liegt bei 17 Milliar-

den Euro. Woher sollen die denn 13 Milliarden Euro nehmen? Übrigens waren es zunächst nur 7,5 Milliarden Euro, und dann wurden es 13 Milliarden Euro. Weshalb? Weil die Reichen vor der Konteneinfrierung Tipps bekamen und ihr Geld noch aus Zypern abziehen konnten. Wer klärt das eigentlich einmal auf, auch die Tatsache, dass Angehörige des konservativen zyprischen Präsidenten dabei waren?

Das ist wirklich ein starkes Stück. Jetzt hat eine Beraterfirma festgestellt, dass die Beweismittel schon vernichtet worden sind. Das ist doch der Gipfel der Unverschämtheit, um das einmal ganz klar zu sagen.

Was verlangen die Troika und allen voran die Bundesregierung für die 10 Milliarden Euro, die als Darlehen vorgesehen sind? Sie verlangen wieder Privatisierungen, wieder Renten- und Lohnkürzungen und Entlassungen. Sie, Herr Fricke, haben gerade gesagt, dass das alles erforderlich sei. Nun wurde aber festgestellt, dass das zyprische Parla-

ment zustimmen muss. Im Unterschied zu unserem leistet dieses gelegentlich Widerstand. Also warten wir einmal ab, was dort passieren wird.

Aber zunächst – und das war eine wirklich dramatische Fehlentscheidung; da hat Herr Steinmeier recht – sollten, Herr Bundesfinanzminister, alle Sparerinnen und Sparer haften.

Die kleinsten Konten sollten herangezogen werden. Ich muss Ihnen eines sagen: Faktisch sollte die Einlagensicherung von 100 000 Euro abgeschafft werden. Aber was das Schlimmste ist:

Ich habe hier darüber gesprochen, und dann haben Sie mir vorgeworfen, dass ich die Sparerinnen und Sparer verunsichere. Nein, nicht ich verunsichere sie, sondern die Verunsicherung ist mit der Zustimmung der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers, jedes Konto in Zypern heranzuziehen, eingetreten.

Beim neuen Rettungspaket ist es so, dass die Anleger bei der Laiki Bank betroffen sind, die vollständig

Seit 2008 haben wir für die Rettung der deutschen Banken 285 Milliarden Euro aufgebracht.

abgewickelt werden soll. Hier sollen alle Sparguthaben über 100.000 Euro eingezogen werden. Das ist wohl rechtlich nicht ganz unproblematisch. Auf andere Aspekte komme ich noch zu sprechen.

Bei den anderen Banken soll ein Schuldenschnitt erfolgen, und zwar durch Einbehaltung von 60 Prozent der Sparguthaben über 100.000 Euro.

Aber trifft es wirklich die Vermögenden und die Reichen? Das wäre doch eine Chance. Nein! Die haben sich ja längst aus dem Staub gemacht.

Wer zahlt also nun für die Banken auf Zypern in Zypern selbst? Es sind vor allem die Pensionskassen, also die Rentnerinnen und Rentner mit ihren Ersparnissen; sie werden enteignet.

Die Gelder der Rentenkassen bei der abzuwickelnden Laiki Bank sind komplett weg. Bei den Verhandlungen mit der Troika versuchte die zypriische Seite, die Pensionskassen vor ihrer Enteignung zu schützen.

Aber die Troika lehnte dies kategorisch ab.

Bezahlen müssen die Krise auch die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, liebe FDP, für die Sie angeblich immer so kämpfen und die mehr als 100.000 Euro auf dem Konto hatten, um zum Beispiel Löhne und Vorleistungen zu bezahlen. Viele von ihnen müssen jetzt Konkurs anmelden. Sie gehen in Insolvenz. Sie müssen ihre Beschäftigten entlassen.

Die Anleger versuchen natürlich, so schnell wie möglich Zypern zu verlassen. Das stürzt Zypern in eine noch tiefere Krise.

Was, bitte, soll das alles, Herr Bundesfinanzminister? Was haben Sie, was haben wir davon? Als wir in Deutschland in einer solchen Situation waren, haben wir ein Konjunkturprogramm beschlossen. Von den anderen verlangen wir regelmäßig, alles abzubauen, bis die Krise sich noch deutlich verschärft.

Dann soll privatisiert werden. Ich nenne Ihnen die drei Beispiele: Die staatliche Telefongesellschaft, die staatlichen Häfen und die staatlichen Stromerzeuger sollen privatisiert werden. Diese Unternehmen aber haben Zypern Geld gebracht. Wenn die jetzt aus der Not heraus verbilligt verkauft werden müssen, fließt nie wieder Geld aus diesen Unternehmen an den Staat. Auch das macht es noch unwahrscheinlicher, dass Zypern die Darlehen zurückzahlen kann, und es macht es mit hin wahrscheinlicher, dass gerade und vornehmlich auch die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür haften.

Die Mehrwertsteuer wird von 17 auf 19 Prozent erhöht. Die Staatsangestellten müssen auf 14,5 Prozent ihrer Gehälter verzichten. Ab 2014 werden ihre Renten deutlich sinken.

Das gilt für die Kindergärtnerin, das gilt für den Müllfahrer. All diese Menschen müssen die Krise bezahlen, obwohl sie nichts damit zu tun haben.

Die EU prognostiziert infolgedessen in diesem Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in Zypern um 9 Prozent, im nächsten Jahr um weitere 4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird weit über die jetzige Rate von 15 Prozent hinaus explodieren. Diese Prognosen waren regelmäßig zu optimistisch. Sie werden es auch in diesem Falle sein.

Heute ist in der Süddeutschen Zeitung zu lesen, dass der gesamte Export der Autoindustrie in Nord- und Mitteleuropa rückläufig ist, und zwar um 10 Prozent und in Deutschland sogar um 13 Prozent. Merken Sie

denn nicht, dass Sie einen völlig falschen Kreislauf einleiten? Wir nehmen auch uns die wirtschaftlichen Chancen, wenn wir den Süden Europas derart verarmen, wie Sie das regelmäßig beschließen.

Ich habe einmal eine Frage: Wann haften eigentlich endlich die Banken für Banken? Was passiert denn, wenn ein Bäckermeister in Insolvenz gehen muss? Kommt da einer von dieser Regierung oder von SPD und Grünen und sagt: „Natürlich retten wir den armen Bäckermeister“? Keiner kommt! Auch bei Industrieunternehmen passiert das nicht. Nur bei den Banken können sich die Anteilseigner und die Eigentümer darauf verlassen. Sie können weltweit treiben, was sie wollen. Sie können zocken, wie sie wollen. Das spielt keine Rolle. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler übernehmen immer deren Entschädigung. Das ist nicht länger hinnehmbar.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Sparguthaben der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen kann man retten, aber nicht die Großaktionäre, nicht die weiteren Aktionäre und auch nicht sonstige Anteilseigner. Überall heißt es: Wenn sich ein Unternehmen verzockt hat, für das ich als Anteilseigner haften, habe ich eben Pech gehabt. Nur bei den Banken gilt das nicht. Das hat übrigens, meine liebe FDP, mit Marktwirtschaft gar nichts zu tun. Der Markt hört bei Banken auf, und das rügt die Linke. So weit ist es schon gekommen in Deutschland.

Was könnten wir also machen, damit die Banken haften? Ja, wir brauchen einen Bankenabwicklungsfonds, in den auch und in erster Linie die Banken einzahlen. Aber das wurde von der Bundesregierung verhindert. Ja, wir müssen etwas gegen die Kapitalflucht oder die Steueroasen tun. Es ist sehr schön, was Sie hier gesagt haben, Herr Steinmeier. Nur, in Ihrer Regierungszeit haben Sie nichts, aber auch gar nichts dagegen getan.

Es waren ja nicht die Finanzbehörden, sondern es war ein Netzwerk von Journalistinnen und Journalisten, das Datensätze von über 130.000 Millionärinnen und Millionären aus über 170 Ländern öffentlich machte und dabei feststellte, dass ein Vermögen von rund 24 Billionen Euro – das ist mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der ganzen Welt – vor den Steuerbehörden versteckt wird. Mein Gott! Und wenn eine Hartz-IV-Empfängerin einmal eine falsche Angabe macht und 10 Euro zu viel bekommt oder es zu einer leichten Lohnüberzahlung kommt, dann kümmern sich darum bei uns sofort irgendwelche Leute, und es gibt Sanktionen. Aber wenn Millionen und Milliarden versteckt werden, achtet überhaupt keiner darauf.

Wir forderten den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei, eines Steuer-FBI. Ich muss nun sagen, Herr Bundesfinanzminister: Ihr Staatssekretär hat sich ja, wahrscheinlich in Ihrem Auftrag, unserer Idee angeschlossen. Ich muss Ihnen noch etwas sagen, Herr Bundesfinanzminister: Wenn Sie sich viel häufiger und viel früher unseren Ideen anschließen, wären wir schon heraus aus der Krise.

Dr. Michael Meister, CDU/CSU:

Deutschland macht in Europa die richtige Politik



Michael Meister *1961
Wahlkreis Bergstraße

Lieber Herr Kollege Gysi, warum sind wir denn heute Morgen hier? Wir reden über Zypern. Zypern hatte über einige Jahre einen kommunistischen Staatspräsidenten, der an den internationalen Finanzmärkten gezockt hat, den großen Kapitalisten gegeben hat und dadurch sein Land in diese Situation gebracht hat, der dann neun Monate lang einen Antrag gestellt hat und sich jeglicher Problemlösung verweigert hat. Sie, Herr Gysi, führen mit Ihrer Truppe diesen Weg der Problemlösungsverweigerung heute hier fort. Das ist kommunistische Politik. Sie führt die Menschen in den Abgrund und ins Elend.

Wir schlagen vor, das Steuerrecht endlich dahin gehend zu reformieren, dass deutsche Staatsangehörige, ganz egal, wo sie wohnen, mit ihrem Einkommen in Deutschland steuerpflichtig werden. Dabei sind die im Ausland bereits gezahlten Steuern selbstverständlich von der Steuerschuld abzuziehen. Dasselbe muss für das gesamte Vermögen gelten, wenn wir endlich wieder eine Vermögensteuer erheben.

Wir hatten das hier schon einmal beantragt. Da waren Sie alle dagegen, auch die Grünen und die SPD. Wissen Sie, was Sie gesagt haben? Es sei zu bürokratisch. Das ist völliger Unsinn. Wir brauchen ein bisschen Bürokratie, um Steueroasen wirksam bekämpfen zu können.

Außerdem müssen wir Banken, die Kunden bei der Steuerflucht behilflich sind, die Lizenz entziehen; das ist ganz einfach. Wenn wir also sicherstellen, dass die Eigentümer der Banken, die Inhaber von Bankenanleihen vollständig zur Deckung der Verluste der Banken herangezogen werden, dann gibt es auch einen Weg aus der Krise.

Nun brauchen wir in Deutschland und Europa eine regelmäßige Vermögensteuer für ein privates Vermö-

gen von über 1 Million Euro und auch eine einmalige Vermögensabgabe. Warum trauen Sie sich nicht, das einzuführen? Mein Gott, eine Gesellschaft lebt nicht davon, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Wir brauchen hier eine Korrektur; selbst die Konservativen müssten einmal den Mut dazu aufbringen.

Jetzt sage ich als Letztes, an SPD und Grüne gerichtet: Sie werden ja wieder zustimmen. Klar, wie bei allen Rettungspaketen werden Sie auch diesmal wieder zustimmen. Damit sagen Sie aber – das müssen Sie dann auch rechtfertigen – Ja zur Enteignung der Rentnerinnen und Rentner in Zypern, Ja zum Sozialabbau in Zypern, Ja zur Lohnkürzung und zu einer völlig falschen Privatisierung in Zypern. Sie sagen auch Ja zur Entlassung von Leuten und zur Haftung auch und gerade der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland. Sie sagen Ja zur Bezahlung der Krise durch Unbeteiligte und Unschuldige.

Nur auf uns ist Verlass. Wir werden und können einem solchen Programm nicht zustimmen.

(Beifall bei der Linken)

Ich habe mich heute Morgen an dieser Debatte sehr erfreut; denn wir haben von allen Rednern, außer von Herrn Gysi, gehört, dass es Deutschland gut geht, dass wir die richtige Politik in Europa machen. Der Streit drehte sich deshalb nicht um die Fragen: Welche Politik muss für Deutschland gemacht werden? Welche Politik muss für Europa gemacht werden? Vielmehr hat Herr Steinmeier lediglich die Frage gestellt, ob für diese gute Politik die Opposition, die Koalitionsfraktionen oder die Bundesregierung verantwortlich sei. Ich glaube, wenn wir uns so breit einig sind, dass wir das Richtige tun, dann wäre es richtig, wenn wir das in der Zukunft genau so weiterführen.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Sie sind offenkundig auf dem richtigen Weg. Wir sollten auf diesem Weg weitergehen.

Wir haben heute früh auch gehört, wo die Sozialdemokraten noch Optimierungspotenzial sehen. Sie haben uns als Vorbild die USA genannt, Herr Steinmeier; Sie haben uns als Vorbild Japan genannt. In beiden Ländern wird der Weg gewählt, die Probleme durch Intervention der jeweiligen Zentralbank zu lösen. Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen! Wir sind der Meinung, dass die Zentralbank Geldpolitik machen sollte

und wir als Politiker Finanzpolitik machen sollten. Staatsanleihenkäufe durch die Zentralbank sind nicht die Lösung, die wir wollen. Das ist ein massiver Unterschied zu dem, was Sie hier heute früh verlangt haben, Herr Steinmeier.

Japan und die USA als Vorbild? In beiden Ländern wird die Staatsverschuldung momentan in astronomische Höhen getrieben. Japan liegt im nächsten Jahr bei etwa 250 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts, die Vereinigten Staaten liegen im nächsten Jahr bei etwa 110 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Ist das denn ein Vorbild, wo wir in Griechenland und in anderen Fällen gelernt haben, dass übertriebene Staatsverschuldung ins Elend führt? Lieber Herr Steinmeier, ist das wirklich der Weg, den wir gehen sollten? Ich sage: Nein. Wir brauchen für die künftigen Generationen, für ein stabiles Europa seriöse, stabile, nachhaltige Staatsfinanzen. Da geht Ihr Vorschlag eindeutig in die falsche Richtung.

Eine letzte Bemerkung zum Thema „USA als Vorbild“. Es gibt da eine ganz enge Beziehung; ich finde das ganz toll. Die wesentliche Perspektive der USA kommt aus der

Fortsetzung von Seite 5: Dr. Michael Meister (CDU/CSU)

Energiepolitik. Die USA werden Fracking massiv vorantreiben, um sich energiepolitisch wesentlich günstigere Konditionen zu verschaffen. Wenn Sie der Meinung sind, das sei der richtige Weg, nehme ich das zur Kenntnis. Wir sind der Meinung, dass wir beim Thema Fracking einen verantwortungsvollen Weg gehen sollten und nicht einen Weg, der möglichst schnell möglichst viel Geld in unsere Kasse bringt.

Ich darf für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklären, dass wir die fünf Entscheidungen, zu denen das Bundesfinanzministerium den Deutschen Bundestag in dem heute vorliegenden Antrag um Zustimmung bittet, unterstützen werden, und zwar deshalb, weil wir glauben, dass wir an dieser Stelle auf dem richtigen Weg sind.

Man kann natürlich über die Größe Zyperns diskutieren, darüber, ob eine Volkswirtschaft wie Zypern die Finanzstabilität in Europa gefährden kann. Wenn man die Vernetzung des Finanzsystems von Zypern in andere Länder, speziell nach Griechenland, sieht, wenn man betrachtet, in welcher Lage andere europäische Länder mit einem Rettungsprogramm, nämlich etwa Irland, Portugal und Spanien, momentan sind – sie sind eigentlich auf einem guten Weg, ihre Probleme zu lösen –, ist doch die Frage: Sollen wir diese Länder in neue Gefahren stürzen, indem wir jetzt plötzlich Nein sagen? Sollen wir in ganz Europa eine Debatte darüber beginnen, welche Länder möglicherweise auch nicht gestützt werden? Wir haben es in den vergangenen Monaten doch geschafft, massives Vertrauen in die europäische Politik zu erzeugen. Alle in der Welt glauben: Die Europäer werden den Euro stabilisieren und die Probleme lösen. – An dieser Stelle ist es richtig, dass wir eindeutig sagen: Ja, Zypern muss jetzt gestützt werden, um die

Finanzstabilität in der Euro-Zone insgesamt zu erhalten. Deshalb sagen wir an dieser Stelle ein klares Ja.

Es gibt in unserem Land eine Diskussion darüber, ob die fünf Entscheidungen, die wir heute treffen wollen, an einem Tag hier im Parlament diskutiert werden können oder ob sie nicht nacheinander diskutiert werden müssten. Wir haben uns beim Europäischen Stabilitätsmechanismus als Deutscher Bundestag wesentlich größere Mitbeteiligungsrechte gesichert, als dies vorher bei der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität der Fall war. Zypern hat seinen Antrag noch nach den Regeln der EFSF gestellt, weil der ESM zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen war; es gab lediglich eine Diskussion dazu. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir über das, was das Bundesministerium der Finanzen hier vorschlägt, nämlich über das Ob eines Hilfsprogramms und über den Inhalt eines Hilfsprogramms, also das Wie, am heutigen Tag gemeinsam entscheiden können und dass dies durchaus den Regeln der Mitbestimmung des Deutschen Bundestages entspricht, meine Damen und Herren.

Herr Steinmeier hat die Frage der Gerechtigkeit aufgeworfen. Beim Thema „Gerechtigkeit in Europa“ muss man, glaube ich, sehr deutlich die Frage stellen: Was ist denn gerecht? Wir haben drei Alternativen. Die eine Alternative wird uns momentan außerhalb des Parlaments vorgetragen, nämlich die Zerschlagung des Euro-Raums, die Auflösung der Währungsunion. Da kann man einmal die Kosten betrachten. Es sind uns in den vergangenen Monaten immer die TARGET-

Salden der Europäischen Zentralbank vorgehalten worden: knapp 800 Milliarden Euro. Sie sind übrigens momentan im Rückgang begriffen, weil sich die Lage entspannt. Momentan ist es aber nur eine Buchungsposition. Wenn man den Wahnsinn der Auflösung wirklich begehen würde, würde aus der Buchungsposition schlagartig ein Verlust werden.

Ist das denn ein Gewinn für Deutschland? Glauben wir, unseren Export, der zu zwei Dritteln in die

Euro-Zone geht, tatsächlich mit einer deutlich stärkeren Währung massiv schwächen zu müssen und dadurch ein bisschen weniger Wachstum und etwas höhere Arbeitslosenzahlen in Deutschland zu or-

ganisieren? Trägt dies zum Wohlstand, zur sozialen Sicherheit in unserem Land wirklich bei? Ich sage: Nein. Wir tun mehr für Wohlstand, mehr für Arbeitsplätze, mehr für unsere nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Euro-Raums. Deshalb scheidet für uns diese Alternative aus, meine Damen und Herren.

Die andere Alternative wird von den Sozialdemokraten und vom Bündnis 90/Die Grünen aufgemacht. Das umschreibt Herr Steinmeier mit dem Begriff „Gerechtigkeit“. Ist es denn gerecht, dass die zypriische Regierung auf nationaler Ebene ein Geschäftsmodell wählt und wir in Deutschland dafür über eine gemeinsame Haftung am Ende die Rechnung bezahlen?

Dazu sage ich: Nein. Der, der entscheidet, muss auch die Verantwortung tragen.

Deshalb müssen wir, wenn national entschieden wird, auch national

die Verantwortung wahrnehmen. Das richtet sich nicht dagegen, dass wir Solidarität üben; aber das Verantwortungsprinzip „Entscheidung und Haftung in einer Hand“ muss gelten.

An dieser Stelle sehen wir einen zentralen Unterschied zu Rot-Grün. Sie sagen: Jeder trifft seine Entscheidungen, aber am Ende wird die Rechnung gemeinsam bezahlt. – Das ist nicht gerecht, das ist unverantwortlich, weil es zulasten der Menschen in Deutschland geht, die diese Rechnung bezahlen müssen.

Die Euro-Zone ist handlungsfähig – das haben wir in den vergangenen Monaten gezeigt –, und das glauben auch die Beobachter aus dem In- und Ausland.

Jetzt will ich etwas zum Thema Gläubigerbeteiligung sagen. Herr Steinmeier hat hier vorgetragen, die Opposition hätte uns dazu treiben müssen. Ich will ihm seinen Glauben lassen; aber ich will auch darauf hinweisen, dass wir seit dem 1. Januar 2011 in der Bundesrepublik

Deutschland ein Restrukturierungsgesetz haben, in das wir genau dies hineingeschrieben haben, nämlich dass es zu einer Beteiligung der Gläubiger der Banken und der Eigentümer der Banken kommt. Das heißt, wir haben das für uns in Deutschland vor über zwei Jahren gesetzlich geregelt. Deshalb ist es auch nicht unangemessen, wenn wir jetzt in Zypern von anderen eine Gläubigerbeteiligung nach genau diesen Prinzipien einfordern, meine Damen und Herren.

Zum Thema Geldwäsche möchte ich sagen: Ja, aus meiner Sicht ist es eine Schweinerei, wenn Steuern hinterzogen werden, und, lieber Herr Gysi, es ist auch eine Schweinerei, wenn Sozialbetrug begangen wird. Beides ist gegenüber dem ehrlichen Steuerzahler in diesem Land nicht zu verantworten.

Da sage ich nicht: Der eine ist besser als der andere, sondern beides ist für jemanden, der in diesem Land rechtstreu ist, nicht akzeptabel und kann von uns nicht akzeptiert werden.

Deshalb freue ich mich, wenn jetzt Luxemburg und Österreich Signale senden, indem sie sagen, dass wir im Bereich der Kapitalertragsbesteuerung in Europa nicht nur bei den Zinsen, sondern bei allen Kapitalerträgen und beim Informationsaustausch näher zusammenkommen sollten. Diese Bewegung wird auch über die EU-Zone hinaus, über Europa hinaus, dazu führen, dass wir bei Kapitalerträgen gemeinsam zu einer besseren Bekämpfung der Hinterziehung kommen.

Es ist richtig, dass Herr Schäuble die Frage der Gestaltungen im Bereich der Unternehmen thematisiert hat und dass wir auch dort versuchen, auf den Ebenen von G 7

und G 20 zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, um diese Modelle in die Vergangenheit zu befördern und an dieser Stelle in Zukunft zu einer fairen Besteuerung zu kommen. Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir müssen ihn konsequent gehen.

Jetzt komme ich zum Steuerabkommen. Lieber Herr Steinmeier, beim Zustandekommen des Steuerabkommens mit der Schweiz hätten wir zur Stunde über 2 Milliarden Euro in den deutschen Steuerkassen, nämlich durch die Abgeltungen derjenigen, die in der Vergangenheit dort unterwegs waren.

Diese 2 Milliarden Euro haben die SPD und die Grünen dem deutschen Steuerzahler genommen, indem sie nicht zugestimmt haben.

Sie haben sich als Sozialdemokraten zum Anwalt der Steuerhinterzieher gemacht.

Sie haben mit Ihrem Abstimmungsverhalten Steuerhinterzieher in Deutschland geschützt. Sie sollten sich nicht hierhin stellen, große Reden gegen Steuerhinterziehung halten und dagegen stimmen, wenn entsprechende Gesetze auf dem Tisch liegen.

In Zypern muss das Geschäftsmodell geändert werden. Es kann nicht sein, dass das große Zocken an den Kapitalmärkten von Zypern weitergeführt wird. Deshalb sagen wir Zypern nicht, dass sie abbauen müssen. Zypern muss sein Geschäftsmodell umbauen. Es braucht ein nachhaltig tragfähiges Geschäftsmodell für seine Volkswirtschaft. Das steht jetzt auch im Memorandum of Understanding, über das wir heute befinden. Es kann nicht das Verhalten weitergeführt werden, das zu diesem Unglück geführt hat. Deshalb werden wir diesen Umbau begleiten, wenn Zypern bereit ist, diesen Weg zu gehen.

Ich hoffe, dass die Kollegen im zypriischen Parlament dies auch so sehen und unterstützen. Ich hoffe, dass das, was ich eben gesagt habe, auch verstanden wird. Bei dem Thema Staatsbürgerschaften mache ich mir etwas Sorgen, ob das, was ich gerade formuliert habe, schon von allen verstanden worden ist. Deshalb muss hier möglicherweise noch etwas Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Zum Abschluss einen herzlichen Dank an Herrn Schäuble. Denn das Verhandlungsergebnis, das uns vorliegt und das wir als Erfolg bewerten, war nicht trivial, wenn man hört, dass lediglich der Internationale Währungsfonds an der deutschen Seite stand und wir unsere Position gegen viele Widerstände erreichen mussten. Herzlichen Dank! Ich glaube, wir können diesem Ergebnis heute mit Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die kommunistische Politik führt die Menschen in den Abgrund und ins Elend.

Das Verantwortungsprinzip „Entscheidung und Haftung in einer Hand“ muss gelten.



Zypern hofft, dass derartige Proteste nicht dem Tourismus im Land schaden.

Renate Künast, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Schnüren des Zypern-Pakets hat die Menschen verunsichert



Renate Künast *1955
Landesliste Berlin

Nach den gehaltenen Reden weiß ich nicht, ob ich mehr von den Voodoo-Reden von Herrn Fricke und Herrn Meister beeindruckt sein soll. Diese Voodoo-Reden hatten ein bisschen den Inhalt: Diese Bundesregierung hat alles gut gemacht und ist schon eine tolle Truppe. - Das haben wir so aber nicht wahrgenommen.

Oder soll ich beeindruckter sein von den Pirouetten, die Gregor Gysi vollzogen hat? Es gab kein wirkliches Wort zur Frage des zyprischen Geschäftsmodells, das beendet werden muss. Es gab in Ihrer Rede kein Wort - jetzt gerade ein bisschen - zum vorherigen kommunistischen Präsidenten, stattdessen nur lauter wilde Dinge. Ich muss sagen, Gregor Gysi: Du bist ein wenig herumgehüpft wie Robin Hood in Sherwood Forest, der Rächer der Witwen, Waisen und Rentner. Leider war das ungetrüb von jeglicher Sachkenntnis.

Dann kommt die Rolle irgendwann einmal an ihr Ende: In das Hilfspaket, dem die Linke gleich nicht zustimmen wird, sind nämlich 400 Millionen Euro eingestellt, um die Renten abzusichern. Wer solch eine Robin-Hood- und Sherwood-Forest-Rede hält, müsste eigentlich zustimmen, zumindest einem Teil des Pakets.

Meine Damen und Herren, Ich sage ganz selbstbewusst: Es ist auch deshalb gut geworden, weil wir Grüne Druck gemacht haben und von Anfang an gesagt haben: Zu den alten Bedingungen werden wir nicht zustimmen. - Es ist richtig, dass wir jetzt die Beteiligung der Gläubiger, der Einlegerinnen und Einleger von über 100.000 Euro in das Rettungspaket integriert haben, weil es heißen muss: Wer vorher

den Profit aus einem Geschäftsmodell gezogen hat, muss dann auch die Last tragen.

Es ist richtig, dass der überbordende zyprische Bankensektor jetzt geschrumpft wird, auch wenn wir wissen: Dies hat Folgen im sozialen Sektor. Darauf müssen und werden wir achten. Es ist richtig, dass wir zur Erhöhung der Unternehmenssteuern kommen und versuchen, dem Steuerdumping eines Mitgliedstaats ein Ende zu setzen. Da ist Zypern im Übrigen nicht alleine. Wir setzen in Europa auf der einen Seite auf Solidarität; auf der anderen Seite wird Steuerdumping immer noch praktiziert.

Meine Damen und Herren, wir stimmen dem Paket nicht nur aus den genannten Gründen oder aus solidarischen Gründen zu, sondern auch, weil wir wissen, dass Zypern für die Stabilität und Sicherheit der Region wichtig ist.

Ich muss aber feststellen - deshalb habe ich gerade gesagt: „nach einigen Irrungen und Wirrungen“ - : Diese Bundesregierung hat sich nicht mit Ruhm bekleckert. Eigentlich haben Sie den Start beim Schnüren des Zypern-Pakets ein Stück weit verhunzt. Ich frage mich schon: Wo waren eigentlich Frau Merkel und Herr Schäuble, als in der ersten Verhandlungsrunde

die Beteiligung von Vermögen auch unter 100.000 Euro mit in der Debatte war? In jener Nacht hätte es eigentlich heißen müssen: Wir bleiben bei der Grenze von 100.000 Euro, und für alles darunter garantieren wir.

Meine Damen und Herren, auch dort haben Sie durch ein zu spätes Agieren Irrungen, Aufruhr und Probleme mit verursacht. Das Problem besteht darin, dass es mittlerweile in ganz Europa ein Misstrauen hinsichtlich der Sicherheit selbst kleinster Ersparnisse gibt. Ich glaube, eines wissen wir: Dies ist der negative Teil der ganzen Verhandlungen über das Zypern-Paket, der sich auf viele andere Bereiche auswirkt.

Man kann sagen: Es gibt eine europaweite Vertrauenskrise. Herr Schäuble, da reicht es nicht, hier jetzt zu sagen - Sie haben das gerade gemacht -: Die Menschen in Deutschland wissen um die Bedeutung der Europäischen Union für Deutschland. - Sie haben gesagt: 70 Prozent wollen weiterhin den Euro. Herr Schäuble, es gibt aber auch andere Zahlen: Laut Eurobarometer hatten schon Ende letzten

Jahres nur noch 33 Prozent der befragten Europäerinnen und Europäer Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union. Das war der zweitniedrigste Wert seit 2004.

Dazu gehört auch, dass es in Europa, mit der AfD mittlerweile auch in Deutschland - Herr Meister hat es angesprochen -, ein Wachstum europakritischer Parteien gibt, die sagen: „Raus aus der Euro-Zone!“, die sich in einer Situation, die gar keine Alternative dazu kennt, in der Euro-Zone zu bleiben, als populistische Alternative aufbauen. Da reicht es nicht, Herr Schäuble, ein bisschen mantramäßig festzustellen: Die Menschen wissen schon um die Bedeutung der EU. Ich sage Ihnen: Die Menschen sind auch nach dem Schnüren des Zypern-Pakets verunsichert und fragen sich trotz alledem: Wie soll es eigentlich mit der Europäischen Union weitergehen? Ich muss sagen: Sie sind heute, aber auch in den letzten Mo-

naten die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben.

Wir erwarten mehr als ein Betschwören einzelner Formeln. Wir erwarten, dass Sie in bestimmten Bereichen tatsächlich aktiv werden und nicht nur formulieren, dass die Finanzmärkte ernsthaft reguliert werden, wir zu einer Schuldenbremse für die Banken kommen und wir wirklich transparente, klare Regeln für die Abwicklung maroder Banken über einen Bankenstrukturierungsfonds schaffen. Wo sind Ihre Aktivitäten an dieser Stelle? Es muss einen Schub bei der Bekämpfung von Geldwäsche und beim Austrocknen von Steueroasen geben. Wir müssen endlich bei den Investitionsprogrammen weiterkommen, über die wir immer geredet haben.

Herr Schäuble, Sie haben vorhin gesagt: Es gibt ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Aber die Jugendarbeitslosigkeit kann man nicht einfach mit 6 Milliarden ins Nichts hinein bekämpfen, sondern man muss für Investitionsprogramme und die

Gründung neuer Unternehmen sorgen.

Wo sind diese Programme? Wo ist zum Beispiel die Initiative für eine Energiewende in Europa, für die Einhaltung der hehren Klimaziele, damit in deren Sog neue Unternehmen entstehen?

Ich frage Sie, Herr Schäuble: Wo ist die Verve, mit der die Kanzlerin für ein Europa der Zukunft eintritt, für ein Europa, das in Zukunft die Bürger mit einbezieht, ein Europa, in dem sich alle einig sind, dass wir gemeinsam über unsere Weiterentwicklungen reden und auch in einem europäischen Volksentscheid darüber entscheiden?

Herr Schäuble, Frau Merkel, am Ende ist es noch gut gegangen, und wir werden dem Zypern-Paket zustimmen. Aber dazu, wie Sie mit Innovation und Verve die Zukunft Europas organisieren wollen, haben Sie heute wenig geliefert. Diese Debatte steht noch aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer den Profit aus einem Geschäftsmodell gezogen hat, muss dann auch die Last tragen.

Das Rettungspaket für Zypern ist nach einigen Irrungen und Wirrungen gut geworden.



Auch das ist Zypern: Der Stadtstrand von Limassol ist ein beliebtes Touristen-Ziel.

Frank Schäffler, FDP:

Hier und heute findet ein kollektiver Rechtsbruch statt



Frank Schäffler *1968
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Das, was heute stattfindet, ist ein Rechtsbruch, ein kollektiver Rechtsbruch.

Alle haben sich darauf verständigt, den ESM, den wir gerade ge-

schaffen haben, die Regeln, die wir dort beschlossen haben, einfach beiseite zu wischen; denn kein Mensch kann ernsthaft behaupten, dass eine halbe Insel wie Zypern, deren größte Bank kleiner ist als die Hamburger Sparkasse, irgendwie systemrelevant für den Währungsraum als Ganzes ist. Das ist absurd. Auch das was die Europäische Zentralbank fortgesetzt macht, ist ein kollektiver Rechtsbruch; denn das, was hier passiert, ist nichts anderes, als die Rettung der zypriotischen Notenbank.

Sie hat seit September 2011 der Laiki Bank 9,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Sie hat sie am Leben gehalten. Sie hat dafür gesorgt, dass Einleger ihr Geld abziehen konnten, dass sie im Zweifel nicht haften. Letztendlich wird jetzt die zypriotische Notenbank

herausgeboxt; denn deren ELA-Kredite werden jetzt auf die Bank of Cyprus übertragen. Das ist ein Taschenspielertrick: Nach außen wird gesagt, dass die Gläubiger beteiligt werden, aber der größte Gläubiger, die zypriotische Notenbank, wird herausgeboxt. Das ist das, was hier tatsächlich passiert. Die eigentliche Ursache dieser Krise ist aber eine ganz andere, nämlich eine Krise unseres Geldsystems, weil wir es nicht schaffen, das Geldmonopol des Staates abzuschaffen. Letztendlich hat die Geldpolitik des Staates dazu geführt, dass sich diese Länder überschuldet haben, dass sich die Wirtschaft überschuldet haben, dass wir ein Schneeballsystem aus ungedeckten Forderungen entwickelt haben; und diese ungedeckten Forderungen platzen jetzt.

Die Antwort auf diese Krise kann eigentlich nur sein, dass wir zu einer marktwirtschaftlichen Geldordnung kommen, zu einer Geldordnung, die Sparen und Investieren und die Kreditvergabe wieder in Einklang bringt. Wer Geld aus dem Nichts produziert, indem er als Bank auf den Knopf drückt, der verursacht Blasen, die immer wieder platzen.

Jetzt platzt die Blase in Zypern, morgen platzt die Blase in Portugal, übermorgen in Frankreich. Das heißt: Wir stehen am Anfang dieser Finanzkrise. Wenn wir immer mehr Geld in das System pumpen, dann führt das am Ende dazu – und das ist das Gegenteil dessen, was viele hier in diesem Haus wollen –, dass diese Währung vor die Wand fährt. Ihre Existenz wird nicht von Dauer sein, wenn wir sie immer wieder mit neuem Geld befeuern.

Die Brandstifter in diesem System sind die europäischen Noten-

banken und die Europäische Zentralbank. Herr Draghi tut das Gegenteil dessen, was er nach den Verträgen eigentlich tun muss: die Preisstabilität des Euro sichern.

Er boxt die Länder heraus. Das, was in Irland heute passiert, ist das Gegenteil dessen, was uns jahrelang gesagt wurde. Wir haben immer gehört: Irland

ist doch das beste Beispiel, da läuft es super. – Aber wenn es super laufen würde, dann müssten wir die Laufzeiten der Kredite nicht verlängern. Das Gegenteil ist der Fall.

Die EZB hat die Iren herausgeboxt. Am Ende hat der irische Staat 20 Milliarden Euro weniger an Zinszahlungen zu leisten, weil die EZB das Geld schlicht gedruckt hat. Wer diesen Weg weitergeht, der wird die Währung ruinieren.

(Beifall der Abg. Jens Ackermann [FDP], Dr. Peter Gauweiler [CDU/CSU] und Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Die Brandstifter sind die europäischen Notenbanken und die Europäische Zentralbank.

Casten Schneider, SPD:

Ein nationaler Abwicklungsfonds ist nicht die Antwort



Casten Schneider *1976
Landesliste Thüringen

Der Fall Zypern zeigt, dass wir es bei der als Euro-Krise beschriebenen Situation im Euro-Raum nicht mit einer Krise der Währung zu tun haben, Herr Schäffler, sondern mit einem überbordenden und unkontrollierten Bankensystem, das die Gefahr birgt, Staaten und Staatsfinanzen und damit im schlimmsten Fall unser Währungssystem zu Fall zu bringen.

Das Programm, das wir heute für Zypern verabschiedet, ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels, den wir Sozialdemokraten gefordert haben und deswegen jetzt auch unterstützen. Der Paradigmenwechsel bedeutet, dass die Privatgläubiger, die Risiken eingegangen sind, indem

sie einem Offshorefinanzplatz, wo man wenig Steuern zahlt und sein Geldvermögen geheimhalten kann, Geld anvertraut haben, und diejenigen, die Aktionäre dieser beiden Banken waren, aber auch Einleger – ich will Ihnen sagen: Aus meinem Wahlkreis war das keiner, so reich sind die Leute bei mir in Erfurt nicht; aber es muss wohl welche geben, die dort Einlagen hatten – jetzt die Hauptzeche für die Lasten zahlen, die durch diese Krise entstanden sind, das ist richtig.

Herr Schäuble, diesen Paradigmenwechsel hätten Sie, auf Deutsch gesagt, fast noch versaut. Das war der Fehler, den Sie mit Ihren Kollegen gemacht haben. Sie und die Bundeskanzlerin haben uns hier empfohlen, einer Beteiligung der Kleinsparer an der Sanierung der Banken zuzustimmen. Das war ein großer ökonomischer und politischer Fehler, der zu einer tiefen Verunsicherung geführt hat.

Ich glaube, es wird gerade in den südeuropäischen Ländern schwer sein, wieder Vertrauen aufzubauen. Nichtsdestotrotz ist das jetzt vorliegende Paket, insbesondere was die Gläubigerbeteiligung betrifft, richtig.

Herr Meister, Sie haben wieder die Mär vorgetragen, die Sozialdemokraten wären für eine Vergemeinschaftung der Schulden. Sorry,

das ist nicht der Fall. Dass Sie das so gesagt haben, kann nur daran liegen, dass Sie jetzt einen Punchingball brauchen wegen der Abspaltung eines Teils Ihres rechten Flügels, der Alternative für Deutschland. Wenn Sie dem Kollegen Schäffler zugehört haben, haben Sie mitbekommen, dass er auch über die EZB gesprochen hat. Ich teile nicht jede seiner Einschätzungen dazu, vor allen Dingen nicht seine Schlussfolgerung, aber dass wir über die Europäische Zentralbank schon längst in einer Haftungsgemeinschaft sind, ist doch Fakt. Das ist Fakt, Herr Meister.

Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz ist eindeutig. Wir können keine gesamtschuldnerische Haftung für die Schulden anderer Staaten der Euro-Zone übernehmen – Punkt. Das ist im Grundgesetz normiert, und das teilen wir als Sozialdemokraten. Wir sind der Auffassung, dass wir die Währungsunion auch um eine echte Fiskalpolitik erweitern müssen. Das bedeutet vor allen Dingen eine stärkere Vereinheitlichung im Bereich der Steuerpolitik, zum Beispiel, dass es nicht länger Dumpingsteuersätze

quer durch Europa gibt. Vor allen Dingen bedeutet das aber, dass wir Kontrolle über die Haushalte anderer Mitgliedstaaten bekommen, nicht wir als Bundestag, sondern etwa eine europäische Behörde. Aber das ist Zukunftsmusik. Das ist im Übrigen das, was auch der Bundesfinanzminister zu einer Verstärkung und Erweiterung der Währungsunion zu einer Fiskalunion sagte. Es ist ein Fehler gewesen, den Euro als Währung ohne eine gemeinsame Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik in die Welt zu setzen. Darunter leiden wir heute. Diesen Fehler müssen wir langfristig korrigieren.

Jetzt komme ich zum zweiten Teil der Frage, zur Frage der Vergemeinschaftung der Banken. Das ist ein ganz wichtiger und zentraler Punkt.

Sie sind dafür, dass es auf europäischer Ebene eine gemeinsame Bankenaufsicht gibt. Das ist richtig. Dazu gehört aber auch – dem hat die Bundeskanzlerin auf zwei Gipfeln zugestimmt; ich denke, dafür hat sie

Ihre Unterstützung –, dass der Teufelskreis bzw. die Verbindung zwischen Staatsfinanzen und Bankenbilanzen durchbrochen wird. Was bedeutet das? Wenn wie in Zypern das Bankensystem in einem Staat kollabiert, zieht es die Staatsfinanzen mit sich, weil die Staatsschuldenlast anwächst, weil wie in Irland oder Spanien geschehen, die Schulden vom Staat übernommen werden müssen. Letztendlich ist dann auch das Land in Finanzierungsschwierigkeiten und hat keinen Zu-

gang mehr zum Kapitalmarkt. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Das ist zwingend notwendig. Das ist im Übrigen einer der Schlüssel, um die Euro-Krise zu überwinden und die Wachstumsaussichten der südlichen Peripherie wieder zu stärken.

Denn deren Banken sind unterkapitalisiert; sie haben zu viele Verluste in den Bilanzen und können deswegen keine Kredite mehr vergeben.

Was ist die Antwort darauf? Die Antwort ist nicht ein nationaler Abwicklungsfonds.

Diese Antwort wäre falsch; das ist ganz klar. Wir Sozialdemokraten und übrigens die komplette Wissenschaft und auch die Europäische Kommission sehen das so. Wir sind dafür, dass die Aktionäre der europäischen Banken – nicht die Einleger – gemeinsam etwas von ihren Gewinnen in einen europäischen Fonds einzahlen, so wie es in Deutschland gemacht wird, nur mit höheren Summen. Der Bankenhaftungsfonds hier in Deutschland hat ein Volumen von 2 Milliarden Euro. Das ist lächerlich.

– Nicht der Staat. – Die Banken selbst sollen Abgaben auf ihre Gewinne zahlen – diese Abgaben sollen höher sein als das, was in Deutschland gezahlt wird –, um aus diesem Fonds die Verluste im europäischen Bankensektor im Ernstfall decken zu können. Nur so kann es gelingen, diese Abwärtsspirale, von der Banken und Staaten betroffen sind, zu durchbrechen.

Das ist die entscheidende und auch rechtlich machbare Maßnahme, die es schnellstmöglich, Herr Minister Schäuble, umzusetzen gilt.

Die als Euro-Krise beschriebene Situation im Euro-Raum ist keine Krise der Währung.

Sie haben auf das hingewiesen, was in Dublin erörtert wurde. Dass Sie sagen, die Einführung einer europäischen Bankenaufsicht sei im Rahmen der europäischen Verträge noch möglich, das gehe gerade noch so, aber eine Bankenabwicklung sei nicht möglich, sei ein Fehler. Wenn Sie sagen, dass Sie eine europäische Bankenaufsicht einführen wollen und dass die Europäische Zentralbank die Aufsichtsfunktion wahrnehmen soll, die aber, so wie Kollege Schäffler eben gesagt hat – in dem Punkt hat er recht –, Hauptgläubiger und Kreditgeber vieler Banken ist, frage ich mich: Wie soll sie unabhängig Geldpolitik machen können? Wie soll sie agieren und eine Bank schließen können, wenn sie weiß, dass sie Hauptlasttragende ist?

Deswegen ist es eine Mär, Kollege Meister, wenn gesagt wird, wir hätten bisher keine – zumindest teilweise – Vergemeinschaftung der Schulden. Wir haben sie über das System der Europäischen Zentralbank: Es sind Liquiditätshilfen in einem Umfang von 1,4 Billionen Euro an die Banken vergeben worden – unter Zugrundelegung sehr niedriger Sicherheitsstandards und im Übrigen ohne Information des Deutschen Bundestages. Das findet quasi in einem vordemokratischen Raum statt.

Um das wieder in die Hand des Parlaments zurückzuholen, aber auch um es möglich zu machen, große Banken, die die Staaten erpressen, abzuwickeln, brauchen wir einen unabhängigen Aufseher und vor allen Dingen ein Abwicklungs-

regime. Wir haben weder das eine noch das andere. Ich kenne keine Vorschläge, keine Ideen aus dem Bundesfinanzministerium, die aufzeigen, wie das gehen soll. Sie sind an dem Punkt weit zurückgeblieben. Das führt nicht dazu, dass die Macht wieder in der Hand des Staates liegt, sondern dazu, dass der Markt und die großen Banken uns erpressen können. Das ist leider die Situation. Wir Sozialdemokraten wollen das ändern.

Herr Kollege Meister, Sie haben das Steuerabkommen mit der Schweiz und das Thema Steuerparadiesen angesprochen. Wissen Sie, wir Sozialdemokraten sind dafür, dass diejenigen, die viel Geld in einem Land verdient haben, es auch in diesem Land versteuern. Wir wollen – dafür kämpfen wir schon seit Jah-

ren, Peer Steinbrück vorneweg – der Anonymität der Kontenbesitzer den Garaus machen, zumindest in der Europäischen Union.

Sie und Ihr Finanzminister haben uns ein Steuerabkommen mit der Schweiz vorgelegt. Dadurch wäre erstens die Anonymität auf Dauer gesichert worden. Zweitens hätten die Steuervollzugsbeamten so gut wie gar nicht mehr kontrollieren dürfen. Sie hätten das Instrument, das jetzt auch Sie nutzen, nämlich CDs, nicht mehr nutzen können. Dieses Instrument, das ja wirkt, hätten Sie ihnen aus der Hand geschlagen. Drittens wären gerade die Banken, die bisher den Steuerbetrug in der Schweiz begangen oder befördert haben, diejenigen gewesen, die unsere Steuern eingezogen hätten. Dazu haben wir ganz klar Nein ge-

sagt. Die Zeit gibt uns recht. Es war richtig, dass wir an dieser Stelle hart geblieben sind.

Dass sich Luxemburg und, wie ich hoffe, auch Österreich jetzt bewegen, ist, glaube ich – ohne zu viel zu sagen und ohne sich selbst mit zu vielen Lorbeeren zu schmücken –, ein bedeutender Punkt. Wichtig war, dass gute Journalisten – nicht der Bundesfinanzminister – diese Offshoreregionen öffentlich gemacht haben. Wichtig war auch unser energischer Widerstand gegen die Wahrung der Anonymität von Kontenbesitzern in anderen europäischen Ländern. Es muss Schluss sein mit Dumping. Wer die Solidarität erhalten will, muss selbst Solidarität leisten.

(Beifall bei der SPD)

Norbert Barthle, CDU/CSU:

Jeder hat für seine Spareinlagen selbst zu garantieren



Norbert Barthle *1952
Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd

Lieber Kollege Carsten Schneider, du hast ja gerade – das will ich dir durchaus zugestehen – in sehr eloquenter und wortreicher Art und Weise auf die Frage des Kollegen Otto Fricke mehr oder weniger nicht geantwortet, bzw. deine Antwort zeigte klar und deutlich, wohin der Weg von Rot-Grün geht. Ihre Politik im Hinblick auf die Bankenunion würde dazu führen, dass deutsche Sparerinnen und Sparer mit ihrem Geld für die Einlagen griechischer, portugiesischer oder zyprischer Banken haften müssten.

Das unterscheidet uns von der anderen Seite des Hauses, und bei dieser Linie bleiben wir konsequent.

Lassen Sie mich einen Hinweis zum letztgenannten Punkt, zu dem Steuerabkommen, geben. Lieber Kollege Carsten Schneider, liebe SPD-Fraktion, Sie alle wissen, dass Steuerhinterziehung nach zehn Jahren verjährt. Mit Ihrer Blockadehaltung haben Sie da-

zu beigetragen, dass Steuerhinterzieher ihr Geld nach zehn Jahren zurückbringen und sich daran erfreuen können, während wir dafür gesorgt hätten, dass mindestens 2 Milliarden Euro in die Haushaltskasse fließen; auf Dauer betrachtet wäre es sicherlich ein wesentlich höherer Betrag gewesen.

Das hat die SPD verhindert. Da müssen Sie sich Ihrer Verantwortung stellen.

Der Satz: „Sie haben sich damit zum Anwalt der Steuerhinterzieher gemacht“, den Michael Meister vorhin gesagt hat, ist richtig, und ich wiederhole ihn.

Jetzt zu Zypern. Ich unterstütze – das will ich vorweg sagen – nachdrücklich das Hilfsprogramm für Zypern. Ich bin froh, dass sich im Deutschen Bundestag eine breite parlamentarische Unterstützung abzeichnet. Ich will an dieser Stelle festhalten: Die Bundesregierung, allen voran unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, hat sehr gut verhandelt. Das Ergebnis, das jetzt auf dem Tisch liegt, entspricht dem, was wir von Anfang an gefordert haben. Deshalb ist das ein hervorragendes Verhandlungsergebnis. Dafür mein großer Dank!

Obwohl sich unsere Bundeskanzlerin von Teilen der Bevölkerung der Empfängerländer sogar beschimpfen lassen muss – wir empfinden das als inakzeptabel –, muss man sagen: Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir

das Programm für richtig und notwendig halten. Deshalb stehen wir dazu, es hier und heute zu verabschieden.

Für uns gilt weiterhin der Grundsatz: Europäische Hilfsprogramme gibt es nur gegen Konditionalität. Das ist bei jeder Hilfe das Grundprinzip. Deshalb wollen wir auch für Zypern eine faire Lastenverteilung. Wenn man das Programm insgesamt betrachtet, muss man feststellen: Es ist sogar so, dass der größere Anteil durch eine Eigenleistung Zyperns erbracht werden muss, und zwar insbesondere durch die Beteiligung der Eigentümer, der Gläubiger und der Einleger zyprischer Banken, die sich an den Kosten der Bankenrestrukturierung beteiligen müssen. Das ist der richtige Weg.

Die Geldwäsche wird massiv angegangen, auch mit unabhängiger externer Kontrolle.

Im Übrigen führt das Programm dazu, dass sich der Bankensektor in Zypern auf ein erträgliches Niveau verkleinert. Die Einnahmehöhe des Staates wird verbessert. Die Haushaltskonsolidierung wird vorangetrieben. Strukturreformen sind im Memorandum of Understanding enthalten. Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sollen gefördert werden. Das große Problem der Geldwäsche wird massiv angegangen, auch mit unabhängiger externer Kontrolle. Auch das haben wir von Anfang an gefordert, und das ist jetzt so eingetreten.

Unser Finanzminister hat darauf hingewiesen, dass eine

Staatsinsolvenz Zyperns außer Frage steht. Die Kommission und die EZB haben zu Recht gemeinsam festgestellt, dass daraus eine Gefährdung der Finanzstabilität für ganz Europa resultieren könnte. Deshalb ist es gut und richtig, dieses Risiko nicht einzugehen. Wir, die CDU/CSU-Fraktion insbesondere, stehen für einen stabilen Euro. Wir wollen unseren Menschen draußen im Lande versichern können: Ihr könnt euch auf die Stabilität des Euro verlassen! Dafür beschließen wir diese Programme. Dafür treten wir ein. Das ist unser Ziel.

Meine Damen und Herren, dass dieser Weg richtig ist, zeigt sich auch an Portugal und Irland. Denn auch die Verlängerung der Kreditlaufzeiten, also der Rückzahlungsverpflichtung für die Kredite, ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg und zeigt, dass sowohl die Empfängerländer als auch die Garantiegeber dafür einstehen, dass diese Länder möglichst bald von den Rettungsschirmen unabhängig gemacht werden. Das ist das Ziel unserer Politik.

Der letzte Quartalsbericht für 2012 zeigt, dass das Defizitziel in Irland deutlich unterschritten wird. Bereits 2015 wird Irland wieder die 3-Prozent-Grenze des Stabilitätspakts unterschreiten. Die Schuldenstandsquote in Irland geht weiterhin zurück. Die Bilanzschrumpfung und die Verbesserung der Refinanzierungssituation sowie der Rentabilität des Bankensektors schreiten voran. Irland bekommt immer breiteren Zugang zu den Kapitalmärkten. Und auch die Strukturreformen zeigen Wirkung.

Deshalb, meine Damen und Herren: Wenn das eintritt, was uns die Experten vorhersagen,

dass nämlich am Ende dieses Jahres das Irland-Programm ausläuft, man zu Deutsch also den Ende 2010 aufgespannten Rettungsschirm wieder zusammenklappen kann, dann werden wir erstmals die Situation haben, dass diejenigen, die gegenüber unseren Rettungsschirmen immer skeptisch waren, die sogar dagegen gestimmt haben – die wenigen in unseren Reihen, aber insbesondere die Linke –, von der Geschichte überholt werden. Bei den Linken ist das nichts Außergewöhnliches. Das haben wir schon mehrfach erlebt. Aber auch die anderen, die gegen Hilfen für Irland gestimmt haben, werden am Ende des Jahres erleben, dass die Geschichte sie revidiert. Ich bin überzeugt, dass es auch so eintreten wird.

Auch der Blick nach Portugal zeigt: Portugal ist auf einem guten Weg, auch wenn dieser etwas holpriger ist als in Irland, aber sie sind auf dem richtigen Weg.

Und auch aus Griechenland hören wir ermutigende Botschaften. Selbst in Griechenland schreitet die Haushaltskonsolidierung voran. Zwischen 2009 und 2012 sind die Primärausgaben um 22 Prozent gesunken. Übertragen auf Deutschland entspräche das einem Einsparvolumen von 240 Milliarden Euro. Zu Anfang dieser Legislaturperiode haben wir ein Sparpaket in einem Umfang von 80 Milliarden Euro aufgelegt. Dies hat nicht allen gefallen. Nun muss man die Sparbemühungen in Griechenland dazu in Relation setzen und entsprechend würdigen. Das hat dazu geführt, dass das Haushaltsdefizit in Griechenland von 16 auf 7 Prozent des BIP

Fortsetzung von Seite 9: Norbert Barthle (CDU/CSU)

gesunken ist. Wenn man die Zinsausgaben und die Konjunkturfekte herausrechnet, dann hat der griechische Staatshaushalt inzwischen sogar einen Überschuss. Auch Griechenland befindet sich also auf einem zwar mühsamen, aber guten und richtigen Weg.

An der Stelle hätte ich mir gewünscht, Herr Steinmeier, dass Sie, wenn Sie auf europäische Verhältnisse abheben, sich den IWF-Bericht, aus dem Sie zitiert haben, etwas genauer angesehen hätten. Hätten Sie dies getan, dann hätten Sie festgestellt, dass in diesem IWF-Bericht – erstens – die

Wachstumszahlen für Deutschland positiver dargestellt werden, als Sie es getan haben, nämlich mit 0,6 Prozent für dieses Jahr und mit 1,5 Prozent für das kommende Jahr. Zweitens hätten Sie festgestellt, dass das eigentliche Sorgenkind laut dieses Berichts Frankreich ist; denn für Frankreich werden dort für 2013 ein Rückgang auf 0,4 Prozent und für 2014 ein Wachstum von 0,9 Prozent festgehalten. Wir alle wären froh, wenn Frankreich in der Lage wäre, schon bald wieder das 3-Prozent-Ziel einhalten zu können. Das bereitet uns mehr Sorge,

und das ist in diesem Bericht auch so enthalten.

Abschließend, meine Damen und Herren, können wir feststellen: Europa bewegt sich. Diese Krise hat viel dazu beigetragen, dass positive Kräfte entfaltet wurden. Schritt für Schritt werden sozusagen die Erziehungsfehler im Hinblick auf den Euro korrigiert, werden entsprechende Reformpakete beschlossen; der Fiskalvertrag und der Stabilitätspakt sind nur Beispiele dafür. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

Das nächste große Thema sind die Finanzmärkte, ist die Banken-

union. Ich habe eingangs schon erwähnt, dass wir auch bei der Bankenunion auf unsere Grundprinzipien setzen. Diese Grundprinzipien stehen dabei durchaus im Gegensatz zu dem, was zum Beispiel die Grünen fordern. Wenn ich die Rede von Frau Kümnast rekapituliere, muss ich feststellen: Es war wieder die Rede davon, dass wir – die deutsche Bundeskanzlerin, der deutsche Finanzminister – eine Garantie für die Spareinlagen auf Zypern hätten abgeben sollen. Genau das unterscheidet uns von den Grünen. Wir sind der Meinung: Jeder

hat für seine Spareinlagen selbst zu garantieren, hat eigenständige Sicherungsfonds aufzulegen. Dieser Linie bleiben wir treu.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass wir auf Europa nicht immer nur durch die Krisenbrille sehen müssen, sondern bald dazu zurückkehren können, die positiven Aspekte zu sehen. Damit wir auf diesem Weg weiter vorankommen, bitte ich Sie alle, dem heutigen Abstimmungspaket zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Priska Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zypern muss ein anderes Geschäftsmodell aufbauen



Priska Hinz *1959
Landesliste Hessen

Herr Kollege Barthle, Herr Kollege Meister, es muss Ihnen richtig wehtun, dass wieder eine rot-grüne Landesregierung eine Steuer-CD gekauft

hat und damit Steuerhinterziehern auf der Spur ist; sonst würden Sie dieses Thema hier nicht so auswalzen und uns vorhalten, wir würden Steuerhinterziehung begünstigen. Nein, das Gegenteil ist der Fall.

Da Sie auf das Abkommen mit der Schweiz abheben, das wir zu Recht, finde ich, torpediert haben, möchte ich Ihnen sagen: Wenn dieses Steuerabkommen in Kraft getreten wäre, hätte das zu einer dauerhaften Anonymität von Steuerhinterziehern geführt. Deshalb haben wir dieses Abkommen zu Recht abgelehnt. Wir wollen ein europäisches Steuerabkommen,

das alle Länder umfasst und Steuerhinterziehung aus der Anonymität herausholt.

Herr Gysi, Ihre Rede war mehr als hilflos.

Da verhandelt ein kommunistischer Präsident bis Dezember ein MoU, in dem all das steht, was Sie hier vorgelesen haben – Stellenstreichungen, Eingriffe in die Bildungsverwaltung,

Eingriffe in Renten, Eingriffe in den Gesundheitssektor –, wollte aber gleichzeitig die Steueroase Zypern erhalten, den riesigen Bankensektor nicht regulieren und Standards zur Verhinderung von Geldwäsche nicht durchsetzen. Wir haben dafür gesorgt, dass die-

Wir haben dafür gesorgt, dass Banken mit Gläubigerbeteiligung abgewickelt werden.

Keine Etablierung der Bankenunion ohne Bankenrestrukturierungsfonds auf den Weg bringen.

ses alles stattfindet: dass der Bankensektor reguliert wird, dass Banken abgewickelt werden mit Gläubigerbeteiligung, dass Geldwäschestandards überprüft werden. Das haben wir mit unserer Politik erreicht, und deswegen werden wir diesem Paket zustimmen können.

Wenn Sie noch nicht einmal bereit sind, in dem Fall, dass eine Bankenabwicklung stattfinden muss, eine Gläubigerbeteiligung zuzulassen, dann muss ich mich schon fragen, was Sie überhaupt für alternative Konzepte anzubieten haben, um Bankenkrisen und daraus folgende Schuldenkrisen zu bewältigen. Dazu haben wir von Ihnen kein Wort gehört.

Wir Grünen haben in der Frage von Hilfsprogrammen für Zypern einen klaren Kompass: Die Geldwäsche muss bekämpft werden, der Bankensektor muss verkleinert werden, Inhaber von Einlagen in Höhe von über 100 000 Euro müssen beteiligt und herangezogen werden.

Dabei geht es gar nicht darum, Kollege Barthle, dass wir aus Deutschland heraus Einlagen auf Zypern sichern, es geht darum, dass die Euro-Gruppe – mit dem erfahrenen Bundesfinanzminister Schäuble an der Spitze – zur Verunsicherung aller Einleger beigetragen hat, indem sie auch Einlagen unter 100.000 Euro heranziehen wollte – gegen eine europäische Übereinkunft. Das ist das Versagen, das wir der Bundesregierung vorwerfen müssen.

Meine Damen und Herren, wir waren bei Zypern, und ich möchte deutlich machen, dass Zypern bei den Verhandlungen über das MoU und das Hilfsprogramm sehr große Schritte gegangen ist. Das verdient unser aller Respekt; das will ich an dieser Stelle deutlich machen.

Es entstehen ja durchaus Schwierigkeiten, wenn ein Bankensektor plötzlich, über Nacht sozusagen, drastisch schrumpft, auf 350 Prozent des BIP. Natürlich

entstehen deshalb für die Bevölkerung jetzt ziemliche Härten, durch eine erhöhte Arbeitslosigkeit und schrumpfende Einkommen.

Weil wir von Zypern diese Härten erwarten mussten und erwartet haben, gilt umso mehr, dass wir jetzt auch – das ist unsere erste Forderung an die Bundesregierung – durch Hilfsprogramme des Europäischen Rats und durch eine strukturelle Unterstützung im Bereich erneuerbarer Energien und sektoraler Wachstumsbranchen,

die man jetzt identifizieren muss, Hilfe leisten, damit Zypern ein anderes Geschäftsmodell aufbauen kann. Aufgrund der europäischen Solidarität gilt es jetzt, tatsächlich Hilfe zu leisten.

Wir können nicht nur einfordern, sondern wir müssen jetzt unseren Teil der Solidarität auch zurückgeben.

Unsere zweite Forderung ist, dass bei der Etablierung der Bankenunion ein europäischer Bankenrestrukturierungsfonds auf den Weg gebracht wird. Es kann nicht dabei bleiben, dass nur die nationalen Bankenfonds für die Bankenrettung herangezogen werden. Das wird auf Dauer nicht ausreichen.

Dann werden wir die Staatsschuldenkrise nie lösen können.

Ansonsten werden wir dem Programm zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Gled für Manöver ist noch vorhanden: Zypern und Frankreich Mitte April bei einer gemeinsamen Rettungsübung

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.

Außerdem sprachen: Joachim Spatz (FDP), Bartholomäus Kalb und Michael Stübgen (beide CDU/CSU).

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die Einführung einer Frauenquote in Führungsgremien / 234. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 18. April 2013

Katrin Göring - Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin:

Wir brauchen bessere Bedingungen für Familie und Beruf



Katrin Göring-Eckardt *1966
Bundestagsvizepräsidentin

Norwegen hat sie. Auch Belgien, Island, Frankreich, Spanien, Italien und die Niederlande haben sie. Alle haben sie: die Frauenquote. Was haben wir? Wir führen seit dreieinhalb Jahren eine Diskussion darüber, und wir haben in dieser Woche eine große Enttäuschung für die Frauen in dieser Republik erlebt.

Sie von der Union haben am Montag einen Kompromiss beschlossen, der mehr ist als eine Enttäuschung. Frau Hasselfeldt sagt ganz offen, sie sei unzufrieden, dass die Opposition der Union die Debatte über die feste Frauenquote aufgezogen hat. Solche Verfahren sollten nicht Schule machen, sagt sie. Außerdem sagt sie: Wir sind davon gar nicht begeistert.

Daran sieht man, was passiert ist. Es

war nicht etwa so, dass Sie sich für einen anderen politischen Inhalt entschieden haben. Sie sind auch nicht überzeugt worden. Vielmehr ist Ihnen etwas aufgezwungen worden, weil Sie wieder einmal gemerkt haben, dass Ihnen die Argumente ausgegangen sind, dass es peinlich wird und dass Sie damit nicht durchkommen. Gleichzeitig tun Sie nichts anderes, als zu versprechen, zu diesem Thema etwas in Ihr Wahlprogramm zu schreiben. Aber das Versprechen, dem Kompromiss, der aus dem Bundesrat kommt, zuzustimmen - dieses Versprechen haben Sie den Frauen gegeben -, halten Sie nicht ein. Sie sind nicht verlässlich, Sie sind nicht vertrauenswürdig - leider auch die Frauen, die seit dreieinhalb Jahren mitverhandelt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Norwegen hat sie. Auch Belgien, Island, Spanien, alle haben sie: die Frauenquote. Was haben wir?

Sie blockieren hier einen Kompromiss, und Sie blockieren zugleich das, was Viviane Reding, bekanntlich eine konservative Kommissarin, in der EU voranbringen will: eine Frauenquote, die dafür sorgt, dass wenigstens ein Anfang gemacht wird, dass sich die Frauen wenigstens auf diesen Anfang verlassen können.

Uns ist dieser Kompromiss nicht leichtgefallen. Aber wir haben gesagt: Wir wollen ihn eingehen. Dazu haben wir lange Gespräche mit Ihnen geführt. Wir wurden dabei unterstützt von vielen Frauen aus Verbänden, aus der Wirtschaft und aus Unternehmen, die deutlich gemacht haben: Es geht so nicht weiter. Wir sind diesen Kompromiss eingegangen. Wir haben Ihnen faire Angebote gemacht. Aber dann mussten wir in dieser Woche erleben: Eine nach der anderen ist umgefallen. Eine ist dreimal in drei Tagen umgefallen, nämlich Ursula von der Leyen.

Am Montag ist sie umgefallen, weil sie einer Regelung zugestimmt hat, die sie eigentlich nicht will. Allerdings hat sie gesagt: Ich halte mir mein Abstimmungsverhalten offen. Am Dienstag ist sie das zweite Mal umgefallen und hat gesagt: Ich stimme im Bundestag gegen das, was ich eigentlich unbedingt als ersten Schritt wollte. Am Mittwoch ist sie ein drittes Mal umgefallen. Dann hat sie sogar gesagt, dass sie hier gar nicht mehr zu diesem Thema reden will. Das nenne ich Umfallen, und

zwar zulasten der Frauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich sage Ihnen: Das ist nicht verlässlich, das ist keine Politik für die Frauen, und das ist schon gar keine moderne Politik, mit der man die Zukunft dieses Landes gestalten kann.

Nein, Politik ist keine Ich-AG, sondern Vertrauenssache. Dass Sie da so bitter enttäuscht haben, werfe ich Ihnen vor. Dass Kämpferinnen aus unserer Fraktion wie Renate Künast und Ekin Deligöz, die in den letzten dreieinhalb Jahren unzählige Gespräche mit Ihnen geführt haben, bereit waren, einen solchen Kompromiss einzugehen, geschah doch nicht aus Wahlkampfgründen. Die Berliner Erklärung ist von vielen Frauen und Männern unterschrieben worden, weil sie gehofft und sich darauf verlassen haben, dass sich jetzt etwas ändert, dass Sie für die Sache der Frauen stehen und

dass Sie vor allem stehen bleiben, dass Sie die Gespräche ernst meinen und die Frauen nicht an der Nase herumführen. Wir sehen heute: Leider war das Gegenteil der Fall.

Nun soll die 30-Prozent-Quote ab 2020 festgeschrieben werden. Ich weiß nicht, wie Sie draußen erklären wollen, dass 2020 etwas richtig sein soll, was 2018 falsch ist; aber es wird ja nicht so kommen.

Warum brauchen wir die Quote? Wir haben viel darüber diskutiert, und natürlich ist der Einsatz für die Gleichberechtigung damit nicht erledigt. Wenn es in Aufsichtsräten einen Frauenanteil von 3,7 Prozent gibt und immer noch fast 90 Prozent der Führungen großer Unternehmen

von Männern gestellt werden, dann ist ganz klar: Das liegt nicht an der Qualifikation. Das liegt nicht daran, dass die Frauen nicht bereit wären. Das liegt nicht daran, dass keine geeigneten Frauen da wären. Das liegt daran, dass in alter Gewohnheit Anzugträger Anzugträger suchen, weil wir in Deutschland immer noch keine Quote haben, die dafür sorgt, dass die guten und qualifizierten Frauen eine Chance bekommen.

Selbstverständlich ist die Quote in den Aufsichtsräten nur ein Anfang. Es ist klar: Wir brauchen bessere Bedingungen für Familie und Beruf, wir brauchen gleiche Bezahlung.

Weil wir Sie ernst nehmen wollen, haben wir jetzt ein weiteres Angebot für Sie. Wenn Sie wirklich für die Quote sind und sie ins Wahlprogramm schreiben wollen - wir bleiben bei dem Kompromiss; darüber haben wir lange verhandelt, und dazu stehen wir auch -, dann können Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten zu dem von uns eingebrachten Antrag, der genau dem entspricht,

was Sie am Montag verabredet haben, zeigen, ob Sie es ernst meinen oder ob das nur für das Papier gewesen ist.

Die Wirklichkeit ändert sich nicht dadurch, dass die Union etwas in ihr Parteiprogramm schreibt. Wir könnten hier aufzählen, wie oft Sie das geändert haben.

Die Wirklichkeit ändert sich durch Gesetze. Deswegen fordern wir Sie auf: Stehen Sie wenigstens zu diesem Minischritt! Stehen Sie wenigstens zu dem, was Sie am Montag verabredet haben! Die Frauen draußen wollen das wissen.

Ganz klar und eindeutig bleibt allerdings: Wer wirklich eine gesetzliche, eine verbindliche Frauenquote will und wer auch dafür sorgen will, dass Frau Merkel zwei Jahre früher als geplant in den Ruhestand gehen kann, der wählt am 22. September Grün - für die Frauen und für eine bessere Republik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Wir setzen zunächst einmal auf die Freiwilligkeit



Volker Kauder *1949
Wahlkreis Rottweil - Tutlingen

Ich finde, es geht auch in der heutigen Debatte darum, deutlich zu machen, dass wir etwas tun wollen, um mehr Frauen in Führungspositionen zu haben, und zwar nicht nur in der Wirtschaft, sondern überall, und dass wir wollen, dass Frauen Möglichkeiten nutzen können, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser hinzubekommen.

In all diesen Bereichen hat diese Regierungskoalition viel auf den Weg gebracht, was Sie in Ihrer rot-grünen Regierungszeit nicht gemacht haben.

Heute lese ich in einem Kompaktinfo der SPD: „Ohne Quote bewegt sich nichts“.

Es hat in der Wirtschaft eine freiwillige Vereinbarung gegeben, dass

man mehr Führungspositionen an Frauen vergeben will.

Auch wir wollen - das war immer unsere Position -, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen, nicht nur in die Aufsichtsräte - wozu es in Ihrem Antrag geht -, sondern auch in anderen Bereichen. Wir haben jetzt gesagt - das unterscheidet uns, und das bleibt trotz dieses Beschlusses so -: Zunächst einmal - das gilt bei uns durchgehend in unserer Politik - setzen wir auf Freiwilligkeit und eigene Festlegungen je nach Bereich. Wir geben den Unternehmen die Chance, solche Festlegungen selber zu treffen.

Falls die Ziele nicht erreicht werden, werden wir - das haben wir nun konkret zugesagt, und dazu stehen wir auch - in den Koalitionsverhandlungen und in der nächsten Legislaturperiode durchsetzen, dass ab 2020 eine Quote kommt.

Bis 2020 lassen wir der Wirtschaft Zeit; aber dann wird es Ernst, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In diesem Zusammenhang muss ich übrigens sagen: Jeder, der die Position vertritt, dass wir Quoten brauchen, muss in dem Bereich, wo er selber Verantwortung trägt, mit gutem Beispiel vorangehen.

Jetzt weiß ich ja, Frau Göring-Eckardt, dass der baden-württembergische Ministerpräsident, ein Grüner, inzwischen nicht mehr gut angesehen ist, weil er Sie in Sachen Steuer kritisiert hat. Dabei hat er nur die Wahrheit gesagt, nämlich dass man nicht in die Substanz eingreifen darf.

Dieser Ministerpräsident hat aber Folgendes gemacht - so weit zu den Grünen -: Seine Regierung hat zu Beginn ihrer Regierungszeit 27 neue Stellen mit B-Besoldung geschaffen; davon wurden vier an Frauen vergeben. Das ist die Frauenförderung einer grün-roten Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dort, wo wir in Regierungsverantwortung sind, haben wir den Blick nicht nur auf die Wirtschaft gerichtet, sondern auch auf einen Bereich, der mindestens ebenso wichtig ist. Das sind die Universitäten. Wir haben 2007 mit einem Professorinnenprogramm, das wir 2012 fortgesetzt haben, dafür gesorgt, dass sich die Lage der Frauen bei der Berufung auf Lehrstühle erheblich verändert hat. Schon jetzt gehen bei Neubesetzungen

In all diesen Bereichen hat diese Regierung viel auf den Weg gebracht.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11:
Volker Kauder (CDU/CSU)

gen von Lehrstühlen mehr als 25 Prozent an Frauen.

Das ist noch nicht ganz ausreichend; aber in Ihrer Regierungszeit ist bei diesem Thema gar nichts geschehen, um das einmal klar und deutlich zu sagen.

Wenn wir uns anschauen, was in der letzten Zeit vorangegangen ist, können wir sagen: Mit der Kombination von eigener Verantwortung, also freiwilligem Vollzug dessen, was wir in der Wirtschaft für notwendig halten, und, falls das nicht funktionieren sollte, einer entsprechenden gesetzlichen Quote, sind wir auf einem guten Weg. Es könnte gut sein, dass wir auf diesem Weg 2020 schon wesentlich weiter sind als wir es mit der Quote wären, die Sie festlegen wollen.

Das wäre ein schöner Erfolg, und dem dient diese Diskussion auch.

Also: Wir werden diesen Weg gehen, und er wird den Frauen helfen; davon bin ich überzeugt. Ich habe zugesagt – und sage dies hier auch öffentlich –, dass das, was wir jetzt beschlossenen haben, ins Regierungsprogramm kommt.

Das werden wir alle unterstützen, und dann werden wir auf dem Weg vorankommen, mehr für Frauen zu tun, und zwar nicht nur in Aufsichtsräten. Auch die Quote der Frauen in Vorständen hat sich bereits verändert. Ihre Aussage, Frau Göring-Eckardt, dass nichts passiert sei, stimmt nicht. Bei den neu zu besetzenden Stellen in den Aufsichtsräten wurden in der letzten Zeit schon bis zu 40 Prozent Frauen gewählt. Das Gerede, ohne Ihre grüne Quote tue sich nichts, ist also grottenfalsch.

Ich weiß ja, dass die Grünen zunächst einmal dem Staat und nicht den Menschen vertrauen. Deswegen müssen mit gesetzlichem Druck Erziehungsprogramme für Erwachsene umgesetzt werden. Das ist der Weg der Grünen.

Wir setzen zunächst einmal auf die Freiwilligkeit. Gleichzeitig kündigen wir an: Wenn ihr das nicht selber schafft, dann greifen wir ein. – Bei Ihnen geht es zunächst einmal über Druck und Zwang, und dann sehen Sie weiter.

Wir haben am Dienstag in unserer Fraktion und am Montag in unseren Parteigremien einen entsprechenden Beschluss gefasst. Es geht im Übrigen nicht um unser Parteiprogramm, sondern um unser Regierungsprogramm. Darin nehmen wir das auf. Dann setzen wir das um und tragen das gemeinsam mit. Das ist ein guter Tag für die Frauen in unserem Land.

Wir haben formuliert, dass wir bis zum Jahr 2020 den Unternehmen die Möglichkeit geben wollen, die Quote von 30 Prozent zu erreichen, und wenn sie bis dahin nicht erreicht wurde, wird sie gesetzlich vorgeschrieben. Ein solches Gesetz machen wir gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode. Das ist unsere klare Aussage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD:

Frauen werden in der Wirtschaft immer noch benachteiligt



Frank-Walter Steinmeier *1956
Wahlkreis Brandenburg an der Havel –
Potsdam-Mittelmark I – Havelland III –
Teltow-Fläming I

Lieber Kollege Kauder, Fraktionsvorsitzende haben ja gelegentlich die Aufgabe, eine gewisse Spannweite von Positionen innerhalb der eigenen Fraktion zu überbrücken. Das ist mir nicht gänzlich unbekannt.

Das, was Sie hier eben abgeliefert haben, Herr Kollege Kauder, war aber schon ein Meisterstück der besonderen Art.

Davon, wie Sie in einer Rede gleichzeitig das Ja und das Nein zur Quote begründet haben, kann einem schon schwindlig werden.

Herr Kauder, die Menschen, die uns heute zuhören, wollen nicht länger erleben, wie Sie von den Regierungsfractionen hier Pirouetten drehen. Sie wollen klare Ansagen. Sie wollen vor allen Dingen, dass für die Frauen in unserem Land etwas passiert. Recht haben die Frauen, die das erwarten.

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Das sehen auch viele in Ihren eigenen Reihen so. Frauen werden in der Wirtschaft immer noch benachteiligt. Viel zu wenige steigen in Führungspositionen auf. In den 200 größten Unternehmen sind nur 13 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen, in Vorstandsetagen weniger als 4 Prozent – 4 Prozent! Dabei gibt es sie, die qualifizierten und inzwischen auch erfahrenen Frauen. Sie stehen in den Startlöchern; aber in den Startlöchern werden sie eben auch stecken bleiben.

Wenn wir in dem bisherigen Tempo weitermachen, dann dauert es nämlich bis zur Mitte des Jahrhunderts, bis 40 Prozent der Sitze in Aufsichtsräten mit Frauen besetzt sind, und das ist entschieden zu spät.

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie wissen oder können wissen: Das reicht nicht. Das reicht, wie wir in den letzten Wochen und Monaten gesehen haben, auch vielen Frauen aus den Reihen der Koalition nicht;

das sollte auch vielen Männern nicht reichen.

Wenn Frau Schröder und andere jetzt mit dem Thema "Selbstverpflichtung der Wirtschaft" kommen, dann kann ich nur sagen: Das ist nun wirklich keine neue Erfindung.

Darauf haben früher schon andere gesetzt. Aber seitdem sind zwölf Jahre vergangen, und bewegt hat sich fast nichts.

Deswegen muss endlich Schluss sein mit Reden, Lamentieren und Programmrhetorik. Jetzt müssen Taten her – und wenn ich von Taten spreche, dann meine ich nicht diesen Flexi-Quoten-Quatsch, den die sogenannte Frauenministerin angeboten hat.

Ich weiß nicht, was mich in dieser Situation fassungslos macht: die Ignoranz, die dahintersteckt, wenn man das Problem überhaupt nicht erkennen will, oder aber zu wissen, was eigentlich zu tun ist, und dann am Ende, wie ich befürchte, hier im Hause gegen die eigenen Überzeugungen zu stimmen.

Jetzt wäre Gelegenheit, ich korrigiere mich: jetzt wäre es eigentlich Pflicht, in diesem Hohen Hause

Farbe zu bekennen. Das verlangt in einer solchen Situation Standhaftigkeit. Es ist doch keine Überraschung – es war zu erwarten –, dass das hier nicht ganz einfach über die Bühne geht. Aber kaum steigt der Druck im Kessel etwas an, fallen die Reihen um. Vor allen Dingen fallen sie auf einen billigen Kompromiss rein, mit dem Frau Merkel oder wer auch immer sie in den letzten Tagen aufs Glatteis geführt hat.

Statt heute und hier eine gesetzliche Regelung zu schaffen, verträsten Sie die Frauen in Deutschland mit einer vagen Ankündigung im Wahlprogramm, die – wir haben es eben von Ihnen noch einmal gehört, Herr Kauder – die Einführung der Frauenquote in 2020 in Aussicht stellt. Warum nicht gleich auch die Einführung eines Mindestlohns für das Jahr 2090?

Das ist doch Heuchelei! Das ist Volksverdummung, was hier stattfindet!

Die zeitliche Perspektive – erlauben Sie mir, das zu sagen – ist aber nur das eine. Noch verrückter ist, dass Sie den Menschen in diesem Lande verkaufen wollen, dass Sie die Einführung der Quote 2020 mit Ihrem Wunschpartner, mit der FDP, durchsetzen wollen.

Sie müssen doch begreifen, dass die Bekenntnisse zu Schwarz-Gelb auf der einen Seite und zur Quote auf der anderen Seite überhaupt nicht zusammenpassen. Das ist Heuchelei. Sie wollen die Leute hinter die Fichte führen, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Nein, ich bleibe dabei: Mit dem, was Sie hier vorschlagen, lassen Sie die Frauen im Regen stehen. Sie stehen da wie der Kaiser ohne Kleider.

Außer wohlfeilen Versprechen haben Sie nichts anzubieten. Ich ahne, dass die Vorentscheidungen bei Ihnen längst gefallen sind. Dennoch gebe ich nicht auf und appelliere

noch einmal an Ihre Vernunft, an Ihren Mut und auch an Ihre Ehre:

Nehmen Sie sich selbst ernst! Nehmen Sie die Frauen ernst, und stimmen Sie unserem Vorschlag zu!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir in dem bisherigen Tempo weitermachen, dann dauert es bis zur Mitte des Jahrhunderts.



Zumindest unter den Ampelmännchen steigt die Frauenquote - sogar in Bayern.

Nicole Bracht-Bendt, FDP:

Frauenquote würde Unternehmen wichtiges Stück Freiheit nehmen



Nicole Bracht-Bendt *1959
Landesliste Niedersachsen

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich richte mich zuerst an die Kollegen von der SPD. Sie fordern die Wirtschaft auf, hier aktiver zu sein. Was ist denn in Niedersachsen? Dort sind von den zwölf Staatssekretären nur vier weiblich. Ich denke, da hätten Sie die Möglichkeit gehabt, eine Vorbildfunktion einzunehmen.

Ich weiß gar nicht mehr genau, wie oft wir in den vergangenen Monaten über die Einführung einer Frauenquote für Aufsichtsräte gesprochen haben. Heute geht es zum ersten Mal nicht nur um den Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Grünen, sondern auch um einen Beschluss des Bundesrates. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir uns bei den Argumenten im Kreis drehen.

In den letzten Tagen habe ich kein neues Argument gehört. Das gilt auch für den internen Streit bei unserem Koalitionspartner. Die Standpunkte sind klar. Bemerkenswert ist allerdings, wie die Union ihre Reihen geschlossen hat. Ich staune über die politische Kultur bei unserem Koalitionspartner.

Es ist schon bemerkenswert, wenn eine Minderheit plötzlich Parteitagbeschlüsse kippt. Ich bin gespannt, was der nächste Parteitag letztlich beschließt.

Wir Liberale sind jetzt also die einzige Fraktion im Bundestag, die Unternehmen nicht per Gesetz zwingen wird, einen festen Anteil Aufsichtsratsposten an Frauen zu vergeben. Es gibt aber auch in unserer Fraktion einige wenige Kolleginnen, die eine Quotierung befürworten. Die große Mehrheit meiner Fraktion lehnt diese Form der Zwangsregulierung aber ab.

Wir werden die Unternehmen jedenfalls nicht unter Androhung von

Strafen zur Quote verdonnern. Wir wollen nicht Teil einer Regierung sein, die Unternehmen immer wieder neue Vorschriften macht.

Deshalb will ich hier der Wirtschaft ganz klar sagen: Sie stehen nicht auf verlorenem Posten. Wir werden nicht stillschweigend zulassen, dass Ihnen im rauen Wettbewerb ein wichtiges Stück Freiheit genommen wird.

Wir sehen doch, welche Klimmzüge vor allem börsennotierte Unternehmen machen, seit das Schreckgespenst Quote die Runde macht. Insofern kann ich der Quotendebatte und dem damit verbundenen Druck auf die Personaler durchaus etwas Positives abgewinnen.

Nie zuvor suchten Headhunter so gezielt nach weiblichen Führungskräften, und das ist auch gut. Denn natürlich gibt es genügend Frauen, die qualifiziert für Aufsichtsräte und Vorstandsposten sind. Es steht außer Frage, dass nicht nur in Aufsichtsräten, sondern auch in Vorständen und Führungspositionen zu wenige Frauen vertreten sind. Es steht auch außer Frage, dass die Wirtschaft leider erst sehr spät reagiert hat. Es ist nicht erst seit gestern so, dass Frauen gewaltig auf dem Vormarsch sind, dass viel mehr Frauen als noch vor 20 Jahren Karriere machen wollen und zudem – statistisch gesehen – die besseren Abschlüsse präsentieren, wenn sie sich bewerben.

Auch der Fachkräftemangel ist kein Phänomen, das plötzlich vom Himmel gefallen ist. Die Wirtschaft hat auch in den mittleren Ebenen, also nicht nur bei den Spitzenfunktionen in Unternehmen und Verbänden, die Frauenfrage viel zu spät aufgegriffen. Diesen Vorwurf muss sich die Wirtschaft gefallen lassen. Die Familienunternehmen zeigen schon lange, wie es geht. Hier sind Frauen in Führungspositionen selbstverständlich.

Dennoch bleibt festzuhalten: Für Aufsichtsräte braucht Deutschland keine Regelung; denn hier ist Bewegung. Deshalb ist es völlig unverständlich, warum ausgerechnet jetzt, wo es eindeutig den Trend hin zu mehr Frauen in Schlüsselpositionen gibt, das Geschacher um eine gesetzliche Quote weitergeht. Ganz ohne Gesetz und noch bevor das Superwahljahr überhaupt begonnen hat, sind heute – hören Sie bitte einmal zu! – mehr als 20 Prozent der DAX-30-Aufsichtsräte Frauen, sagte gerade Klaus-Peter Müller, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank und

Chef der Regierungskommission für gute Unternehmensführung in einem Interview. Selbst die Initiative „Mehr Frauen in die Aufsichtsräte“, FidAR, stellt in der neuesten Bilanz fest, der Druck auf börsennotierte Unternehmen, mehr Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände zu bringen, zeige Wirkung. Demnach haben seit Januar 2011 33 der 160 börsennotierten Unternehmen erstmals in ihrer Geschichte eine Frau in die Kontrollgremien berufen.

Von neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten wurden 2012 rund 40 Prozent an Frauen vergeben. Das ist noch kein Meilenstein, aber dennoch ein klarer Trend.

Da muss die Frage erlaubt sein, aus welchem Grund und mit welchem Politikverständnis nun doch noch eine Quote für Aufsichtsräte her muss. Wir sollten die Kirche im Dorf lassen und bei den Aufsichtsrä-

ten und Vorständen dem Ganzen ein bisschen mehr Zeit lassen. Im Deutschen Corporate Governance Kodex für Standards zur Unternehmensführung ist die Förderung von Frauen bekanntlich festgeschrieben; wir müssen den Kodex allerdings noch etwas wirken lassen. Die Unternehmen sind weiter in der Pflicht. Hier werden wir den Finger in die Wunde legen.

– Selbstverständlich. – Vor allem beim Führungskräftenachwuchs gibt es Handlungsbedarf. Nicht die oberste Hürde ist die schwerste, sondern die darunter. In der zweiten Ebene müssen mehr Frauen im operativen Geschäft gefördert werden.

Die FDP-Fraktion wird heute also wieder gegen gesetzlich verordnete Quoten stimmen. Quoten sind auf Ergebnisgleichheit ausgerichtete Vorgaben und nichts anderes als Planwirtschaft.

Dieser Kollektivismus steht im krassen Widerspruch zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Ich ganz persönlich, als Liberale von Grund auf, glaube einfach nicht an von oben erzwungene Vorgaben. Leistungsbereitschaft wird sich auszahlen.

Es ist doch das ureigenste Interesse der Unternehmen, nach den Besessenen Ausschau zu halten und nicht nach Frauen, weil sie zahlenmäßig als Nächstes dran sind.

Noch eines zum Schluss: Die ganze Debatte um die Einführung von Frauenquoten geht total am Willen der Bevölkerung vorbei. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat gerade Frauen und Männer gefragt, was der Staat tun sollte, um Chancengerechtigkeit über die sollten wir reden – zu fördern. Das Ergebnis ist eindeutig. An erster Stelle, mit 71 Prozent, wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Mit lediglich 18 Prozent liegt die Einführung einer Quote für Spitzenpositionen abgeschlagen auf dem letzten Platz der Wünsche der Befragten. Das sollte doch nachdenklich machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion ist für die Förderung aller Frauen und nicht nur für die kleine Gruppe der Frauen in Aufsichtsräten. Wir werden deshalb den Bundesratsbeschluss wie auch den Antrag der Grünen ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Wir wollen schneller und mehr Gleichstellung



Dr. Gregor Gysi *1948
Wahlkreis Berlin-Treptow-Köpenick

In der Fraktion Die Linke im Bundestag gibt es 42 Frauen und 33 Männer,

in der Fraktion der FDP im Bundestag gibt es 24 Frauen und 69 Männer. Ich sage Ihnen, Frau Bracht-Bendt: Wenn das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, Ihre Auffassung bleibt, wird sich daran niemals etwas ändern.

Der Druck zur Einführung einer gesetzlichen Quote für Frauen in Aufsichtsräten ist kein Erfolg einer Partei, sondern sehr vieler Frauen und eher weniger Männer, die seit Jahren in Verbänden, Universitäten, Zeitungsredaktionen und Unternehmen kämpfen. Eine Initiative möch-

te ich besonders hervorheben: die „Berliner Erklärung“. Frauen aus vielen Verbänden und aus allen fünf Bundestagsfraktionen, unterstützt von Zehntausenden, haben sich dort zusammengefunden. Heute hätten wir die Chance für eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten gehabt. Sie wird wohl verspielt werden. Aber der Druck des Bündnisses „Berliner Erklärung“ für – jetzt zitiere ich wörtlich – „eine gerechte Gesellschaft, die Frauen und Männern die gleichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen auch praktisch einräumt“, wird noch deutlich zunehmen.

Sie, Herr Kauder, haben gesagt – Herr Brüderle vertritt die gleiche Auffassung –, dass man keine zwangsweise Erziehung der Erwachsenen staatlich durchführen sollte. Herr Kauder, Herr Brüderle, wenn es ohne gehen würde, müssten wir in Wirtschaft, Politik und Kultur eine ganz andere Zusammensetzung haben. Die haben wir aber nicht, und deshalb brauchen wir endlich die Quote.

Der Antrag aus dem Bundesrat, initiiert vom Hamburger Senat, ist nicht so überwältigend. Mein Gott! Eine Quote von 20 Prozent, und das erst im Jahre 2018, ist der Kompromiss. Das bedeutete für die 30 großen DAX-Unternehmen gerade ein-

mal 44 Frauen mehr. Darum machen Sie ein Gesums, als ob das Ganze das Ende der Bundesregierung und des Abendlandes bedeuten würde.

Aber ich sage Ihnen: Sie haben sogar in beiden Punkten recht. Nicht nur deshalb, aber auch deshalb wird die Bundesregierung tatsächlich abgewählt werden. Das Abendland geht insoweit unter, als es in ihm typisch war, Frauen die Entscheidungen innerhalb der Wohnungen und Männern die Entscheidungen außerhalb der Wohnungen zuzuweisen. Auch das muss ein Ende nehmen. Meine lieben konservativen Herren, ich sage Ihnen das ganz offen: Diese Zeit ist vorbei.

Ich sagte schon, die Initiative aus dem Bundesrat ist eher unzureichend. Aber sie wäre dennoch ein erster Schritt hin zu einer gesetzlichen Frauenquote, der berühmte Fuß in der Tür, der sie öffnet. Ich sage das heute auch selbstkritisch. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war auch der berühmte Fuß in der Tür. Seitdem haben sich die Dinge bis hin zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entwickelt. Deshalb ärgere ich mich noch heute über mich selbst, dass ich mich damals

Fortsetzung von Seite 13: Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

der Stimme enthalten habe. Ich hätte zustimmen sollen, weil man das Öffnen einer Tür immer unterstützen muss. Sie geht dann von allein immer weiter auf.

Es geht doch nicht um die eher marginalen Interessen gutverdienender Managerinnen, die in die obersten Chefetagen wollen, obwohl auch das schon eine unterstützenswerte Forderung ist. Es geht um die gesellschaftliche Bewertung sogenannter Frauen- und Männerarbeit, das Aufbrechen von Rollenstereotypen und die gleichberechtigte Teilhabe in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Mich stört nicht nur, dass die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in unserer Gesellschaft nicht durchgesetzt ist, sondern mich stört auch, dass die Forderung „Glei-

cher Lohn für gleichwertige Arbeit“ noch gar nicht genügend erhoben wird.

Sogenannte Frauenarbeit ist immer weniger wert. Ich weiß, dass der Stahlarbeiter eine harte Arbeit leistet, und er soll gut verdienen. Aber die OP-Schwester leistet eine genauso harte Arbeit, und sie soll genauso gut verdienen. Das müssen wir endlich durchsetzen.

Es geht um eine gerechte Teilhabe im Berufsleben. Die erfordert dann allerdings auch eine gerechte Teilhabe in der Familie, in der Partnerschaft, gegenüber Kindern und anderen Angehörigen und

im Haushalt. Das wollen Sie verhindern, Herr Kauder und Herr Brüderle?

Es gibt Frauen in der Union, die sich für das Gesetz einsetzen wollten. Die haben Sie so unter Druck gesetzt, dass die sich heute nicht trauen, dafür zu stimmen. Was bekommen Sie dafür? Statt eines Gesetzes ein Stück Papier. Ich sage Ihnen: Was Sie in Ihr Wahlprogramm hineinschreiben, steht noch nicht im Koalitionsvertrag; da hat Herr Steinmeier völlig recht. Sie rufen überall, Sie wollen die Koalition mit der FDP fortsetzen, und die sagt: So etwas

kommt gar nicht in den Vertrag der Regierungskoalition. Also ist das doch für nichts, Frau von der Leyen. Dafür geben Sie das auf? Sie hätten heute wirklich einmal Courage beweisen müssen, statt so ein Stückchen Papier.

Selbst wenn es im Koalitionsvertrag steht – wir kennen das ja von der Angleichung der Rentenwerte Ost und West –, streichen Sie es dann hinterher, und es findet nicht einmal statt.

Ich glaube, die Frauen aus der Union und auch aus der FDP, die jetzt umgekippt sind, werden sich später schwere Vorwürfe machen. Immerhin haben die CDU-Ministerpräsidentin aus dem Saarland und der CDU-Ministerpräsident aus Sachsen-Anhalt im Bundesrat zuge-

stimmt. Die hatten mehr Mumm; das muss ich einmal ganz klar sagen.

Der Kompromiss des Bundesratsentwurfs ist doch nicht nur für die Konservativen ein weiter Weg, sondern aus umgekehrter Richtung auch für uns; denn wir wollen schneller und mehr Gleichstellung. Wir haben heute aber die Chance, ein Zeichen gegen die anhaltende Diskriminierung der weiblichen Bevölkerungsmehrheit zu setzen.

Ich sage Ihnen am Schluss: Frau Merkel, Herr Kauder, Herr Brüderle, es ist schlimm, dass Sie heute Frauen zwingen, gegen Frauenrechte zu stimmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Warum gibt Steinbrück Platz in Aufsichtsrat nicht an eine Frau ab?



Kristina Schröder *1977
Bundesministerin

Das kann man sich ja richtig vorstellen, wie da der Herr Hundt dem Herrn Ackermann begegnet und sagt: „Du, ich empfehle dir da mal ‘ne Maßnahme.“

Meine Damen und Herren, das ist einfach nur naiv.

Schmutzig wurde dieser Deal aber dann durch die Gegenleistung der rot-grünen Bundesregierung. Ich zitiere noch einmal:

... wird die Bundesregierung keine Initiative ergreifen, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft auf gesetzlichem Wege zu erreichen.

Meine Damen und Herren, was Sie damals gemacht haben, war nichts anderes als ein Stillhalteabkommen zulasten der Frauen.

Außerdem behaupten Sie permanent, das seien damals Selbstverpflichtungen von Unternehmen gewesen.

Ich sage Ihnen, wie viele Unternehmen da unterschrieben haben: null, kein einziges Unternehmen. Sie haben sich mit unverbindlichen Absichtserklärungen auf Funktionärsebene zufriedengegeben, und Sie haben kein einziges Unternehmen direkt in die Pflicht genommen.

Die Behauptung, es gebe seit 2001 Selbstverpflichtungen von Unternehmen, ist schlichtweg falsch.

Erst seit 2011 gibt es konkrete Zielvorgaben von Unternehmen, nämlich seitdem ich das eingefordert habe, und diese Methode wirkt, meine Damen und Herren

Aber was tun Sie denn, wenn Sie konkret etwas zu sagen haben?

Beispiel VW.

Das Land Niedersachsen kann zwei Plätze im Aufsichtsrat dieses Unternehmens besetzen. Und wen hat die neue rot-grüne Landesregie-

rung auf diese Plätze gesetzt? Zwei Männer!

Wenn Sie nur eine einzige Frau dafür genommen hätten, dann läge die Frauenquote im VW-Aufsichtsrat heute schon dort, wo sie nach dem von Hamburg in den Bundesrat eingebrachten Gesetzesantrag 2018 sein soll.

Was Sie hier inszenieren, das ist einfach scheinheilig und verlogen, meine Damen und Herren!

Nächstes Beispiel: öffentlicher Dienst. Die rot-grüne Landesregierung hat drei Polizeipräsidien neu

besetzt. Die Präsidenten dieser Polizeipräsidien waren zwei Männer und eine Frau.

Als erste Amtshandlung hat Rot-Grün sie abgesetzt und ersetzt durch – Sie ahnen es – drei Männer.

Da hat sich eine Frau in dieser Männerdomäne nach oben gekämpft, und was machen Sie? Sie haben nichts Besseres

zu tun, als sie durch einen Mann zu ersetzen, damit die in den Spitzenpositionen wieder unter sich sind!

Ein letztes Beispiel? Gerne! Der Hamburger Gesetzesantrag betrifft zum Beispiel auch den Aufsichtsrat von Borussia Dortmund, einem börsennotierten Unternehmen im CDAX. In diesem Aufsichtsrat sitzt

der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zusammen mit – Sie ahnen es – fünf anderen Männern.

Dann fragen Sie Herrn Steinbrück doch mal hier und jetzt, ob er denn bereit ist, seinen Posten im Aufsichtsrat für eine Frau zu räumen! Das wäre doch mal ein Zeichen, dass er es ernst meint, meine Damen und Herren!

Im Moment kann man Ihre Frauenpolitik leider nicht ernst nehmen. Sie scheitern an Ihren eigenen Ansprüchen. Sie glauben, damit ein Wahlkampfthema gefunden zu haben und die Koalition zu spalten.

Damit werden Sie auch heute scheitern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Erst seit 2011 gibt es konkrete Zielvorgaben von Unternehmen, weil ich das eingefordert habe.



Die Deutsche Telekom will bis 2015 30 Prozent Frauen in mittleren und oberen Führungspositionen besetzen.

Dr. Eva Högl, SPD:

Wir haben hier einen Handlungsauftrag



Eva Högl *1969
Wahlkreis Berlin-Mitte

Frau Schröder, das war unter Niveau. Frau Schröder, wir sind hier nicht in einer Märchenstunde. Sie sind die Bundesministerin für Frauen, auch wenn wir es manchmal überhaupt nicht glauben mögen, dass „Frauen“ im Titel Ihres Ministeriums vorkommt. Wir sind auch nicht im Jahr 2001, sondern wir sind zwölf Jahre weiter.

Genau das, Frau Schröder, zu was die Bundeskanzlerin und Ihr Fraktionsvorsitzender Sie jetzt zwingen, ist das, was Sie so bezeichnet und uns von Rot-Grün vorgeworfen haben: ein Stillhalteabkommen zulasten der Frauen.

Frau Schröder, Sie haben als Ministerin wirklich alles getan, um die Quote zu verhindern.

Sie haben die Flexi-Quote erfunden, um eine ordentliche Quote, die Frauen in Führungspositionen bringt, zu verhindern.

Sie haben nicht einmal die Flexi-Quote vorgelegt.

Sie haben nämlich gar nichts vorgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition und diese Bundesregierung haben nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, sei er auch noch so klitzeklein, wie wir es schaffen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Nicht einen!

Kein einziger Antrag, kein Versuch, mit uns gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen! Nichts!

Einfach gar nichts haben Sie vorgelegt!

Wissen Sie was, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von der CSU und von der FDP? Wir machen Ihnen heute ein ernsthaftes und, wie ich finde, unschlagbares Angebot, für mehr Frauen in großen deutschen Unternehmen zu stimmen. Ich finde, es ist ein ziemlich gutes Angebot, das wir Ihnen machen. Sie könnten heute die Gelegenheit nutzen, zu zeigen, dass auch Sie wollen, dass Frauen eine faire Chance bekommen, gleichberechtigt mit Männern große deutsche Unternehmen

zu leiten, und dass Sie Frauen das zutrauen. Ich bedauere wirklich, dass Sie das Angebot ausschlagen, obwohl ich persönlich nicht eine Minute damit gerechnet habe, dass Sie zustimmen. Trotzdem ist das schade, nämlich schade für die Frauen, meine Damen und Herren.

Sie veranstalten hier ein unwürdiges Gezerre, einen Klamauk mit Ihrem Wahlprogramm.

Ich darf einmal die Frage stellen, Frau Bundeskanzlerin und Herr Fraktionsvorsitzender Kauder: Wer beschließt eigentlich in Ihrer Partei über ein Wahlprogramm?

Haben die Delegierten eigentlich noch ein Wörtchen mitzureden, oder machen das nur drei Personen unter sich aus?

Nun muss ich mich nicht um Ihre innerparteiliche Demokratie sorgen, aber das, was mich wundert, ist, dass die Couragierten, die ich in Ihren Reihen auch kennengelernt habe, sich damit verträumen lassen. Das ist in der Tat ein Stillhalteabkommen zulasten der Frauen. Es waren vier verlorene Jahre - es sind fast vier Jahre - für die Frauen. Das bedauere ich wirklich sehr.

Frau Bundeskanzlerin, ich zitiere Sie einmal. Am 8. Februar 2011 bezeichneten Sie die niedrige Anzahl weiblicher Führungskräfte in Chefetagen als Skandal. Vor Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften kritisierten Sie, dass trotz der Selbstverpflichtung der Wirtschaft aus dem Jahr 2001 keine nennenswerten Verbesserungen eingetreten seien. Und, Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen: „Seien Sie kreativ, sonst werden wir kreativ sein.“

Also, Kreativität kann ich auf dieser Seite des Hauses nun einmal überhaupt nicht erkennen.

Dann - in der Woche rund um den Internationalen Frauentag: wir erinnern uns gut - ergeht eine Weisung der Bundeskanzlerin höchstpersönlich, gegen den Vorschlag von Viviane Reding zu sein, auf der europäischen Ebene Frauenquoten auf den Weg zu bringen. Das Interessante ist, die Argumentation der Bundesregierung ist, jeder Mitgliedstaat soll das bitte selbst machen, und Europa soll sich heraushalten. Ja, bitte, was erleben wir denn hier? Jeder Mitgliedstaat soll das selbst machen. In Deutschland: Fehlanzeige!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier einen Handlungsauftrag. Ich weiß, das ist schon

oft bemüht worden, aber ich möchte es noch einmal sagen: Wir haben aus Art. 3 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes eine Verpflichtung. Wir können hier nicht das machen, was wir wollen, und wir können das auch nicht unter beliebiges Parteilalkül stellen, sondern wir haben einen Handlungsauftrag. Wir haben gesehen: Die freiwillige Vereinbarung hat nichts gebracht. Also müssen wir hier zu einer Regelung kommen. Wir brauchen endlich eine verpflichtende gesetzliche Quote für die großen deutschen Unternehmen, die dafür sorgt, dass die tollen Frauen, die wir im Land haben, endlich an die Plätze kommen, die ihnen zustehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das dümmste Argument, das wir in der Debatte immer wieder hören, dass ungeeignete Frauen auf Spitzenposten kommen.

Glaubt eigentlich irgendetwas, dass die Tatsache, dass 96 Prozent der Vorstandsposten mit Männern besetzt sind, irgendetwas mit der Qualifikation zu tun hat? Glaubt das eigentlich irgendetwas ernsthaft hier in diesem Haus?

Glaubt irgendetwas, dass 4 Prozent Frauen ein Ergebnis von „Bestenauslese“ sind? Glaubt das je-

mand hier in Ihren Reihen? Das ist doch wohl großer Quatsch. Meine Damen und Herren, was ist das für ein Signal an die vielen tollen Frauen in unserem Land, wenn wir ihnen sagen, Bestenauslese führt dazu, dass 96 Prozent Männer in Vorständen sitzen? Das ist indiskutabel.

Ich möchte gern Thomas Sattelberger zitieren. Ihn hatten wir bei unserer Anhörung im Rechtsausschuss, die wir gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt haben. Thomas Sattelberger hat ein Zitat gebracht, und ich schließe mich dem uneingeschränkt an, auch wenn ich nicht dabei bin. Er hat gesagt: „Karrieren werden beim Pinkeln entschieden.“

Thomas Sattelberger muss es wissen, und ich glaube, dass das stimmt, auch wenn, wie gesagt, ich nicht dabei bin.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wir haben hier einen Handlungsauftrag. Sie hätten heute die Chance, hier eine gute Entscheidung zu treffen.

Ich will noch ein weiteres dummes Argument aufgreifen - Sie, Herr Kauder, haben es wiederholt -: Es wird immer gesagt, es erledigt sich alles von selbst, wenn wir erst einmal etwas für Familie und Beruf getan haben. Da stelle ich einmal fest: Erstens tut die Bundesregierung überhaupt nichts für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und auch diese Koalition ist nur auf die Idee des Betreuungsgeldes gekommen. Das hilft den Frauen nun wahrlich nicht weiter.

Zweitens, meine Damen und Herren, ist es auch so: Wenn es richtig

wäre, dass es einzig und allein an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinge, dann säßen - das ist nicht schön - aber wenigstens viele Kinderlose in den Vorstandsetagen, in den Vorständen und Aufsichtsräten. Das ist auch nicht der Fall. Das heißt, es kann überhaupt nicht an dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen, sondern es liegt daran, dass es eine systematische Diskriminierung von Frauen ist.

Meine Damen und Herren, ich bin auch der Auffassung, dass sich beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel ändert, wenn wir mehr Frauen in Führungspositionen haben, weil, wie wir wissen, sich dann in den Betrieben selbst viel ändert. Diese Frauen sind dann Vorbilder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die auch an den Rahmenbedingungen viel ändern können.

Wenn ich das nächste Mal zur Quote rede, werden wir sie beschließen; das werden die vielen klugen Frauen in unserem Land am 22. September gut entscheiden; sie beobachten ja genau, wer hier etwas für die Gleichberechtigung von Frauen tut und wer nicht. Aber trotzdem ein allerletzter Appell: Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie heute mit! Wir machen ein wirklich gutes Angebot. Das können Sie annehmen. Ich bedaure es sehr, wenn Sie es nicht tun. Wir sehen uns aber wieder, und dann beschließen wir die Quote.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Glaubt irgendetwas jemand, dass vier Prozent Frauen ein Ergebnis von „Bestenauslese“ sind?

Wir haben aus Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes eine Verpflichtung.



In vielen vermeintlichen Männer-Berufen arbeiten heute immer mehr Frauen.

Marco Buschmann, FDP:

Frauenquote in DAX-Unternehmen hat sich fast verdoppelt



Marco Buschmann *1977
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Erlauben Sie mir vorweg eine Anmerkung zu der Art und Weise, wie hier diskutiert wird: Wenn ausgerechnet Herr Steinmeier und Herr Gysi den Kolleginnen insbesondere in der CDU/CSU-Fraktion Ehre absprechen, Ehrlosigkeit attestieren, ist das, wie ich finde, ein Unding. Den Kolleginnen, die bei einer politischen Gesamtabwägung zu einem anderen Ergebnis kommen als Sie, die Ehre absprechen zu wollen, das ist das Gegenteil von Anstand, Kol-

legialität und Parlamentarismus. Das finde ich unsäglich.

Zweite Anmerkung: Wir hatten hier schon viele Debatten. Ich werde aber nicht müde, das Argument – Sie kennen es – zu erwähnen: Die empirische Überprüfung Ihrer Theorie, dass sich etwas in der Gesellschaft ändere, wenn wir bei den wenigen Positionen, um die es geht, etwas aus symbolischen Gründen ändern, ist widerlegt.

Catherine Hakim von der London School of Economics hat untersucht, was sich in dem von Ihnen so gepriesenen Quotenmusterland Norwegen in der zweiten, dritten, vierten Führungsebene unterhalb der quotierten Gremien tut. Das Ergebnis ist: Nichts! In diesen Ebenen ist der Anteil weiblicher Führungskräfte sogar niedriger als in Deutschland. Ihre Theorie ist damit empirisch widerlegt. Deshalb ist das ein reines Elitenprojekt, aber kein Beitrag zur Gesellschaftspolitik.

Das Ergebnis ist: Nichts! In diesen Ebenen ist der Anteil weiblicher Führungskräfte sogar niedriger als in Deutschland. Ihre Theorie ist damit empirisch widerlegt. Deshalb ist das ein reines Elitenprojekt, aber kein Beitrag zur Gesellschaftspolitik.

Dass sich hier in Deutschland nichts tun würde, ist nun wirklich wahrheitswidrig. Frau Schröder hat vorhin sehr eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem Stillhalteabkommen, das Sie abgeschlossen haben, und der Maßnahme, die diese Regierung eingeleitet hat, nämlich die Änderung des Corporate Governance Kodex. Seit 2010 tut sich in der Tat einiges. PricewaterhouseCoopers hat das untersucht. Von anfangs

knapp über 10 Prozent weiblichen Aufsichtsratsmitgliedern in DAX-Unternehmen sind wir mittlerweile bei 18 Prozent angekommen. Wir werden in Kürze auch die 20 Prozent überschreiten. Das heißt, die Richtung stimmt. Über das Tempo kann man immer streiten. Zu behaupten, dass sich hier nichts getan hat, ist schlicht wahrheitswidrig. Sie sollten bei den Fakten bleiben.

Wenn Sie jetzt fragen: „Wenn doch die Richtung stimmt und sich etwas tut, was haben Sie dann gegen

die Quote?“, entgegne ich Ihnen: Das ist ganz einfach. Ich habe etwas dagegen, dass Sie es jedem Einzelunternehmen vorschreiben wollen. Ich finde, es ist ein Erfolg, wenn wir insgesamt zu immer höheren Anteilen kommen. Es muss aber doch möglich sein, dass es bei einem Maschinenbauer anders aussieht als bei einem Finanzunternehmen.

Wo Sie immer auf die Abschlüsse hinweisen: Sie sehen doch auch, dass heute beispielsweise in den MINT-Fächern, die für die Maschinenbauer und Automobilbauer von entscheidender Bedeutung sind, Frauen- und Männeranteile unterschiedlich sind. Auf diese Fakten wird man doch wohl hinweisen dürfen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, eine weitere Frage lautet: Warum ist der Anteil weiblicher Mitglieder in Aufsichtsräten insgesamt noch nicht höher? Auch hier hilft ein Blick auf die Fakten. Wenn Sie sich die Gremien von Kapitalgesellschaften hinsichtlich deren Zusammensetzung anschauen, dann ist das zwangsläufig immer ein Blick in die Vergangenheit. In deutschen Aufsichtsräten sind die Mitglieder zwischen 50 und 70 Jahre. Warum? Die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat schließt sich meist einer erfolgreichen Laufbahn in einem Vorstand an. Wenn Sie einen

Berufseintritt von 25 Jahren unterstellen, dann reden wir also über die Abschlussjahrgänge der Universitäten Ende der 60er-Jahre bis in die 80er-Jahre hinein. Frau Künast sagt nun: In den heutigen Abschlussjahrgängen machen Frauen und Männer in gleichem Umfang Abschlüsse. – Das ist ja auch richtig. Deshalb wird es in Zukunft einen immer höheren Frauenanteil geben. Aber das war eben in den Jahrgängen, die heute in den Aufsichtsräten sitzen, nicht so. Deshalb dauert es eine gewisse Zeit, bis wir da den Anteil erreichen, den wir erreichen wollen. Auch darauf wird man hinweisen dürfen, meine Damen und Herren.

Letztlich bin ich es, offen gestanden, leid, dass Sie allein die Privatwirtschaft an den Pranger stellen. Sie tun immer so, als gäbe es in den privaten Unternehmen eine finstere Verschwörung, die sich hier dem Fortschritt verweigert.

Sie stellen gezielt die Privatwirtschaft an den Pranger. Warum reden wir nicht über die Wohlfahrtsverbände? Das sind die größten Arbeitgeber in Deutschland. Schauen wir uns den Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an: sechs Männer und zwei Frauen. Warum sprechen Sie denn nicht darüber?

Schauen wir uns den Vorstand der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung an: acht Männer und zwei Frauen.

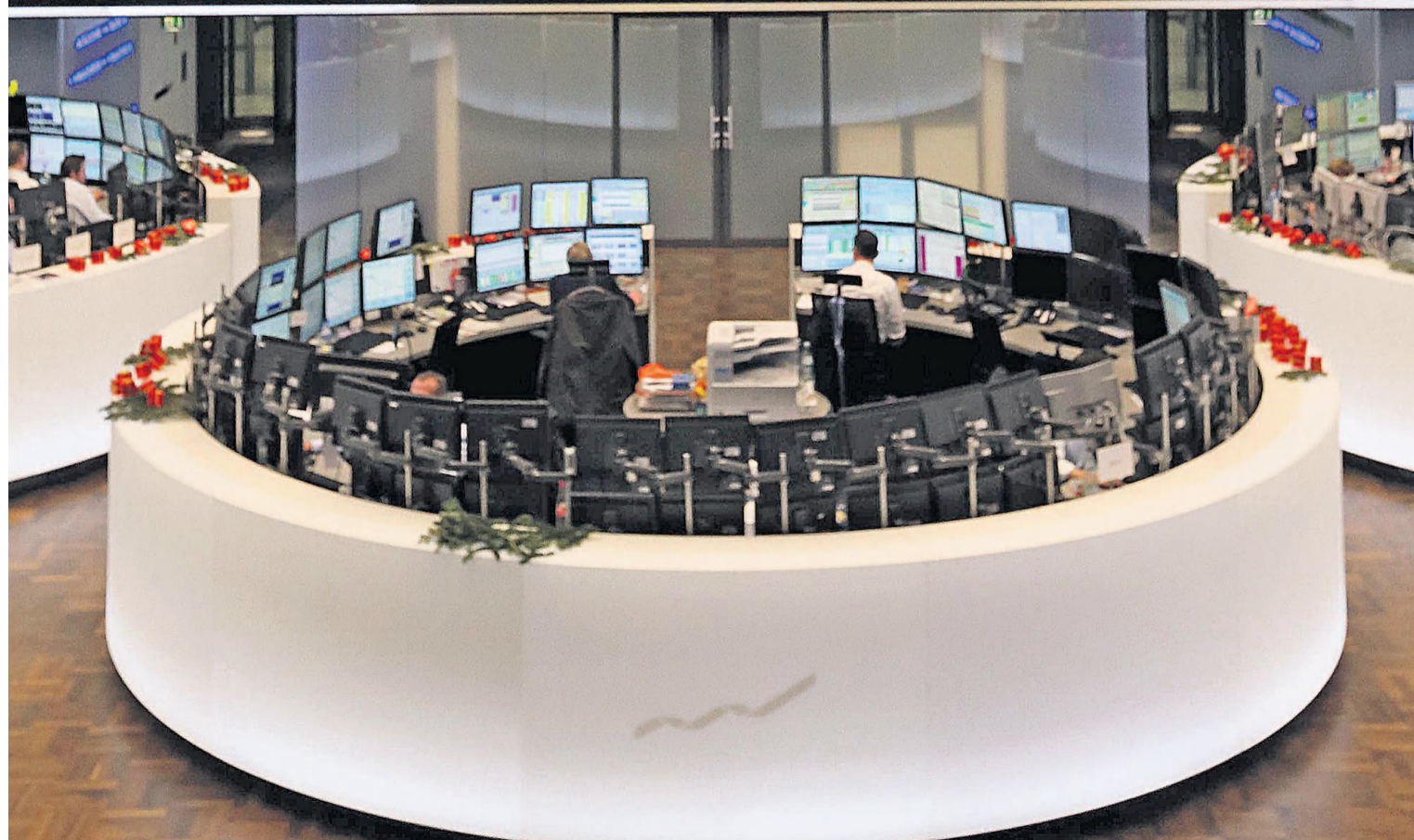
Warum reden wir nicht darüber? Warum gilt für diese Organisationen etwas anderes? Das ist nicht konsequent.

All das zeigt nur: Sie wollen hier schlichtweg Wahlkampf machen, nach dem alten sozialdemokratisch-linken Motto: In den Unternehmen sitzen die bösen Kapitalisten; die müssen wir an den Pranger stellen. Aber über die Fakten in der Breite der Gesellschaft, darüber, dass wir abseits der Privatwirtschaft große Arbeitgeber haben, für die das genauso gelten sollte – gerade im Bereich der Wohlfahrtsverbände sind besonders viele Frauen als Arbeitnehmerinnen beschäftigt –, verlieren Sie kein Wort. Denn am Ende wollen Sie keine Politik gegen die gläserne Decke machen, sondern nur Politik für das Schaufenster des Wahlkampfs. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In den privaten Unternehmen gibt es keine finstere Verschwörung gegen den Fortschritt.

Industrial 1				Industrial 11			
61.427	60.900	60.947	+ 0.047	17.06	17.06	17.06	17.06
28.624	28.377	28.444	+ 0.067	0.267	0.267	0.267	0.267
19.750	19.410	19.410	+ 0.000	0.340	0.340	0.340	0.340
32.000	31.950	31.950	+ 0.050	0.050	0.050	0.050	0.050
18.000	18.000	18.000	+ 0.000	0.000	0.000	0.000	0.000
40.700	39.907	40.100	+ 0.193	0.193	0.193	0.193	0.193
19.663	19.300	19.307	+ 0.007	0.007	0.007	0.007	0.007
14.220	14.100	14.197	+ 0.097	0.097	0.097	0.097	0.097
31.343	30.979	31.237	+ 0.258	0.258	0.258	0.258	0.258
8.538	8.401	8.504	+ 0.103	0.103	0.103	0.103	0.103
11.437	11.089	11.354	+ 0.265	0.265	0.265	0.265	0.265
2.199	2.174	2.174	+ 0.000	0.000	0.000	0.000	0.000



Laut „Women-on-Board“-Index liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten der börsennotierten DAX-Unternehmen aktuell bei 16,2 Prozent.